

# Landesinfo Baden-Württemberg



## Gewerkschaften

**Proteste gegen  
Rente mit 67** Seite 3

## Fraktion Die Linke.

**Antrag zur  
Gesund-  
heitsreform** Seite 5

## Aufruf

**Stoppt den G8-  
Gipfel!** Seite 7

## Studiengebühren

**Sie sind und  
bleiben sozial un-  
gerecht** S. 12

## Kommunalpolitik

**Von Mannheim  
bis Konstanz** Seite 17

## Parteieneubildung im Land

**Vereinbarung  
über Verfahren  
und Ablauf** Seite 25

## Inhalt

■■■ Michael Schlecht: Der Reichtum reicht auch für Rentner	4
■■■ Antrag der Fraktion die Linke gegen die Gesundheitsreform	5
■■■ G 8-Gipfel: GewerkschafterInnen gegen Standortkonkurrenz	7
■■■ Hänsel: EU-Handelspolitik gefährdet Entwicklung in Afrika	7
■■■ Maurer: Umgang mit Kurnaz entlarvt rot-grüne Heuchelei	9
■■■ Mindestlohn: Mehr Anerkennung für harte Arbeit!	10
■■■ Einladung an Betriebsräte und Vertrauensleute zur Diskussion mit der Linksfraktion	12
■■■ Eine neue Linke an den Unis	14
■■■ Gemeinsames Frauenplenum	15
■■■ NPD auflösen und verbieten!	15
■■■ Freiburg: Nach dem „Nichts-geht- mehr“ geht doch eine ganze Menge	17
■■■ Tübingen: Haushaltsanträge	19
■■■ Aus den Kreisverbänden	20
■■■ Beschlüsse und Vereinbarung	24

**Das nächste Landesinfo** erscheint im April 2007.

**Redaktionsschluss** für das Landesinfo 2/2007 ist der 20. März.

Wir freuen uns über jeden eingesandten Artikel, bitten aber darum, diese nicht länger werden zu lassen als ca. 5000 Zeichen. Fotos und Karikaturen sind sehr willkommen. Einsendungen bitte an die Landesgeschäftsstellen von Linkspartei.PDS oder WASG.

**Beilagenhinweis:** Dieser Ausgabe liegen Flyer der Fraktion Die Linke. bei.

## Einladung zur Landes-Mitgliederversammlung der Linkspartei.PDS in Baden-Württemberg (Erinnerung)

**Samstag, 17. März, 10.30 Uhr**

**im DGB-Haus Karlsruhe, Ettlinger Straße 3A**

(Einlass 10 Uhr / Haltestelle: „Kongresszentrum“ (S1/11, S4, Linie 2), alle ab Hauptbahnhof Karlsruhe)

### Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Begrüßung und Konstituierung
2. Gastbeitrag aus dem Bundesvorstand
3. Vereinbarung von Linkspartei und WASG, Parteibildung auf Landesebene\*
4. Aussprache und Beschlussfassung
5. Vornominierung von Kandidatinnen und Kandidaten für eine Vorschlagsliste zur Wahl des ersten ordentlichen Landesvorstandes der Partei „DIE LINKE.“
6. Antragsberatung / Bundesparteitag
7. Urabstimmung
8. G-8-Kampagne und Aktivitäten bis zum Sommer

Die von der Steuerungsgruppe ausgehandelte Vereinbarung (siehe Dokumentenanhang) wird voraussichtlich Ende Februar von den Landesvorständen verabschiedet. Der Landes-MV am 17.3. liegt der Text dann als Antrag vor. Zudem ist beantragt, diese Vereinbarung als Anhang zur Landessatzung zu beschließen, und zwar mit vorübergehender Gültigkeit ab 17. Juni (konstituierender Gründungsparteitag auf Bundesebene) bis 20. Oktober (konstituierender Landesparteitag der Partei „Die Linke“).

Anträge für die LMV bitte einreichen bis 2. März.

### Bezug

Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Linkspartei.PDS Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Diese Ausgabe erhalten auch die Mitglieder der WASG Baden-Württemberg kostenlos.

### Impressum

**Herausgeber und Verlag:** Linke.PDS Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@linkspartei-bw.de

### Redaktion

Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Straßdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Mitteilungen, Protokolle und Adressen sind die Landesvorstände verantwortlich.

Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

### Herstellung und Druck

GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

## Die neue Partei anpacken!

*Liebe Mitglieder von WASG und Linkspartei,*

Am 24. und 25. März beschließen in Dortmund die Bundesparteitage von WASG und Linkspartei über die Gründungsdokumente der neuen Partei DIE LINKE. Anschließend findet in beiden Parteien dazu eine Urabstimmung statt. Wir bitten alle Mitglieder, dazu ihr zustimmendes Votum abzugeben. Mit dem Gründungsparteitag wird es die neue Partei dann ab 15 Juni mit gewählten Organen auf Bundesebene geben.

Auf ihrem Landesparteitag am 27. Januar hat die WASG in Baden-Württemberg das Zusammengehen mit der Linkspartei noch einmal eindeutig bekräftigt. Die Linkspartei will dies am 17. März auf einer Landes-MV ebenfalls tun, indem sie eine Vereinbarung billigt, die in der gemeinsamen Steuerungsgruppe verhandelt und in beiden Landesvorständen bestätigt wurde.

Den beschlossenen Leitantrag der Landes-WASG und den Entwurf der Vereinbarung auf Landesebene findet Ihr im Dokumententeil dieses Landesinfos. In der Vereinbarung ist geregelt, wie wir nach dem Gründungsparteitag am 15. Juni im Land verfahren – wie wir zu Kreisverbänden, gewählten Vorständen und einer Landessatzung kommen. Die neue Partei wird erst auf Bundesebene und dann auf Kreis- und Landesebene konstituiert. Aber wachsen und gedeihen kann sie nur von unten: mit neuen Mitgliedern, mit starken Kreisverbänden, mit politischen Aktivitäten vor Ort.

Diese Neugründung der Linken ist eine große Chance und Herausforderung. Schaffen wir es, viele neue interessierte Menschen und Aktive aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für die Mitarbeit zu gewinnen? Schaffen wir es, zu wichtigen Fragen die gesellschaftliche Diskussion zu bestimmen? Beim Thema „gesetzlicher Mindestlohn“ ist uns das ansatzweise gelungen. Bei den gewerkschaftlichen Protestaktionen gegen die „Rente mit 67“; bei Studierendenemos, bei der G8-Kampagne, bei Antikriegsaktivitäten sind viele unserer Mitglieder mitten drin und aktiv beteiligt. Diese Arbeit der Mitglieder ist unser wichtigstes „Kapital“. Schaffen wir es, uns auf das Jahr 2009 so vorzubereiten, dass wir in viele Kommunalparlamente einziehen? Linke Politik muss dort ansetzen, wo sich die meisten Bürgerinnen und Bürger schon direkt engagieren: auf kommunaler Ebene. Helft mit! Gestaltet die neue Partei mit!

*Mit solidarischen Grüßen  
Bernd Riexinger (WASG)  
Bernhard Strasdeit (Linkspartei)*



**Aktion gegen „Arbeit mit 67“ in der Mannheimer Innenstadt:** Unter dem Motto „Wir steigern das Bruttosozialprodukt“ illustrierten Mitglieder der Mannheimer WASG und Linkspartei am Samstag, 3.2.07 die Vision einer Arbeit mit 67. Wie Sprecher Bernd Merling mitteilte, schließt sich die Mannheimer LINKE damit den bundesweiten Protesten der Gewerkschaften, der Linkspartei und der WASG gegen die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre an. Unter den Klängen von Geier Sturzflugs „Bruttosozialprodukt“ zogen die Aktivisten mit einem zum „Arbeitsplatz“ umgebauten Rollstuhl über zwei Stunden lang durch die Mannheimer Innenstadt und informierten die Passanten mit Handzetteln. Die „Rente mit 67“ sei ein weiterer Baustein im Projekt der Umverteilung des von den Menschen in unserem Lande geschaffenen Reichtums von unten nach oben, so Merling weiter. Faktisch sei die „Rente mit 67“ eine Rentenkürzung. Den Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, soll ihre Rente gestohlen werden, um das so eingesparte Geld z.B. durch die Unternehmenssteuer-Reform den Reichen und Unternehmern schenken zu können.



*WASG und Linkspartei plakatierten für Geislingen / Uli Maurer in Geislingen / 3.500 in Esslingen*

## Proteste der Gewerkschaften in Baden-Württemberg gegen die „Rente mit 67“

Die Rente mit 67 wollen die Gewerkschaften nicht hinnehmen. Kaum mehr ein Arbeitgeber ist bereit, Leute über 38 einzustellen, gleichzeitig unterstützen die Arbeitgeber diese Politik auf Kosten der jüngeren Arbeitnehmer und der Arbeitslosen.

Bis zu drei Millionen Jobs kann dieses Gesetzesvorhaben kosten.

Bisher war es ja so, dass die meisten Arbeitnehmer auf Grund der Altersteilzeitregelungen einen Ausstieg aus dem Berufsleben so schafften, dass sie z.B. mit 58 in einen vierjährigen Altersteilzeitvertrag mit einer Blockvereinbarung einstiegen, also mit 60 aufhörten und ab 62 mit geringen Abschlägen Rente bezogen: Die Kinder waren bis dahin aus dem Haus und die Wohnung oder das Häusle war abbezahlt.

Das geht nun nicht mehr, denn auch die Altersteilzeitregelungen laufen aus, einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Arbeitsleben ist deswegen nicht möglich, weil mit der Rente mit 67 die Abschläge so hoch sein werden, dass man es sich nicht mehr leisten kann. Die jüngeren

Kolleginnen und Kollegen wissen: Sie werden entweder arbeiten bis 67 oder zwei Jahre länger Hartz IV beziehen.

Wenn man im Großraumbüro als Stenotypistin oder in der Gießerei als

Schichtarbeiter diese Aussichten vorgeführt bekommt, dann ist die Wut der Kolleginnen und Kollegen über diese Politik der Großen Koalition verständlich.

Dementsprechend waren die Protestkundgebungen der Gewerkschaften auch sehr gut besucht. Die WASG und die Linkspartei unterstützten diese Kundgebungen auf vielfältige Weise: Mit Verteilungen von Flugblättern, Flyern und Zeitungen vor den Werkstoren, Infoständen und eigenen Protestaktionen. In Göppingen

sprach am 26. Januar die Karlsruher Bundestagsabgeordnete der LINKEN Karin Binder und zeitgleich Ulrich Maurer in Geislingen. „Zwei Jahre länger Hartz IV“ titelte die Lokalpresse, Ulrich Maurer zitierend.

Von diesen beiden ersten Kundgebungen an diesem Freitag ging ein gutes Signal aus. Am Montag darauf fanden sich in Esslingen 3.500 Protestierende von ver.di und der IG Metall. Auch die anderen Kundgebungen am Dienstag und Mittwoch waren erfolgreich. Natürlich getoppt von der Kundgebung in Sindelfingen vor dem Daimler-Chrysler-Tor, wo sich fast 20.000 versammelten.



## Der Reichtum reicht auch für Rentner

von Michael Schlecht, erschienen in der Frankfurter Rundschau am 27. Januar

„In 25 Jahren wird jeder zweite Rentner eine Rente in Höhe von Hartz IV bekommen.“ So der Renten„experte“ Miegel. Diese Perspektive ist kein Zwangsgesetz. Die Verlängerung des Renteneintritts auf 67 Jahre heißt weitere Rentenkürzungen. Schon heute halten viele nicht bis 65 durch. Sie sind gesundheitlich fertig. Und Arbeitsplätze für Ältere gibt es kaum noch. Zwei Drittel gehen vor 65 in Rente. Und das heißt: Abschlüge! Umso mehr, wenn es die Rente erst mit 67 gibt. Wer mit 63 geht, muss mit einer lebenslangen Rentenkürzung von 14,4 Prozent leben. Die geplanten Schnitte gehen aber noch tiefer: In den nächsten Jahrzehnten wird es keine oder nur minimale Rentenerhöhungen geben. Bei zwei Prozent Inflation führt dies in den nächsten zehn Jahren zu einer Entwertung der Rente um zehn, 15 oder sogar mehr als 20 Prozent! Verbreitete Altersarmut droht. Besonders für Frauen!

Rente mit 67 und ausgebremste Rentenanpassungen sind notwendig wegen der Altersentwicklung der Gesellschaft, der Demografie. Sagt die Regierung. Heute kommen noch knapp vier Erwerbsfähige auf einen über 65-Jährigen. In 30 Jahren werden es nur noch zwei sein. Viele fragen sich: „Wie soll das gut gehen? Ohne Einschnitte?“ Wenn die Menschen immer länger leben und gleichzeitig immer weniger Kinder bekommen, dann scheinen „natürliche“ Sachzwänge den Umbau der Rente, ja der Gesellschaft notwendig zu machen. Zunächst: demografische Verschiebungen sind überhaupt nichts Neues. Vor 100 Jahren kamen auf einen über 65-Jährigen noch zwölf Erwerbsfähige. 1950 betrug das Verhältnis von Jung zu Alt noch sieben zu eins. Wir haben also bereits einen dramatischen demografischen Wandel hinter uns. Nur gemerkt hat es anscheinend niemand. Wieso konnte der Sozialstaat, die Rentenversi-

cherung in der Nachkriegszeit in einer historisch unvergleichbaren Weise ausgebaut werden? Wieso war das möglich, obgleich eine „demografische Bombe“ explodierte? Das Geheimnis: Steigerungen der Produktivität. Sie haben den Effekt der demografischen Entwicklung mehr als ausgeglichen. Von jedem und jeder Beschäftigten wurden von Jahr zu Jahr mehr Produkte und Werte geschaffen. Und das bei massiv sinkender Arbeitszeit. Allein in den 60er Jahren war eine Steigerung der Produktivität von mehr als 50 Prozent zu verzeichnen. So fiel die Veränderung des Altersquotienten nicht mehr ins Gewicht.

Auch wenn die zukünftigen Steigerungen der Produktivität deutlich geringer sein dürften als in der Vergangenheit, kann der demografische Wandel aufgefangen werden. 2006 wurde im Durchschnitt je Einwohner bzw. Einwohnerin fast 28.000 Euro Reichtum produziert. Selbst bei einem jährlichen Produktivitätsfortschritt von nur einem Prozent und bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit würde das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung bis 2030 auf 31.500 Euro steigen. Ein Plus von 13 Prozent. Der oberste Rentenkürzer der Republik – Professor Rürup – geht jedoch von einer Produktivitätssteigerung von 1,8 Prozent je Jahr in der Zukunft aus. Dann würde der erarbeitete Reichtum, auf alle, vom Baby bis zum ältesten Rentner gleichmäßig verteilt, 2030 für jeden 38.000 Euro betragen. Etwa 35 Prozent mehr als 2006. Trotz Demografie! Wo ist da eigentlich das Problem? Die Verteilung ist der Haken! Der wirtschaftliche Erfolg der Steigerung der Produktivität schlägt sich immer zunächst in den Unternehmen durch verbesserte Gewinne nieder. Erst durch höhere Löhne und Gehälter fließen die Produktivitätsgewinne der breiten Bevölkerung zu. Und hier liegt genau das Problem.

In den letzten zehn Jahren sind die Löhne bezogen auf die Produktivitätssteigerung um zehn Prozent zu wenig gestiegen. Kein Wunder, dass die Einnahmen der Rentenkasse in die Knie gehen. Gelingt es Lohnsteigerungen mindestens in Höhe des verteilungsneutralen Rahmens durchzusetzen, könnten die Beitragssätze über die bis 2030 geplante Marke von 22 Prozent steigen. Mit höheren Löhnen und höheren Beiträgen könnten Beschäftigte und Rentner an der wachsenden Leistungsfähigkeit der Arbeit teilhaben. Genau wie in den 50er, 60er und auch noch 70er Jahren. Von 1957 bis heute stiegen die Beiträge von 14 auf knapp 20 Prozent an. Der Verzicht auf die Rente mit 67 würde 2030 gerade einmal zu einem um 0,5 Prozentpunkte höheren Beitrag führen. Es ist ein großer Unterschied, ob man die Beschneidung der Rente mit Demografie begründet oder ob deutlich wird, dass es sich um einen gesellschaftlichen Konflikt handelt. Wirkliche Sachzwänge muss man akzeptieren. Politische Konflikte kann man austragen und sie für sich entscheiden.

In Frankreich, Italien, Griechenland und selbst Österreich haben Gewerkschaften in der Rentenfrage sich gegen Verschlechterungen erfolgreich gewehrt. Rentenpolitik heißt deshalb für uns: Kampf gegen die Rente mit 67. Und deutliche Lohnerhöhungen, gerade im Jahr 2007!

Politiker, die von Überalterung und Demografie reden, haben sich längst auf eine beständige Umverteilung von unten nach oben eingestellt. Ein Verteilungskonflikt wird zum scheinbaren Sachzwang, er wird zu einem „biologischen“ Problem erklärt. Wer die alte Verteilungsfrage kaschieren möchte, redet möglichst viel von Demografie, Demografie und nochmals Demografie. (Michael Schlecht ist Mitglied im Vorstand der WASG und arbeitet als Chefvolkswirt beim Bundesvorstand von Verdi in Berlin)

# Antrag der Fraktion Die Linke gegen die Gesundheitsreform

Deutscher Bundestag Drucksache 16/4221 (Vorabversion): Entschließungsantrag der Abgeordneten Frank Spieth, Dr. Martina Bunge, Klaus Ernst, Diana Golze, Katja Kipping, Monika Knoche, Elke Reinke, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Ilja Seifert, Jörn Wunderlich, Oskar Lafontaine, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion DIE LINKE. zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksache 16/ 3100 – Gesetz zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG)

Der Bundestag wolle beschließen:  
Der Deutsche Bundestag stellt fest:  
Das „Gesetz zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in der Gesetzlichen Krankenversicherung“ (GKV-WSG) ist nicht geeignet, die bestehenden Probleme im Gesundheitswesen zu lösen. Die Bundesregierung ist an der Aufgabe gescheitert, eine nachhaltige Reform des Gesundheitssystems in die Wege zu leiten. Das Gesetz bringt keine Verbreiterung der Einnahmehasis und beinhaltet auch keine geeigneten Maßnahmen, die Ausgabenentwicklung zu verbessern. Die vorgesehenen Strukturveränderungen führen nicht zu einer qualitativen Verbesserung der Krankenversorgung.

Der bereits mit dem GMG 2004 eingeleitete Prozess der Entsolidarisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen wird mit diesem Gesetz konsequent fortgesetzt. Durch die Einführung der Kopfpauschale werden ausschließlich Versicherte belastet, durch die Einführung der Teilkasko für Gesunde die Kranken. Bisher gut funktionierende Versorgungsstrukturen werden bei der Umsetzung des GKV-WSG gefährdet. Leidtragende sind die Patientinnen und Patienten, die Versicherten, die im Gesundheitsbereich Tätigen, die Krankenhäuser und die Versorgerkassen. Die von den Krankenhäusern eingeforderte Einsparsumme in Höhe von 380 Millionen Euro führt zu einer Verschlechterung der Qualität und der wohnortnahen Versorgung. Durch diese Maßnahme wird der Privatisierung deutscher Krankenhäuser weiter Vorschub geleistet. Durch den Pseudowettbewerb unter den Hilfsmittelanbietern werden die mittelständischen Handwerksunternehmen vom Markt verdrängt und durch Großanbieter und monopolartige Strukturen ersetzt. Trotz der jetzt zurückgestellten doch weiterhin beabsichtigten Insolvenzfähigkeit der Krankenkassen und Aufhebung der Verbandshaftung können viele der

Versorgerkassen in den Konkurs getrieben und abhängige Leistungserbringer mit in den Strudel gerissen werden, was zum Zusammenbruch ganzer Versorgungsstrukturen führen kann.

Durch die verfehlte Politik der Bundesregierung steigen die Kosten im Gesundheitswesen weiter: Allein die Erhöhung der Mehrwertsteuer belastet die Kassen mit knapp 1 Milliarde Euro, der reduzierte Bundeszuschuss schlägt mit einem Einnahmeverlust von 1,7 Milliarden Euro zu Buche. Hinzu kommen die Verpflichtungen der Kassen, sich in der Regel bis Ende 2007 zu entschulden, wofür weitere 2 bis 4 Milliarden Euro benötigt werden. Der überwiegende Teil der Krankenkassen hat deshalb zum 1. Januar 2007 die Beiträge stark anheben müssen, teilweise auf über 16 Prozentpunkte. Sollten sich europarechtliche Bedenken bestätigen, würde der Sonderstatus der öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung gefährdet und die Krankenkassen nach den EU-Regelungen zu Unternehmen im Wettbewerb werden. Durch die in diesem Fall erfolgende Anwendung des Kartellrechts sowie die Streichung von bislang gewährten Vorteilen beim Beitragseinzug und der Steuerbefreiung kämen auf die Krankenkassen zusätzliche Mehrausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe zu.

Das GKV-WSG löst nicht eines der im Koalitionsvertrag genannten Ziele

**Große Unzufriedenheit**  
Nur 20 Prozent der gesetzlich Versicherten sind bei der Gesundheitsreform zufrieden.

**Knap Die Linke**  
WWW.LINKSFRAKTION.DE

**Ihr macht uns krank**  
Die Operation ist einseitig. Merkel (CDU) und Schmidt (SPD) lassen die zusätzliche Gesundheitsreform verfehlen. Die Operation ist einseitig. Merkel (CDU) und Schmidt (SPD) lassen die zusätzliche Gesundheitsreform verfehlen. Die Operation ist einseitig. Merkel (CDU) und Schmidt (SPD) lassen die zusätzliche Gesundheitsreform verfehlen.

**Kopfpauschale kontra Bürgerversicherung**  
Der neue gesetzliche Beitrag zur Gesundheitsreform wird mit dem Gesundheitsfonds der Kopfpauschale entzweit. Die Kopfpauschale belastet die Gesundheitsreform als sozial gerechte Alternative an Seite 4/5

**Beitragssatz unter 9 Prozent ist möglich!**  
Die Bundesregierung plant die Erhöhung der Beiträge der gesetzlich Versicherten auf 9 Prozent. Die Bundesregierung plant die Erhöhung der Beiträge der gesetzlich Versicherten auf 9 Prozent.

**Wetzlarer Gesundheitsministerin**  
Ulla Schmidt (SPD) für die Gesundheitsreform. Ulla Schmidt (SPD) für die Gesundheitsreform.

**Gewerkschaften**  
Die Gewerkschaften fordern die Bundesregierung. Die Gewerkschaften fordern die Bundesregierung.

und trägt nicht dazu bei, eine solide und nachhaltige Reform des Gesundheitssystems herzustellen. Für eine umfassende und sozial gerechte Gesundheitsversorgung bedarf es eines Neuanfangs. Allerdings birgt die mit den Privatisierungstendenzen eingeleitete Transformation der gesetzlichen Krankenkassen zu dem Wettbewerbsrecht unterliegenden Unternehmen die Gefahr einer durch das Europarecht bedingten unumkehrbaren Aufhebung des Sonderstatus als Körper-

## Keine Privatisierung an Unikliniken

Der Landesparteitag der WASG verabschiedete zu diesem Thema einen Antrag aus Freiburg. Darin wird die Landesregierung von Baden-Württemberg aufgefordert, Pläne zur Privatisierung der Universitätskliniken des Landes aufzugeben und für den Erhalt einer wohnortnahen Krankenhausversorgung deutlich mehr Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. In der Begründung heißt es:

Die vier Universitätskliniken Baden-Württembergs sind besonders wichtige, wertvolle Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Überlegungen der Landesregierung, sie wie in anderen Bundesländern zu privatisieren, lehnen wir nachdrücklich ab. Unsere Universitätskliniken dürfen nicht privatwirtschaftlicher Profitmaximierung ausgeliefert werden. Wir widersetzen uns nachdrücklich jedem Streben nach Privatisierung im Bereich des Gesundheitswesens. Vielmehr sind Erhalt, Modernisierung und Pflege der Universitätskliniken und der anderen Kliniken und Krankenhäuser dringliche und verantwortungsvolle Aufgaben von Staat und Gesellschaft. Wir fordern hier ein Umdenken in Baden-Württemberg. An den rund 320 Krankenhäusern im Land gibt es einen Investitionsstau von drei Milliarden Euro. Wurden im Jahr 2003 vom Land noch 331,7 Millionen Euro für Instandhaltung und Investitionen zur Verfügung gestellt, sollten es im Jahr 2006 nur noch 163,8 Millionen sein. Der Krankenhausplan des Landes sieht vor, dass bis zum Jahr 2010 weitere 8.000 Betten abgebaut werden. Dabei gibt es bereits jetzt bei vielen Operationen zu lange Wartezeiten. Wegen der demographischen Entwicklung rechnet das Statistische Landesamt mit einer Zunahme der Behandlungstage um 30% von 2002 bis 2030. (Statistisches Monatsheft 8/2005). Weiterer Bettenabbau und Schließung von Krankenhäusern führen zu einem Versorgungsnotstand.

schaften öffentlichen Rechts. Die spätere Einführung einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung stünde dann vor unüberwindbaren Hürden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. durch die Einführung einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung die Grundlage für eine solide und nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zu schaffen,
2. Krankenversicherungspflicht für alle in Deutschland lebenden Menschen einzuführen,
3. die Beitragsbemessungsgrenze schnellstmöglich in einem ersten Schritt auf das Niveau in der gesetzlichen Rentenversicherung anzuheben,
4. die Finanzierungsgrundlage der GKV mittelfristig durch eine komplette Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze zu stärken und eine gerechte Bemessung der Beitragszahlung entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit aller Versicherten herzustellen,
5. Regelungen vorzubereiten, mit denen sämtliche Einkommen für die Beitragserhebung herangezogen werden können,
6. den privaten Krankenversicherungsschutz nur noch für Zusatzleistungen vorzusehen,
7. eine paritätische Finanzierung der GKV-Ausgaben wieder herzustellen und zu gewährleisten,
8. die unsozialen Zuzahlungsregelungen zu beenden und Leistungsausgrenzungen zurückzunehmen,
9. keinen Zusatzbeitrag (Kopfpauschale) für die Versicherten einzuführen,
10. die finanzielle Besserstellung von gesunden gegenüber kranken Versicherten zu verhindern und keine diskriminierenden Wahltarife einzuführen,
11. den Bundeszuschuss (aus der Tabaksteuer) in Höhe von 4,2 Milliarden Euro beizubehalten,
12. die Krankenkassenbeiträge für ALG II-Empfänger und Mini-Jobber aus dem Bundeshaushalt auf ein kostendeckendes Niveau zu erhöhen,
13. die Verbandshaftung der Kassen beizubehalten,
14. einen umfassenden morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich einzuführen,
15. an der dualen Krankenhausfinanzierung festzuhalten und den Abbau des Investitionsstaus zu bewirken sowie
16. eine Positivliste der verschreibungsfähigen Arzneimittel zu erstellen.

Berlin, den 1. Februar 2007 Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

## Gesundheit ist keine Ware

**Auszüge aus der Abgeordnetenspalte von Heike Hänsel im „Schwäbischen Tagblatt“ vom 19. Januar**

Auch die Tübinger Krankenhäuser, Uniklinikum und Paul-Lechler-Krankenhaus würden weiter finanziell belastet durch Zusatzabgaben und weiteren Einsparungen. Das Klinikum rechnet mit dem Abbau von bis zu 600 Arbeitsplätzen, und auch das Paul-Lechler-Krankenhaus könnte dann den Personalbestand nicht mehr so aufrecht erhalten. Dadurch würde die bisher sehr patientenfreundliche Ausrichtung des Krankenhauses, die ich bei einem Besuch kennengelernt habe, gefährdet.

Die Linksfraktion lehnt die geplante Gesundheitsreform ab und fordert eine

Volksabstimmung darüber. Nur so kann der Einfluss der Lobbyisten zurückgedrängt werden. Wir engagieren uns im Deutschen Bundestag für eine solidarische Bürger/innen-Versicherung. Nicht nur Löhne, Gehälter und Renten, sondern alle Einkommensarten, auch Aktiengewinne, Mieteinkünfte etcetera sollten für die Finanzierung der Rente und einer leistungsfähigen Gesundheitsversorgung herangezogen werden.

Ich habe viele Briefe, Postkarten von Tübingern und Tübingerinnen bekommen, die diese Gesundheitsreform ebenfalls ablehnen, und deshalb hoffe ich, dass in den nächsten Wochen sich viele gegen diese Pläne der Bundesregierung öffentlich engagieren! Gesundheit ist keine Ware.

*Heike Hänsel, Bundestagsabgeordnete der Linken*

# Eine für alle!

## Bundesregierung macht Krankheit zu einem persönlichen Risiko

2007 droht den Gesetzlichen Krankenkassen eine Finanzierungslücke von bis zu 15 Milliarden Euro. Beiträge steigen um bis zu 2 Prozent. Denn die Einnahmen der Kassen verschlechtern sich. Allein durch die steigende Zahl der Arbeitslosen sind in den letzten fünf Jahren 6,5 Milliarden Euro verloren gegangen. Auf der Ausgabenseite ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer Gift für die Finanzen der Kassen.

Die Beiträge sollen zukünftig an eine zentrale Einrichtung fließen, den so genannten Gesundheitsfonds. Dieses Modell ist unsozial. Die vorgesehenen Mittel werden nicht ausreichen. Die Fehlbeträge zahlen die Versicherten - entweder durch Leistungskürzungen oder über Kopfpauschale. Die Arbeitgeber werden daran nicht beteiligt. Zukünftig sollen, wie in einem Teilkaskosystem, Wahl- und Abwahlmöglichkeiten geschaffen werden. Das ist billiger für Gesunde, aber viel teurer für Kranke. Denn Kranke können keine Leistungen abwählen. Die Richtung ist klar: CDU und SPD wollen die kollektive Absicherung im Krankheitsfall schrittweise abbauen und letztlich abschaffen.

## Eine für alle, statt jeder gegen jeden

DIE LINKE. fordert die sofortige Einführung der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung,

- in der alle Bürgerinnen und Bürger Mitglied sind;
- die solidarisch zwischen Arm und Reich ausgleicht;
- mit der alle beim Arzt, in der Apotheke oder im Krankenhaus gleich behandelt werden;

- durch die sämtliche Zuzahlungen entfallen;
- deren Beiträge auf alle Einkommen erhoben werden;
- in der sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig die Beiträge teilen;
- infolge der die Privatversicherung in der bestehenden Form als Vollversicherung abgeschafft wird.

## Unser Ziel ist eine einheitliche, hochwertige und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung für alle. Das Mittel ist die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung.

Das Gesundheitssystem muss neu strukturiert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig jeder Mensch bei Bedarf ärztlich behandelt wird - egal, wie viel Geld er oder sie verdient. Um diese Solidarität herzustellen und die zukünftigen Herausforderungen bewältigen zu können, hat die Neuordnung der Beitragszahlungen oberste Priorität.

Unser Konzept sieht vor, dass alle den gleichen Prozentsatz des Arbeitseinkommens einzahlen. Wie früher sollen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmende diesen Beitrag teilen. Neben den Löhnen und Gehältern müssen auch die Einkommen aus Mieten, Zinsen und sonstigen Kapitaleinkünften zur Beitragsberechnung herangezogen werden. Außerdem sollen Beamte, Selbstständige und Gutverdiener in dieselbe Krankenkasse einzahlen wie z.B. die Beschäftigten einer Großkantine.

## DIE LINKE. setzt sich hierfür als einzige Fraktion im Bundestag ein.



## GewerkschafterInnen gegen Standortkonkurrenz und weltweites Lohndumping Stoppt den G 8 Gipfel – Gewerkschaften auf die globale Bühne!

Als GewerkschafterInnen aus vielen Ländern sind wir Teil des Protestes gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Wie keine andere internationale Institution sind diese jährlichen Gipfeltreffen Symbol der weltweiten neoliberalen Dominanz. Weltwirtschaftsgipfel dienen der globalen Koordination und der Machtaufteilung. Damit stabilisieren sie die neoliberale Weltwirtschaftsordnung mit ihren immerschlimmeren Folgen für die Mehrheit der Menschen. Eine elitäre Minderheit eignet sich dabei den Reichtum an, den Millionen Menschen produzieren. Wir unterstützen den Protest gegen imperiale Machtstrategien und Kriege, gegen den Raubbau an der Natur und den immer bedrohlicher werdenden Klimawandel. Entgegen seiner Verheißungen treibt der globale Kapitalismus die Menschheit in die Existenzkrise. Ohne Frieden ist alles nichts. Und ohne Antwort auf die drohende Klimakatastrophe ist alles nichts. Die Globalisierung von Kapital- und Arbeitsmärkten hat die Beschäftigten weltweit in Konkurrenz zueinander gebracht. Skrupellos werden die Belegschaften einzelner Länder, Branchen und Standorte gegeneinander ausgespielt – in einem Dumpingwettbewerb um Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Löhne und Menschenwürde. Als GewerkschafterInnen fordern wir daher:

- Die Kernarbeitsnormen sind ein Menschenrecht und müssen als Mindeststandards durchgesetzt werden. Dazu zählen die Rechte auf Bildung von Gewerkschaften und auf das Führen von Kollektivverhandlungen, die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit und das generelle Diskriminierungsverbot in Arbeit und Beruf. Verstöße müssen öffentlich gemacht und mit harten Sanktionen belegt werden.
- Gesetzliche Höchstarbeitszeit: Arbeitsumverteilung ist das entscheidende Mittel gegen eine Arbeitslosigkeit von 200 Millionen Arbeitlosen und 1,4 Milliarden „working poor“ weltweit. Produktivitätsfortschritte müssen über Arbeitszeitverkürzungen zum gesellschaftlichen Fortschritt werden: die 30-Stunden-Woche ist das Ziel, die 40-Stunden-Woche muss weltweit gesetzliche Höchstarbeitszeit werden.
- Mindestlöhne, die es in einigen Ländern, wenn auch unzureichend, schon gibt, müssen zu weltweiten Mindeststandards werden. Mit jeweils 60% des nationalen Durchschnittslohns müssen sie globale Gültigkeit entfalten.
- Systeme der öffentlichen Daseinsvorsorge und Zukunftssicherung müssen

aufgebaut bzw. vor Privatisierung und Kommerzialisierung geschützt werden. Gesundheit, Bildung, öffentliche Sicherheit und die natürlichen Lebensgrundlagen dürfen nicht zur Ware werden.

- Betriebliche Schutz- und Beteiligungsrechte müssen gesetzlich geregelt werden, um Beschäftigten einen Mindestschutz vor Arbeitgeberwillkür zu gewährleisten.

Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hat sich im Zuge der Globalisierung dramatisch zugunsten des Kapitals verschoben. Globale Finanzmärkte und grenzüberschreitend agierende Unternehmen verfügen inzwischen über eingängliches Erpressungspotential gegenüber Nationalstaaten (Steuer- und Umweltdumping, Deregulierung der Arbeitsmärkte) und gegenüber nur nationalstaatlich agierenden Gewerkschaften. Aus dieser historischen Defensive müssen wir herauskommen, indem wir uns dem Kapital an die Fersen heften, Sprachschwierigkeiten und wechselseitige Unkenntnis überwinden und das Gemeinsame in unseren Interessen erkennen, grenzüberschreitend auf allen gewerkschaftlichen Ebenen zusammenarbeiten und zu Protesten und Widerstand zusammenfinden, wie bei der Streikdemonstration gegen die Bolkesteinrichtlinie, wie bei den internationalen Streiks der HafenarbeiterInnen und Seeleute und wie jetzt im Juni 2007 gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm. Wir wissen, dass wir erst am Anfang dieses Weges stehen. Aber wir wissen auch, dass wir nur durch die Überwindung der Konkurrenz untereinander und mit Hilfe global handlungsfähiger Gewerkschaften dem global agierenden Kapital wirkungsvoll entgegenzutreten können.

**UnterzeichnerInnen** (Auswahl, eine offizielle Veröffentlichung mit allen ErstunterzeichnerInnen folgt)

Detlef Baade, Betriebsrat/Schweb-Vertretung/K-Sbv, Hamburg  
Hagen Batran, GEW Bezirksvorsitzender, Freiburg  
Gerd Buddin, Stellvertreter Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di, Bezirk Berlin  
Patrick von Brandt, ver.di Landesbezirksjugendsekretär Niedersachsen-Bremen  
Jeannine Geißler, ver.di Jugendbildungsreferentin, Hannover  
Werner Dreibus, Bevollmächtigter der IG Metall, Offenbach  
Roland Hamm, 1. Bevollmächtigter IG Metall Aalen  
Ralf Krämer, ver.di Gewerkschaftssekretär, Berlin  
Walter Mayer, IG Metall Gewerkschaftssekretär i.R., Berlin  
Bernd Rixinger, ver.di Bezirksgeschäftsführer, Stuttgart  
Werner Sauerborn, ver.di Gewerkschaftssekretär, Stuttgart  
Heidi Scharf, 1. Bevollmächtigter IG Metall Schwäbisch-Hall  
Michael Schlecht, ver.di Gewerkschaftssekretär, Berlin  
Berno Schuckart, Mitarbeitervertretung, ver.di Hamburg  
Sibylle Stamm, ver.di Landesvorsitzende Baden-Württemberg  
Roland Tremper, ver.di Bezirksgeschäftsführer, Berlin und viele andere ...

**Kontakt:** Dirk Spöri, spoeri@gmx.net, Tel.: 0160 7942195, Auwaldstr. 29, 79110 Freiburg  
Werner Sauerborn, werner.sauerborn@t-online.de

## EU-Handelspolitik gefährdet Entwicklung in Afrika

Im Bundestag wurden am 1.2. entwicklungspolitische Forderungen an die deutsche EU-Rats- und G8-Präsidenschaft diskutiert. Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., kritisierte dabei die EU-Handelspolitik und stellte die G8 grundsätzlich in Frage:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Wiczorek-Zeul, Sie haben gesagt, Afrika sei das Topthema der Entwicklungspolitik. Ich bringe Ihnen eine Botschaft von vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen aus Afrika mit. Die zentrale Botschaft des Weltsozialforums, das letzte Woche in Kenia, Nairobi, mit mehr als 50 000 Teilnehmern stattgefunden hat, lautet: Die Handelspolitik der Europäischen Union bedroht die Existenzgrundlage vieler Menschen in den Ländern Afrikas.

Im Mittelpunkt der Kritik dieser Gruppen stehen die Verhandlungen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die sogenannten EPAs, die eine weitgehende Marktöffnung und Zollsenkungen in den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten vorsehen, und zwar vor allem in sensiblen Bereichen wie öffentlicher Beschaffung, Investitionsschutz und Wettbewerb. Bereits jetzt können viele Kleinbauern, Händler und vor allem Händlerinnen nicht mehr mit den hochsubventionierten Billigprodukten aus der EU auf ihren heimischen Märkten konkurrieren. In ganz Westafrika zum Beispiel bekommt man weit und breit nur europäisches Geflügel bzw. Hähnchenabfälle zu kaufen. Das, was wir an der chinesischen Regierung kritisieren, betreiben wir bereits seit Jahren auf diesem Kontinent. Dies würde durch die EPAs massiv verschärft.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb gab es zum Abschluss des Weltsozialforums eine große Demonstration, die mit den folgenden konkreten Forderungen zur Vertretung der Europäischen Kommission zog: Stopp der aktuellen EPA-Verhandlungen! Wir brauchen ein neues Verhandlungsmandat, das entwicklungspolitische statt handelspolitische Schwerpunkte setzt. Diese Verhandlungen müssen offen und transparent geführt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich fordere die Bundesregierung hiermit auf, sich im Rahmen der EU-



Ratspräsidentschaft für einen Stopp der aktuellen EPA-Verhandlungen einzusetzen. Das wäre in meinen Augen der glaubwürdigste Beitrag zur Entwicklungspolitik. Dies ist in Ihrem Antrag allerdings überhaupt nicht zu finden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Länder des Südens, unter anderem Afrikas, leiden nach wie vor unter der enormen Schuldenlast. Mein Kollege Hüseyin Aydin ist bereits darauf eingegangen. Die kenianische Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maa-

thai kritisierte auf dem Weltsozialforum: Wir haben Entschuldung von den G-8-Staaten gefordert, bisher haben wir nur Mogelpackungen bekommen. Deswegen fordern wir als Linksfraktion endlich umfassende und vor allem ernsthafte Entschuldungsinitiativen, die nicht an neoliberale Marktforderungen geknüpft sind, sondern an Strategien zur Armutsbekämpfung. Wir haben viele Vorschläge gemacht, unter anderem die Streichung illegitimer Schulden. Die haben Sie abgelehnt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die G-8-Staaten – das stimmt, Herr Hoppe – repräsentieren gerade einmal 13 Prozent der Weltbevölkerung. Wir hinterfragen die demokratische Legitimation dieser Treffen. Da haben Sie Recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Worin begründet sich eigentlich deren Legitimation? Durch militärische und wirtschaftliche Macht.

(Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE): Geld!)

Sie marginalisieren die Vereinten Nationen. Deshalb fordern auch wir eine Umverlagerung der globalen Herausforderungen, zum Beispiel Entwicklungs-, Energie-, Ressourcen- und Abrüstungsfragen, zu den Vereinten Nationen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich muss sagen, Herr Hoppe: Sie waren sieben Jahre lang an der Regierung beteiligt. Wir haben keinerlei Initiativen

vonseiten der Grünen, vonseiten grüner Minister, die jetzt hier sitzen, bezüglich der Reform der G-8-Staaten und einer Abkehr von dieser dominanten, exklusiven Politik erlebt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben wie alle anderen an den G-8-Gipfeln teilgenommen. Wir glauben, dass eine andere Entwicklungspolitik möglich ist. Deshalb mobilisieren wir gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen gegen den G-8-Gipfel im Juni in Deutschland.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

## Protestnote an den Organisator der Münchner Sicherheitskonferenz, Prof. Dr. h. c. Horst Teltschik

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE., die sich mit außen-, sicherheits-, verteidigungs- und europapolitischen Fragen befassen und Mitglieder der entsprechenden Ausschüsse des Deutschen Bundestages sind, protestieren gegen die Einladungspolitik des Veranstalters der Münchner Sicherheitskonferenz, die mit Hunderttausenden Euro Steuergeldern unterstützt wird:

„An diesem Wochenende findet die 43. Konferenz für Sicherheitspolitik in München statt. Wie jedes Jahr versammeln sich dort auf Ihre Einladung hin Regierungs-, Wirtschafts- und Militärvertreter/innen am Konferenzort Bayerischer Hof mitten in München. Die Konferenz wird laut Bundesregierung mit 323.000 Euro Steuergeldern unterstützt sowie durch die örtliche Polizei, die Bundespolizei, Feldjäger und weitere Angehörige der Bundeswehr abgesichert und organisatorisch unterstützt. Die Kosten der Bundeswehr für diesen Einsatz betragen über eine halbe Million Euro.

Trotz dieses enormen öffentlichen Aufwandes findet die Sicherheitskonferenz unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Selbst Mitglieder des Deutschen Bundestages haben nur Zutritt, wenn sie persönlich von Ihnen eingeladen werden. Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE. haben Sie trotz mehrfacher rechtzeitiger Anfragen eine Einladung verweigert, wie in der Süddeutschen Zeitung vom 16.1.2007 bestätigt wird, während alle anderen Fraktionen des Deutschen Bundestags vertreten sein werden.

Wir protestieren auf diesem Wege gegen Ihre Einladungspolitik. DIE LINKE. repräsentiert als demokratisch gewählte Kraft über vier Millionen Wähler/innen im Bundestag. Wir sind der Meinung, dass eine Veranstaltung, die mit finanzieller und logistischer Unterstützung der öffentlichen Hand durchgeführt wird

## G8-Kampagne in Baden-Württemberg

Auch in Baden-Württemberg kommt die Kampagne gegen den G8-Gipfel, der Anfang Juni in Heiligendamm bei Rostock stattfindet, ins Rollen. Neueste Studien belegen, was die Linke schon immer gesagt hat: die Klimakatastrophe ist Folge der Umweltzerstörung durch Menschen. Für die Interessen von Konzernen wird Raubbau an unserer Umwelt betrieben – und Krieg geführt. Beides mit Unterstützung der großen Koalition.

Auf einem ersten Baden-Württemberg-weiten Treffen beider Parteien einigte man sich deshalb auf die Schwerpunktthemen:

- Sozialabbau
- Krieg
- Umwelt/Klima

Neben den G8 wollen wir dabei auch den EU-Gipfel und die deutsche Rolle als neoliberaler Vorreiter in Europa nicht aus den Augen verlieren.

Beginn der Kampagnen sollen landesweite Schulungen z.B. als Teil von Mitgliederversammlungen sein. Nach Ostern soll dann die heiße Phase beginnen mit Veranstaltungen insbesondere von 16. bis 22. April und von 12. bis 20. Mai. Die Proteste gegen die G8 sind eine Chance, die Zersplitterung der sozialen Bewegungen zu überwinden. Deshalb wollen wir versuchen, innerhalb der Kampagne eine Zusammenarbeit mit attac, Gewerkschaften und anderen Gruppen zu erreichen. Wir schlagen dazu einen dezentralen Aktionstag am 12. Mai vor.

Bis dahin ist zwar noch Zeit, aber wir sollten jetzt schon loslegen: erste bundesweite Plakate und Flugblätter – gemeinsam erstellt von WASG und Linkspartei.PDS sind vorhanden und können im Landesbüro bestellt werden.

Wir bitten zudem alle Kreise, Ansprechpartner für die G8-Kampagne zu benennen.

**Kontakt:** Dirk Spöri, 0160 7942195, spoeri@gmx.net

**Nächstes Kampagnentreffen:**

Sonntag, 25.2., um 15:30 Uhr in der KkJ Stuttgart-Feuerbach, Am Sportpark 2 (Info: [www.kkj-stuttgart.de](http://www.kkj-stuttgart.de)).

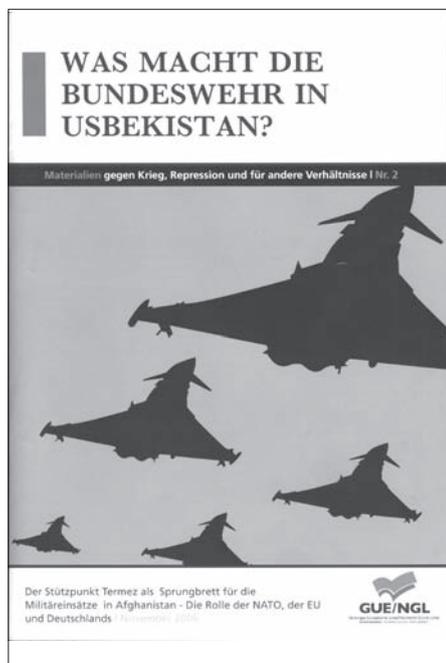
Homepage: [www.gipfelproteste-dielinke.de](http://www.gipfelproteste-dielinke.de)

und darüber hinaus das öffentliche Leben in München für mehrere Tage stark beeinträchtigt, nicht Ihre Privatangelegenheit ist, zumal auf der Konferenz regelmäßig außen- und sicherheitspolitische Absprachen von großer Tragweite getroffen werden.

Ihre Einladungs politik, mit der Sie kritische Positionen systematisch von der Konferenz ausschließen, passt genau zu ihrer Einstellung zur Meinungsfreiheit und Demokratie, die Sie am Mittwoch im Bayrischen Rundfunk präsentierten, als Sie mit Blick auf die geplanten Gegendemonstrationen sagten: „Es ist die Tragik jeder Demokratie, dass bei uns jeder seine Meinung öffentlich vertreten darf [...] In Diktaturen würde so etwas nicht passieren“. Aus unserer Sicht ist das nicht die Tragik der Demokratie, sondern ein Wesenszug. Wir sind nicht bereit, eine solche Haltung zu tolerieren. Wir werden die Einladungspraxis zur Sicherheitskonferenz vor Ort thematisieren und die Teilnahme von Mitgliedern unserer Fraktion an der Konferenz einfordern.

Ebenso behalten wir uns eine rechtliche Klärung des Charakters dieser Veranstaltung vor.“

*Monika Knoche, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Hüseyin Aydin, Dieter Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Norman Paech, Paul Schäfer, Alexander Ulrich, Hakki Keskin, Katrin Kunert, Inge Höger*



**Hinweis:** Von der Linksfraktion im Europaparlament (GUE/NGL) ist eine Broschüre mit Texten von Tobias Pflüger zum Thema „Was macht die Bundeswehr in Usbekistan“ erschienen. Die Bundeswehr unterhält einen Stützpunkt in Termez / Usbekistan.

[www.tobias-pflueger.de](http://www.tobias-pflueger.de)

## Umgang mit Kurnaz entlarvt rot-grüne Heuchelei

von Ulrich Maurer.

Das politische Geschäft in Berlin hat einen weiteren Skandal: den Fall Steinmeier. Scheibchenweise kommt die Verantwortung des heutigen Bundesaußenministers bei der Verhinderung der Einreise des in Deutschland aufgewachsenen Türken Murat Kurnaz ans Tageslicht. Fast täglich werden neue Dokumente öffentlich, die die aktive Rolle des damaligen Leiters des Bundeskanzleramts belegen.

Was steht bislang fest? Erstens ist laut Aussage der amerikanischen Bundesrichterin Green Kurnaz unschuldig, der deutsche Geheimdienst hatte Kurnaz als „harmlosen Menschen“ charakterisiert. Zweitens hat – entgegen den Aussagen Steinmeiers – die Bundesregierung Kurnaz' Einreise aktiv verhindert, obwohl ihr die skandalösen Menschenrechtsverletzungen in Guantanamo bekannt waren. Drittens hat der Sonderausschuss des Europäischen Parlaments unter Zustimmung der sozialdemokratischen Mitglieder entschieden, dass Deutschland eine Mitschuld dafür trägt, dass Kurnaz verschleppt und gefoltert wurde. Viertens hat Steinmeier erklärt, er würde heute genau so entscheiden.

Steinmeier scheint jegliches Unrechtsbewusstsein im Fall Kurnaz verloren zu haben. Wenn er wieder so vorgehen würde wie im Herbst 2002, heißt das im Umkehrschluss, dass Kurnaz heute noch in Guantanamo inhaftiert wäre, wenn Steinmeier und Schily amtieren würden.

Die rot-grüne Bundesregierung hat sich zwischen 2003 und 2005 mehrfach mit dem Fall Kurnaz befasst. Die damalige Menschenrechtsbeauftragte hieß Claudia Roth, die heute ihre Empörung über den Fall kultiviert. Bundeskanzler Schröder rühmte sich gar in der Öffentlichkeit als Anti-Kriegskanzler, doch nun zeigt sich was er in Wirklichkeit zu verantworten hat: Kampfeinsätze der KSK und Folter! – so eine bisherige Bilanz;

Selbst der Grünen-Abgeordnete Ströbele beantwortet die Frage, ob er schon vor drei Jahren als Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums vom Fall Kurnaz gewusst habe, mit ja – aber er unterlag der Schweigepflicht. Diese soll ihn dazu verdammt haben, die im Grundgesetz verankerten Menschen- und Grundrechte mit Füßen zu treten?

Zusammenfassend entlarvt der Fall Steinmeier die Heuchelei und den Zynismus rot-grüner Menschenrechtspolitik.

Wenn sich die Sachverhalte im Untersuchungsausschuss bestätigen, sind

### Aufruf zum Ostermarsch 2007 in Calw

**Stoppt die Auslandseinsätze der Bundeswehr! Armutsbekämpfung statt Bekämpfung der Armen! Abrüstung statt Sozialabbau!**

Ostermarsch in Calw am Samstag, 7. April • 12 Uhr: Auftaktkundgebung an der Kaserne • 14.15 Uhr: Abschlusskundgebung auf dem Marktplatz • 15 Uhr: Ende des Ostermarsches  
Der Aufruf text zum Ostermarsch lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Er ist abrufbar unter [www.friedensnetz.de](http://www.friedensnetz.de)

die beteiligten Minister und Staatssekretäre in ihren Ämtern untragbar.

*(Der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Ulrich Maurer vertritt u.a. im KSK-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages die Fraktion Die Linke.)*

## „Sagt nein!“

**Antrag im Deutschen Bundestag: Keine Tornado-Aufklärungsflugzeuge in Afghanistan einsetzen**

Der Bundestag wolle beschließen: Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, keine Tornado-Aufklärungsflugzeuge in Afghanistan einzusetzen. Begründung: Medienberichterstattungen der vergangenen Tage zufolge erwägt die Bundesregierung den bewaffneten Einsatz von Jagdflugzeugen des Typs Tornado. Ihr Auftrag zur Aufklärung soll sich auf ganz Afghanistan erstrecken und ausdrücklich das heftig umkämpfte Südafghanistan mit einschließen. Seit der Ausweitung des ISAF-Mandats auf das gesamte Staatsgebiet Afghanistans und die Unterstellung unter den gemeinsamen Oberbefehl zusammen mit der Operation Enduring Freedom ist die notwendige Abgrenzung zwischen den beiden militärischen Operationen nicht mehr gewährleistet. Mit dem Einsatz der Tornado-Flugzeuge im Süden Afghanistans wird das bisherige Maß der Beteiligung überschritten. Eine unmittelbare Teilhabe an Kampfhandlungen ist im ISAF-Mandat nicht eingeschlossen. Daher stellt der Tornado-Einsatz eine neue Qualität des militärischen Engagements dar. Ein solcher neuer Einsatz der Bundeswehr ist sowohl aus rechtlichen wie politischen Gründen abzulehnen. Ein effektiver Kampf gegen Terrorismus lässt sich mit militärischen Mitteln nicht führen. Er muss daher aus grundsätzlichen Betrachtungen beendet werden. Vielmehr muss eine verantwortliche Exitstrategie aus dem militärischen Engagement führen.

*Berlin, den 17. Januar 2007, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion*

## „Signale setzen – gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung!“

Unter diesem Motto ließ ein breites Bündnis gegen den Sozialabbau eine Woche vor Weihnachten ca. 1.000 Luftballons auf der Neckarbrücke in Tübingen steigen. Monatelang wurde in den Medien gegen Arbeitslose und Arme als „Parasiten“ und „Schmarotzer“ gehetzt. Um die Spaltung zwischen Arbeitenden und Nicht-Arbeitenden zu überwinden, wurde in Betrieben (Uni-Kliniken, Post, Körperbehindertenbeförderung – KBF, Schulen), Geschäften und an Info-Ständen ein Solidaritätsbetrag von einem Euro für einen Luftballon gesammelt. Mitglieder des Tübinger Bündnisses gegen den Sozialabbau, des Arbeitskreises Montagsdemo, des Tübinger Arbeitslosentreffs konnten insgesamt 1.350 Euro Spenden verzeichnen – und eine große Resonanz in der Lokalpresse und selbst in der Landesschau.

An die 1.000 Luftballons wurde das Flugblatt des Bündnisses geheftet und damit die Botschaft in das ganze Ländle getragen. Die Luftballons aufzublasen und gemeinsam zu starten, war dann für alle Beteiligten eine Herausforderung. Auf der abschließenden Kundgebung wurde die Leugnung der Armutproblematik durch die Landesregierung scharf angegriffen, denn Armut dient als soziales und politisches



Disziplinierungsmittel und hat inzwischen viele Gesichter: Allein 4.400 ALG-II-Haushalte in Tübingen, Altersarmut, Personen, die von Minijobs und Niedriglöhnen leben müssen. In Oettingers reichem Musterländle sind 1,5 Millionen Menschen von relativer Armut betroffen, allein 45 Prozent der Arbeitslosen im Land haben ein Einkommen unter der Armutsschwelle von 895 Euro je Monat.

Die Aktion hat das Tübinger Bündnis weiter zusammengeschweißt. Der Tübinger Arbeitslosentreff erhielt 655 Euro und hat damit für Arbeitslose eine Kreativwerkstatt eingerichtet. Jetzt hat sich das Bündnis zur Aufgabe gestellt, die gesellschaftliche Solidarität mit den betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivitäten gegen die Rente mit 67 zu organisieren, weil diese die schon bestehende Altersarmut drastisch verschärfen wird.

*Emanuel Peter*

## Mindestlohn

# Mehr Anerkennung für harte Arbeit

Sogar ein Teil der Springer-Presse beginnt über skandalös niedrige Entlohnungen zu berichten. So haben nahezu alle Hamburger Zeitungen über Dumpinglöhne von 2,46 Euro in Hamburg Luxushotels anklagend berichtet. Das „Hamburger Abendblatt“: „Die 23-jährige Antonia H. arbeitete im November laut DGB 168 Stunden an 21 Tagen in dem Fünf-Sterne-Hotel Dorint als Reinigungskraft. Dennoch bekam sie ausweislich der Monatsabrechnung, die dem Abendblatt vorliegt, lediglich 413,18 Euro brutto.“ Die Firma (übrigens in Mannheim ansässig), die für die Zimmerreinigung zuständig ist, zahlt keinen festen Stundenlohn, sondern 3,50 Euro pro Zimmer, und drückt so die Löhne.

Andererseits wird seitens der Wirtschaftswissenschaften ständig polemisiert: „Mindestlöhne gefährden Arbeitsplätze“, schreibt zum Beispiel Michael Hüther, der Chef des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft am 19. Januar unter der Überschrift „Ordnungspolitischer Einspruch“ im „Handelsblatt“. Der aus Film, Funk, Fernsehen bekannte Ökonom Hans-Werner Sinn aus München fordert jüngst in einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“, dass die Löhne für unqualifizierte Arbeit noch weiter sinken müssten, um Beschäftigung zu schaffen.

## Der Streit um den Mindestlohn

(aus Paul A. Samuelson, William D. Nordhaus, Volkswirtschaftslehre, Das internationale Standardwerk der Makro- und Mikroökonomie, 2005. Paul Samuelson erhielt 1970 als erster US-Amerikaner den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften)

Der Mindestlohn legt einen Mindeststundentarif fest, den die Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern zu zahlen verpflichtet sind. In den Vereinigten Staaten wurde der staatlich festgelegte Mindestlohn im Jahre 1938 eingeführt: (...) Obwohl er von Zeit zu Zeit erhöht wurde, bröckelte der Mindestlohn im Vergleich zu den durchschnittlichen Löhnen ab und belief sich Ende 2003 mit US-\$ 5,15 pro Stunde auf nur 34 Prozent des in der Produktion durchschnittlich bezahlten Lohns.

Das ist eine Frage, an der sich die Geister der bekanntesten Ökonomen scheiden. So erklärt der Nobelpreisträger Gary Becker: „Hebt man den Mindestlohn an, verlieren die Leute ihre Arbeit.“ Eine andere Fraktion von Nobelpreisgebern konterte: „Wir sind der Meinung, dass der staatliche Mindestlohn moderat erhöht werden kann, ohne die Beschäftigungschancen signifikant zu gefährden.“ (...)

Wie sollen sich Laien ein Urteil über eine Frage bilden, in der die Experten so geteilter Meinung sind? Wie können wir

diese offensichtlich widersprüchlichen Aussagen einordnen?

Zunächst sollten wir uns klar machen, dass Aussagen darüber, ob eine Anhebung des Mindestlohns wünschenswert wäre, persönliche Werturteile beinhalten. Solche Experten könnten von der besten positiven Ökonomie beeinflusst sein und trotzdem unterschiedliche Empfehlungen über wichtige politische Fragen abgeben. Eine kühle Analyse würde ergeben, dass die Diskussion um die Mindestlöhne in erster Linie um Interpretationsfragen kreist und dass ihr keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über empirische Erkenntnisse zugrunde liegen. Sehen wir uns Abbildung 4-12 an, die den Markt für Hilfsarbeiter darstellt. (...)

Mithilfe des Angebots- und Nachfrageanalyse erkennen wir, dass es wahrscheinlich einen Rückgang der Beschäftigung bei Hilfsarbeitern geben wird. Aber um welche Größenordnung wird es sich dabei handeln? Und wie werden die Auswirkungen auf das Lohneinkommen der Arbeiter mit niedrigem Einkommen sein? Die Daten können wir anhand von empirischen Daten betrachten.

Den meisten Studien zufolge würde eine zehnpromtente Erhöhung des Mindestlohns die Beschäftigung von Teenagern zwischen 1 und 3 Prozent senken. Die Auswirkungen auf die Beschäftigung Erwachsener sind noch geringer. Einige aktuelle Studien siedeln die Auswirkungen auf die Beschäftigung nahe bei null an, während eine Studiengruppe zu

Mit wirklichem ökonomischen Sachverstand haben diese Aussagen wenig zu tun, sie beruhen vielmehr auf nicht offen geäußerten politischen Zielen und Wertvorstellungen. Im Kasten unten ist die Meinung des renommierten US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Paul Samuelson zum Thema Mindestlohn dokumentiert. Danach ist die Auswirkung des Mindestlohns auf die Beschäftigung von ungelerten Hilfskräften ziemlich gering, da die Nachfrage nach diesen Arbeitskräften relativ preisunelastisch ist, wie der Fachausdruck lautet. Das heißt, auch wenn die Löhne für Ungelernte ansteigen, sinkt die Nachfrage nur wenig, denn sie sind nicht zu ersetzen.

Wer sich diese Tätigkeit anschaut, sieht das auch sofort ein. Es werden Wachmänner und Reinigungskräfte gebraucht, es werden Verkäuferinnen für Lebensmittel benötigt, die Friseurinnen sind ebenfalls nicht ersetzbar. Mindestlöhne in diesen Bereichen würden vielleicht zu Preissteigerungen führen, denn auch die Nachfrage nach den Dienstleistungen, die hier erbracht werden, ist ebenfalls ziemlich preisunelastisch: Haare schneiden lässt man sich auch dann, wenn es 1 oder 2 Euro mehr kostet. Da aber die Konkurrenz in diesen Branchen relativ groß ist, wäre es auch gut möglich, dass die Unternehmer geringere Gewinne machen, weil sie Preiserhöhungen nur teilweise durchsetzen können.

Dagegen ist die Behauptung, dass darunter die internationale Wettbewerbsfähigkeit leiden würde, eigentlich lächerlich. Die BRD-Wirtschaft konkurriert international mit Produkten, die im

Bereich der höheren Löhne und Gehälter gefertigt werden, und nicht mit Putzkräften.

Bleibe noch abzuwägen, ob diese Dienstleistungen auch durch Firmen aus EU-Ländern mit geringeren Löhnen erbracht werden könnten und dadurch die Beschäftigung im Niedriglohnbereich in der BRD zurückgeht. Auch das ist nur im geringen Umfang zu erwarten, denn die meisten dieser Dienstleistungen lassen sich nur schwer von einem ausländischen Standort aus erbringen, und in den Bereichen, wo es geht (Erntehelfer, Teile der Bauindustrie), ist dies längst geschehen.

Bleibt als Fazit: So wie es im Lehrbuch von Samuelson beschrieben ist, würde die Einführung eines Mindestlohns, der über den heute faktisch gezahlten Niedriglöhnen liegt, vor allem die Einkommen der Niedriglohnarbeiter insgesamt erhöhen.

Das wäre in vielerlei Hinsicht positiv: Einige Armutprobleme wären weg; die Kommunen bzw. die Arbeitsagenturen müssten nicht mehr aufstockende Zahlungen zu Löhnen machen, die nicht zum Leben reichen.

Und noch ein ganz wichtiger Gesichtspunkt: Die zu niedrigen Löhne drücken auch eine Missachtung der dafür verrichteten Arbeiten aus, und auch der Menschen, die diese Arbeiten verrichten. Darüber sollte mit den Ökonomen und Politikern diskutiert werden, die Effizienzgesichtspunkte behaupten, aber tatsächlich ein Gesellschaftsbild haben, in dem es an Respekt und Achtung fehlt gegenüber denen, die für wenig Geld harte Arbeiten verrichten.

Alfred Küstler

### Mindestlohn: Österreichs große Koalition macht Merkel und Müntefering einsam in Europa

Zur Ankündigung des neuen österreichischen Bundeskanzlers, Alfred Gusenbauer, unter der gerade gebildeten großen Koalition zwischen Sozialdemokraten und der konservativen ÖVP einen Mindestlohn von 1000 Euro einzuführen, erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., Oskar Lafontaine:

In Sachen Mindestlohn wird es einsam in Europa für Merkel und Müntefering. Der Schritt des neuen österreichischen Bundeskanzlers, gleich zu Beginn seiner Amtszeit die Einführung eines Mindestlohns von monatlich 1000 Euro anzukündigen, führt die deutsche Bundesregierung regelrecht vor. Seit Monaten blockiert die große Koalition hierzulande die Forderungen von Gewerkschaften und Linken nach einem bundeseinheitlichen, gesetzlich garantierten Mindestlohn. Arbeitsminister Müntefering versucht sich mit branchenspezifischen Regelungen durchzumogeln. Der SPD-Vizekanzler hat damit die im September 2006 mit den Gewerkschaften getroffene Vereinbarung über einen einheitlichen Mindestlohn gebrochen. Wer ernsthaft die Niedriglohnspirale stoppen will, kommt an einem gesetzlichen Mindestlohn nicht vorbei. Müntefering muss endlich seinen arbeitnehmerfeindlichen Kurs aufgeben.

(PM Lafontaine, 17.1.)

der Auffassung gelangt, dass die Beschäftigung sogar steigen könnte. Liest man daher die Zitate der bekannten Ökonomen aufmerksam, erkennt man, dass manche von ihnen gering mit „insignifikant“ gleichsetzen, während andere betonen, dass zumindest einige Jobs verloren gehen könnten. Unser Beispiel in Abbildung 4-12 zeigt einen Fall, wo der Rückgang der Beschäftigung (abgebildet als Differenz zwischen M und E) sehr gering ist, während die von dem Mindestlohn verursachte Arbeitslosigkeit (dargestellt durch die U-Linie) relativ hoch ist.

(...) Ein weiterer Diskussionspunkt bezieht sich auf die Auswirkungen des Mindestlohns auf die Einkommen. Praktisch jede Studie kommt zu dem Schluss, dass die Nachfrage nach Niedriglohnarbeitern preisunelastisch ist. Den soeben zitierten Ergebnissen zufolge liegt die Preiselastizität zwischen 0,1 und 0,3. Das führt uns zu der überraschenden Schlussfolgerung, dass eine Anhebung des Mindestlohns die Einkommen der Niedriglohnarbeiter insgesamt erhöht. Angesichts der soeben angeführten Elastizitäten erhöht eine zehnpromtente Erhöhung des Mindestlohns die Einkommen der betroffenen Gruppen um sieben bis neun Prozent. Abbildung 4-12 zeigt, dass die Einkommen der Niedriglohnarbeiter trotz des Rückgangs ihrer gesamten Beschäftigung steigen. (...)

Die Auswirkungen auf die Einkommen sind ein weiterer Grund, warum Uneinigkeit über den Mindestlohn besteht. Jene, die sich nur um das Wohlergehen der Niedrigeinkommensgruppen sorgen, können der Meinung sein, dass moderate Ineffizienzen ein kleiner Preis für höhere Einkommen sind. Andere, die sich den Kopf eher über die kumulativen Kosten von Markteingriffen oder über die Auswirkung höherer Kosten auf Preise, Gewinne und internationale Wettbewerbsfähigkeit zerberechnen, könnten argumentieren, dass ein Mindestlohn ein ineffizientes Mittel ist, Gruppen mit niedrigen Einkommen Kaufkraft zu verleihen. Ihnen sind direkte Einkommensstransfers oder staatliche Lohnsubvention lieber, als Sand in das Getriebe des Lohnsystems zu streuen. Wie wichtig sind Ihnen diese drei Anliegen jeweils? Je nach ihrer Priorität könnten Sie bezüglich der Zweckmäßigkeit einer Erhöhung des Mindestlohns zu ganz unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen.

**Abbildung 4-12:** Auswirkungen des Mindestlohns

Wenn wir den Mindestlohn hoch über dem Gleichgewichtspunkt des freien Marktes bei  $W_{\text{Markt}}$  mit  $W_{\text{min}}$  festlegen, ergibt dies das Beschäftigungsniveau bei E. Wie die Pfeile zeigen, geht die Beschäftigung von M auf E zurück. Darüber hinaus beträgt die Arbeitslosigkeit, also die Differenz zwischen den bei LF angebotenen Arbeitskräften und der Beschäftigung bei E, U. Bei einer unelastischen Nachfragekurve wird das Einkommen der Niedriglohnarbeiter durch eine Anhebung des Mindestlohns erhöht. Um das zu illustrieren, schraffieren Sie das Rechteck der gesamten Löhne vor und nach der Erhöhung des Mindestlohns.

**Einladung an Betriebsräte und Vertrauensleute  
Diskussion mit Mitgliedern der Linksfraktion im Bundestag  
Was erwarten Gewerkschafterinnen und  
Gewerkschafter von der LINKEN ?**

**Donnerstag, 22. Februar 2007, 18 Uhr  
Gewerkschaftshaus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20**

**Es laden ein:** Karin Binder, Karlsruhe – Manfred Jansen, Stuttgart – Gertrud Moll, Stuttgart – Albrecht Klumpp, Stuttgart – Monika Müller-Bertrand, Stuttgart – Klaus-Peter Löwen, Stuttgart – Heidi Scharf, Schw. Hall – Bruno Markel, Stuttgart – Ursula Schorlepp, Stuttgart – Bernd Melchert, Tübingen – Gerlinde Strasdeit, Tübingen – Ulrich Maurer, Stuttgart – Thomas Adler, Esslingen – Joh. Müllerschön, Heilbronn – Sieghard Bender, Esslingen – Bruno Nickel, Remseck – Siegfried Deuschle – Stuttgart Konrad Ott, Ludwigsburg – Jochen Dürr, Schw. Hall – Karl Reif, Esslingen – Hasso Ehinger, Heilbronn – Bernd Riexinger, Stuttgart – Cuno Hägele, Stuttgart – Michael Schlecht, Stuttgart – Peter Hanle, Stuttgart – Manfred Steidle, Lorch – Roland Hamm, Aalen – Wulf Siefert, Reutlingen – Wolfgang Hoepfner, Stuttgart – Jürgen Stamm, Stuttgart – Reiner Hofmann, Stuttgart – Gerhard Wick, Geislingen

18:00 h Bernd Riexinger, WASG Landesvorstand, Betriebs- und Tarifarbeit reicht heute nicht mehr alleine, um die anstehenden sozialpolitischen Probleme zu lösen.

18:10 h Klaus Ernst, Geschäftsführer der WASG Vorsitzender, MdB: Als Gewerkschafter müssen wir den politischen Kampf auch öffentlich führen. Welchen Beitrag kann die Fraktion der LINKEN im Bundestag hierzu leisten?

18:40 h Ulrich Maurer, MdB: Politische Gestaltungsmöglichkeiten der Linksfraktion im Parlament – Chancen und Grenzen

18:50 h Pause Bewirtung durch die „Kellerschänke“

19:20 h Diskussion

21:00 h Schlusswort – Ende der Veranstaltung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Ihr festgestellt habt, führt die Große Koalition die Politik des Sozialabbaus der vorherigen Regierungen fort. Nach wie vor ist deren Credo:

„Durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bekommen wir endlich wieder mehr Arbeitsplätze.“

Wie Ihr ebenfalls festgestellt habt, wurden mit dieser Politik nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen sondern lediglich die Gewinne erhöht.

Für den überwiegenden Teil der Kolleginnen und Kollegen jedoch verschlechtern sich die Arbeits- und Lebensbedingungen rapide. Die Reizworte sind: Mehrwertsteuer, Pendlerpauschale, Eigenheimzulage, Gesundheits„reform“, Hartz-IV-Verschärfungen, Kündigungsschutz, die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die Rente mit 67.

Auch unsere eigene betriebliche und tarifliche Arbeit leidet unter der Dauerpropaganda der Medien, die anscheinend nur noch die Argumentationen der Bertelsmann-Stiftung wiederkauen. Wenn wir zur Rettung von Arbeitsplätzen Arbeitszeitverlängerungen in Kauf nehmen, muss es nicht wundern, wenn Sabine Christiansen verkündet, dass Arbeitszeitverlängerung Arbeitsplätze schafft. Unsere Kolleginnen und Kollegen werden systematisch weichgeklopft.

Die Zeit ist reif für eine andere Politik. Darüber herrscht unter uns wohl Einigkeit. Um aber zu dieser anderen Politik zu kommen, müssen sich Linksfraktion, die linken Parteien und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verständigen.

Das kann aber nicht bedeuten, dass – nachdem die SPD in dieser Funktion versagt hat – jetzt die Linke der neue Brückenkopf der Gewerkschaften in den Parlamenten darstellen soll. Gerade die Erfahrung mit der SPD zeigt, dass wir eine völlig andere Zusammenarbeit benötigen.

Gewerkschaftliche Kämpfe müssen von der Fraktion aufgegriffen werden und in der Gesellschaft verteidigt werden.

Wir haben Klaus Ernst und Ulrich Maurer eingeladen.

Sie haben zugesagt, mit uns zu diskutieren:

Was Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter von der LINKEN erwarten, und um zu berichten, was die LINKE im Bundestag in Richtung Gewerkschaften und Betriebe bisher getan hat und weiter plant.

Gemeinsam gilt es zu beraten wie der Kampf gegen die neoliberale Politik fortgesetzt werden kann.

## Studiengebühren sind und bleiben sozial ungerecht.

Auszüge aus der Rede von Karin Binder Rede bei der Demonstration gegen Studiengebühren am 26.1. in Karlsruhe.

(...) Studierende, die sich ein Studium finanziell kaum oder gar nicht leisten können, und Studierende, die ihren Lebensunterhalt durch eine Erwerbstätigkeit selbst bestreiten müssen, bleiben auf der Strecke.

Schon jetzt stammt nur ca. jede/r 10. Studierende aus sog. bildungsfernen Schichten, aus Arbeiterfamilien. Mit der Privatisierung von Bildung und der Einführung von allgemeinen Studiengebühren wird der Zugang damit noch deutlicher von den finanziellen Ressourcen abhängen.

Die soziale Selektion wird ergänzt durch die Erhöhung von Zugangsbarrieren, wie Numerus Clausus und Auswahlgespräche sowie immer weiterer Einschränkungen beim BAföG. Kurzum: Hochschulbildung wird zu einer Ware und die Studierenden zu KundInnen.

Zusätzlich verschlechtern sich auch die Perspektiven für HochschulabsolventInnen ganz allgemein. Die „Generation Praktikum“ muss sich immer häufiger mit prekären Beschäftigungsverhältnissen durchschlagen. Auch der Anteil der Erwerbslosen unter den Akademikern steigt unaufhörlich.



Die Studierenden machen heute das einzig Richtige und protestieren gegen diese Politik UND die Einführung von Studiengebühren in Baden-Württemberg und anderswo. Sie wehren sich damit gegen eine Ökonomisierung weiterer Teile unserer Gesellschaft, die letztendlich bereits vorhandene soziale Ungerechtigkeiten weiter ausbaut.

### Eure Kritik ist richtig und wichtig!

Auch die in Aussicht gestellten Kreditangebote sind eine Farce. Ein Schuldenstand von bis zu 50.000 Euro ist für einen jungen Menschen nicht tragbar. WER aus der „Generation Praktikum“ kann das je zurückzahlen ?

Abgesehen von der finanziellen Seite brechen die Studiengebühren aber auch mit einem bedeutenden Grundsatz unserer Gesellschaft, dem „freien Zugang zu Bildung“, wie er auch von den Ver-

einten Nationen eingefordert wird.

Studiengebühren sind und bleiben sozial ungerecht. Studiengebühren sind aber auch bildungspolitisch und volkswirtschaftlich Unsinn. Denn Gebühren stehen einer freien Berufswahl und der individuellen Entfaltung der Persönlichkeit, sowie dem Ausschöpfen der eigenen Potentiale und Talente im Weg. Sie werden damit bildungspolitisch weder dem Einzelnen gerecht, noch ermöglichen sie vorhandene Potentiale in Forschung und Wissenschaft zu erschließen.

Willst du wissen, wie es um eine Gesellschaft steht, dann schau dir an wie sie mit ihren Kindern und mit deren Bildung umgeht!

Ein Blick auf das deutsche Bildungswesen ist da sicher ernüchternd.

Wir als Linke setzen diesen Entwicklungen für unsere Hochschulen das Leitbild einer offenen und solidarischen Hochschule entgegen, in der der freie Zugang zur Hochschule sowie das gebührenfreie Lernen Niemanden an der Aufnahme eines Studiums hindert.

Es ist die Aufgabe des Staates für eine ausreichende und bedarfsdeckende Finanzierung der Hochschulen mit öffentlichen Mitteln zu sorgen. Eine solche Hochschule soll sich als Ort der kritischen Auseinandersetzung mit der Wissenschaft im speziellen und der Gesellschaft im Allgemeinen verstehen und die Entwicklung der Studierenden zu kritisch denkenden, verantwortungsbe-



wussten und selbst reflektierten Menschen befördern.

Wer nun aber annimmt, dass diese unsoziale und ungerechte Politik lediglich der Unvernunft und dem Unwissen einiger Politiker und Politikerinnen entspringt, den muss ich leider enttäuschen. Denn hinter dieser Politik steht ein Programm und eine ganz bestimmte Einstellung.

Auch hinter der Idee der Gebühren steht die neoliberale Annahme, dass öffentliche Ausgaben und gesamtgesellschaftliche Dienstleistungen und Angebote ebenfalls dem Markt zu unterwerfen sind und der Staat sich hier Schritt

für Schritt aus seiner Verantwortung zurückziehen kann. Parallel dazu wird der Wirtschaft eine Regelungskompetenz zugeschrieben, die sie nachweislich nicht hat.

Öffentliche Daseinsfürsorge, sichere und ausreichende Rente, Ausbildungsplätze für alle SchulabgängerInnen, an der Universität oder in einem Betrieb, können nur als gesamtgesellschaftliche Aufgaben gewährleistet werden. Die Unterwerfung dieser Aufgaben der Logik des Marktes und des Neoliberalismus zerstören eine solidarische Gesellschaft.

Damit wird auch deutlich, wer hier heute gegen Studiengebühren auf die

### Pressebericht in: Schwäbischen Tagblatt, 1.2.2007

### Abgeordnete gegen Studiengebühren – OB Palmer nicht dabei

TÜBINGEN/BERLIN/BRÜSSEL (tol). Die fünf Tübinger Abgeordneten Rita Haller-Haid MdL (SPD), Winfried Hermann MdB (Grüne), Heike Hänsel MdB (Die Linke), Herta Däubler-Gmelin MdB (SPD) und Tobias Pflüger MdEP (Die Linke.) wenden sich in einer gemeinsamen Resolution (siehe unten) gegen die vom baden-württembergischen Landtag beschlossenen Studiengebühren. Die unterzeichnenden Abgeordneten fordern die Landesregierung auf, die Gebühren wieder abzuschaffen.

Auch die anderen drei Tübinger Abgeordneten wurden gefragt. Von Annette Widmann-Mauz MdB (CDU) und Klaus Tappeser MdL (CDU) gibt es bislang keine Antwort. Boris Palmer MdL (Grüne) hat eine Unterzeichnung aus inhaltlichen Gründen abgelehnt.

### Resolution gegen Studiengebühren

Der Landtag Baden-Württembergs hat mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen, ab dem Sommersemester

2007 von allen Studierenden Gebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester einzufordern. Studiengebühren sind bildungs-, sozial- und gesellschaftspolitisch ein völlig falscher Weg. Denn unsere Hochschulen sind zwar strukturell unterfinanziert und allein dem sogenannten Solidarpakt fielen an den Universitäten in den letzten zehn Jahren 1.500 Stellen zum Opfer. Für die Konsequenzen dieser Fehlentscheidungen der Landesregierung dürfen nun aber nicht ausgerechnet jene herangezogen werden, die ohnehin schon den Schaden dieser Politik tragen. Wir tragen deshalb die Ablehnung der Studiengebühren ausdrücklich mit und unterstützen die Forderung nach einer sozial verantwortlichen und nicht ausgrenzenden Bildungspolitik.

Studiengebühren stehen für ein Denken, das Bildung völlig verengt betrachtet als die Investition eines Einzelnen in ein später einmal zu erzielendes höheres Einkommen. Die Studiengänge der Universitäten geraten dabei in die Gefahr, immer stärker auf kurzfristige, marktgerechte Verwertbarkeit hin „optimiert“ zu werden. Weniger „rendite“trächtige Fachbereiche verlieren in diesem Denken ihre Berechtigung. Studien-

gebühren machen Bildung zur reinen Ausbildung, die Bildung als Befähigung zur Meinungs- und Urteilsbildung als Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens geht verloren.

Bildung und Wissen sind keine Waren, die in einem durchrationalisierten Produktionsprozess entstehen und dann zum Marktpreis gekauft und konsumiert werden. Bildung und Wissen entstehen vielmehr in der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden.

Ein Angebots- und Nachfrageverhältnis, wie es von der Frankenbergischen Wissenschaftspolitik gewollt ist, ist dem Bildungs- und Wissenschaftsverständnis feindlich, wie es die Aufklärung sich erkämpft hat.

Studierende aus sozial schwachen Familien, die einen Kredit aufnehmen müssen, zahlen am Ende deutlich mehr als Sofortzahler. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein – der Zugang zu Bildung sollte jeder und jedem zu gerechten, d. h. gleichen Bedingungen offen stehen.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, die breite gesellschaftliche Bewegung gegen Studiengebühren endlich ernst zu nehmen und die Gebühren wieder abzuschaffen.

Straße geht,

- sollte auch den Widerstand der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den Betrieben gegen die Rente mit 67 unterstützen,
- sollte auch mit den Auszubildenden und SchulabgängerInnen für die Ausbildungsplatzumlage und eine Lehrstelle für jeden streiten und
- sollte sich auch mit Bürgerinnen und Bürgern solidarisieren, die sich für den Erhalt kommunaler Einrichtungen, wie Wohnbaugesellschaften, Energieversorgern und Verkehrsbetrieben stark machen und gegen deren Privatisierung streiten.

### Euer Protest hier macht Mut und Hoffnung.

Letztendlich wird er aber noch wirksamer werden, wenn wir auch Anderen deutlich machen, dass hinter dem seit Jahren stattfindenden Bildungs- und Sozialabbau, hinter weltweiten Kriegseinsätzen und dem Run auf die letzten Ölreserven die selben Ursachen stecken.

In diesem Sinne möchte ich euch alle aufrufen, euren Protest in diesem Jahr auch nach Heiligendamm zu tragen. Tut euch dort mit den anderen Protestierenden aus Gewerkschaften, Sozial- und Umweltbewegungen zusammen. Protestiert gegen das Treffen und die Abmachungen der selbsternannten Großen Acht, denn genau hier werden die sog. Sachzwänge der Globalisierung geschaffen (...)

## Eine neue Linke an den Unis

**Am 19. bis 21. Januar 2007 nahmen über 600 TeilnehmerInnen am Studentenkongress „Get up, stand up“ in Frankfurt teil. Darunter auch 30 bis 40 StudentInnen aus Baden-Württemberg.**

Der Kongress war ein erster Schritt auf dem Weg zu einem linken Hochschulverband, dessen Gründung Anfang Mai stattfinden soll.

In über 40 Workshops und Podiumsveranstaltungen wurde in der Tradition der „Kritischen Theorie“ über die Hintergründe des neoliberalen Umbaus der Hochschulen, über die stärker werdende Ausrichtung der Hochschulen an den Interessen des Marktes und über linke Gegenstrategien gesprochen. Dabei stand nicht nur Oskar Lafontaine als Teilnehmer einer Podiumsdiskussion für eine radikale Kritik: „Das Problem heißt Kapitalismus und das müssen wir auch sagen“.

Ein bundesweiter linker Hochschulverband wäre eine wichtige Hilfe, linke Ideen wieder an den Unis zu etablieren und trotz der Zersplitterung aufgrund



**Protest beim Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart:** Zusammen mit jungen Mitgliedern aus WASG, Linkspartei und Jugendverband [solid] forderten die Drei Weisen aus dem Morgenland am 6. Januar 2007 in Stuttgart eine „soziale und radikale“ Bildungsreform. Zentrale Forderungen der spontanen Aktion waren die Verhinderung von Studiengebühren, ein Ausbildungsplatz für Jeden und Jede sowie die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems.

der föderalistischen Bildungspolitik bundesweit zu agieren. – „Wir brauchen einen neuen SDS“, sagte Lafontaine zum Kongressauftakt, worauf sich später viele bezogen. Nele Hirsch schrieb dazu in der „jungen Welt“: „Die Linke muß deutlich machen, dass Bildungspolitik immer auch Gesellschaftspolitik ist und der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft deshalb gemeinsam geführt werden muß und kann: an den Hochschulen, in den Betrieben, in den Schulen, auf der Straße und auch im Parlament. Ein linker sozialistischer Studierendenverband kann an den Hochschulen und in der neuen linken Partei für eben diesen Anspruch streiten. Die Partei muß deshalb die Stärke besitzen, Kritik auszuhalten, und zu Auseinandersetzungen bereit sein. Ansonsten könnte sich die Entwicklung des letzten großen linken Studierendenverbandes – des SDS

– wiederholen: Die Mutterpartei SPD war nicht bereit, die Linksentwicklung und die zunehmende Radikalisierung des Verbandes mitzutragen. Es wird in Zukunft darum gehen, daß die Linke solidarisch miteinander um ihre Politik ringt – an den Hochschulen und in der Partei.“

Konkret unterstützen die linken Hochschulgruppen in Baden-Württemberg den Boykott der Studiengebühren und beteiligten sich an der bundesweiten Demonstration am 25.1.2007 in Karlsruhe. Im Rahmen einer Protest-Tour reiste Nele Hirsch Anfang Februar nach Tübingen, Freiburg und Heidelberg. Im Sommersemester wollen wir mit einer Massenzeitung zum Semesteranfang an den Hochschulen sichtbar sein und uns zusammen mit dem Jugendverband in die G8-Kampagne einbringen.

*Von Dirk Spöri, Freiburg*

### Einladung zur Landes-Jugendversammlung

Eingeladen sind Mitglieder (unter 35) von WASG und Linkspartei und dem Jugendverband solid.

**Samstag, 14. April 2007, ab 11 Uhr  
DGB-Haus Karlsruhe (Saal),  
Ettlingerstr. 3a, Karlsruhe**

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Berichte (Stand der Dinge: Parteibildung, Jugendverband, Bund und Land)
3. Satzungsänderungen
4. Jahresplanung
5. Weitere Anträge
6. Wahlen
- 6.1. Delegiertenwahlen (Bundesjugendversammlung der Neuen Linken)

- 6.2. Vorstandswahlen
7. Sonstiges

Zwischen den einzelnen Tagesordnungspunkten werden kleine Mobilisierungs- und Aktionsfilme gezeigt. Im Anschluss an die Sitzung findet eine Party im Karlsruher Falken-Laden „Die Planwirtschaft“ statt. *Anfahrtsbeschreibung:* Ihr erreicht das Karlsruher Gewerkschaftshaus am bequemsten mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Haltestelle: „Kongresszentrum“ (S1/11, S4, Linie 2), alle ab Hauptbahnhof KA. Aktuelle Infos finden sich außerdem auch immer unter [www.solid-bw.de](http://www.solid-bw.de). [solid] – die linke jugend, Landesgeschäftsstelle, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721 3548 9341 (mit AB) Mail: [info@solid-bw.de](mailto:info@solid-bw.de) Net: [www.solid-bw.de](http://www.solid-bw.de)

# Gemeinsames Frauenplenum von WASG und Linkspartei.PDS

Am 27. und 28. Januar fand in Hannover ein gemeinsames Frauenplenum von WASG und Linkspartei.PDS statt. An dem Plenum nahm unter anderem auch Heidi Scharf aus Baden-Württemberg teil. Anbei Auszüge aus dem Vortrag von Heidi Scharf (Mitglied des Bundesvorstandes der WASG) auf diesem Plenum.

(...) Es gibt Frauen, die Karriere machen können, Unternehmen entdecken die Frauen (übrigens in der Geschichte immer wieder) als Mitarbeiterinnen und tun teilweise auch etwas für Kinderbetreuung, Arbeitszeit etc. Es gibt aber auch viele Frauen, die in Armut leben. Betroffen sind insbesondere alleinerziehende Frauen. Die Armut ist weiblich ist nicht einfach nur so dahingesagt. Heute sind mehr Frauen als Männer arbeitslos. Von den neuen Vollzeitjobs, der geringeren Arbeitslosigkeit, profitieren überwiegend Männer. Frauen sind immer noch die Zuverdienerinnen, die Minijobberinnen mit geringen Einkommen und all den sozialen Folgen.

Brauchen wir eine eindeutige Gegenmacht oder reicht eine Mit-Macht oder brauchen wir beides gleichzeitig? Welche Positionen haben wir als Frauen in der Partei, was müssen wir diskutieren, bearbeiten, einbringen?

- Gibt es einen Änderungsbedarf in der Gesetzgebung bei Gewalt gegen Frauen?
- Wir müssen weiter für die ersatzlose Streichung des § 218 kämpfen. Bedeutet das Fristenlösung ohne Beratungszwang?
- Wie können wir patriarchalischen Verhältnisse verändern, auch in der Partei? Reicht dazu eine Quotierung aus oder müsste da nicht viel mehr erfolgen?
- Was ist Arbeit und wie ist diese zu bewerten und zu entlohnen?
- Wie stehen wir zu einem Gleichstellungsgesetz in der privaten Wirtschaft? Was muß es beinhalten, muß es eine Quote bei Einstellungen in Arbeit und Ausbildung geben und gibt es Sanktionen etc..?
- Wie sieht es mit dem Zugang zum bezahlten Arbeitsmarkt aus? Werden Frauen genauso gefördert wie Männer. Muß es zusätzliche Programme für Frauen geben? Wird dabei die besondere Belastung von Frauen durch Doppel- und Dreifachbelastung berücksichtigt oder der Wunsch nach unterschiedlichsten Arbeitszeiten
- Brauchen wir Instrumente, die auch gewährleisten, daß Frauen von dem Einkommen für Arbeit auch leben können?
- Wie schaffen wir es, die Köpfe der

Menschen (Frauen und Männer) zu erreichen, mit ihnen aus Sicht von Frauen zu diskutieren und gemeinsam Lösungen zu finden?

- Brauchen wir mehr internationale Vernetzung zwischen Frauen für eine friedliche Welt, für eine Welt ohne Ausbeutung, für eine Welt in der die öffentliche Daseinsvorsorge geregelt ist und nicht der privaten Profitmaximierung unterworfen wird?
- Wie schaffen wir es, die weltweite Ungleichheit zu beseitigen? Die Ungleichheit bei der Verteilung von Ressourcen, von Wissen und Macht?
- Müssen wir uns um alle Frauen gleichermaßen kümmern oder kümmern wir uns um die, die am Rande stehen und Hilfen brauchen?
- Müssen wir uns BündnispartnerInnen suchen und wo finden wir die heute noch?

Gesellschaftliche Veränderungen geschehen oft aus einer sozialen Bewegung heraus. Wir müssen Teil der jeweiligen Bewegung werden, mitmachen, uns einbringen. Dazu brauchen wir kooperative Formen und damit demokratische, die wir gegen konkurrierende und hierarchische Formen setzen. Um Handlungsperspektiven aus Sicht von Frauen entwickeln zu können, autonom und unabhängig von Männern, brauchen wir eigene Strukturen, eigene Antragsrechte und auch Veto-Rechte und wir müssen uns vernetzen und FreiRäume schaffen in denen wir ungestört diskutieren können. Wir müssen dabei einkalkulieren, daß dies für Männer bedrohlich wirkt, verlieren sie doch ihre „Macht“ über Frauen, Frauen werden unkontrollierbar.

Wir müssen uns aber auch den Zugang zu Frauen erarbeiten, uns öffnen für die unterschiedlichsten Sichtweisen und versuchen Gemeinsamkeiten zu entwickeln. Ein wichtiger Punkt ist dabei, das Rollenverhalten aufzubrechen. Nur indem wir als Frauen Druck machen, ändert sich überhaupt etwas an den Strukturen und Inhalten. Nur indem wir als Frauen auch an die Macht wollen, ändern wir etwas in den Gremien. Frauen haben ein anderes Verhältnis zur Macht wie wir sie kennen. Sie wollen keine hierarchisch geprägten Strukturen, die auf Konkurrenz basieren. Dazu ist eine Quote auf jeden Fall hilfreich, zumindest solange bis wir die Hälfte der Macht in Händen halten. Was Frauen daraus machen, liegt in ihren Händen.

Wir müssen gegen den Zeitgeist schwimmen und manchmal auch provozierende und phantasievolle Aktionsformen wählen, um etwas für Frauen vorwärtszubringen.

Werner Pfennig und Heinrich Fink, Vorsitzende der VVN-BdA:

## NPD verbieten und auflösen!

Mit der Kampagne „NPD-Verbot jetzt!“ wendet sich die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) an die Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland. Kernstück der Kampagne ist ein Schreiben an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, in dem diese aufgefordert werden, ein neues Verfahren zum Verbot der NPD in die Wege zu leiten.

Die Unterschriften möglichst vieler Bürger zur Bekräftigung dieser Forderung sollen im Herbst an die Abgeordneten übergeben werden. Denn: Ein zweiter Anlauf für ein solches Verfahren ist möglich und notwendig, darauf haben selbst Richter des Bundesverfassungsgerichtes hingewiesen. Das erste Verfahren in den Jahren 2001 bis 2003 scheiterte an formalen Fehlern der Antragsteller, die ihre Begründung auf Aussagen von V-



Leuten des Verfassungsschutzes gestützt hatten. Das Verfahren wurde daraufhin eingestellt, bevor überhaupt die Frage nach der Verfassungsfeindlichkeit der NPD behandelt worden war.

Die VVN-BdA ist davon überzeugt, dass die NPD eine verfassungsfeindliche Organisation ist. Diese Meinung wird von Politikern, wie dem Fraktionsvorsitzenden der SPD Wolfgang Struck oder dem Berliner Innensenator Ehrhart Körting ebenso geteilt wie von führenden Gewerkschaftern, Künstlern und vielen Bürgern dieses Landes, die sich bereits dem Aufruf angeschlossen haben.

Die NPD verbreitet offenen Rassismus. Ihre Aufrufe zur Diskriminierung hier lebender Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe, ihre Forderungen, diesen Menschen Bürgerrechte vorzuenthalten oder zu entziehen, verstoßen gegen das Grundgesetz. Die NPD stemmt Ausländer zu Sündenböcken für alle Missstände in diesem Land und gehört damit zu den geistigen und physischen Mittätern ausländerfeindlicher Gewalttaten.

Die NPD leugnet und verharmlost Naziverbrechen. Sie strebt ein neues „Großdeutschland“ an und gefährdet damit das friedliche Zusammenleben in Europa.

Die NPD hat ein funktionierendes Bündnis mit gewaltbereiten Gruppen geschlossen. Der Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern, der von den so genannten freien Kameradschaften getragen wurde, hat gezeigt, was das bedeutet: Immer wieder kam es hier zu Drohungen, Einschüchterungsversuchen und tätlichen Angriffen auf Vertreter



anderer Parteien. Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen ist für diese Partei legitim. Es gibt jedoch keinen Grund, dies zu tolerieren, ebenso wenig wie im Falle anderer Todschräger, Mörder und ihrer Helfer. Im letzten Jahr wurden ca. 12.000 rechtsextremistische Straftaten verübt, darunter viele Gewaltverbrechen. Seit 1990 sind über 100 Menschen von Neofaschisten getötet worden. Diese Entwicklung muss gestoppt werden!

Die Kampagne der VVN-BdA dient dem Ziel, all die Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland zusammenzuführen und zu bündeln, die für ein neues Verbotverfahren eintreten. Denn das Grundgesetz verbietet Diskriminierung aus rassistischen, religiösen und anderen Gründen, die Aufstachelung zum Rassenhass und die Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen. Das Strafgesetzbuch kriminalisiert ebenfalls und zu Recht die Verbreitung faschistischer Ideologie. Dieses Recht muss aber auch durchgesetzt und angewendet werden.

**Erhältlich bei der Bundestagsfraktion und den Wahlkreisbüros von Karin Binder, Ulrich Maurer und Heike Hänsel.**

#### **Taschenbuch: Was tun gegen Rechtsextremisten?**

Dieses Taschenbuch bietet praktische Lebenshilfe für den Umgang mit Rechtsextremismus und seinen Anhängern. Es orientiert sich an alltäglichen Situationen und unterbreitet Vorschläge, wie man sich wehren kann gegen Rechtsextreme, wie man Verbündete sucht und findet, wie man selbst aktiv werden und solidarisch sein kann mit jenen, die rechtsextremere Gewalt ausgesetzt sind.



#### **Kein Krieg? – irgendwie blöd!**

**Am Abend vor der Studierendendemonstration in Karlsruhe gab sich Ministerpräsident Oettinger die Ehre bei der Tübinger Landsmannschaft Ulmia. Zu vorgerückter Stunde dozierte Oettinger über Wohlstandsgesellschaft, Studiengebühren, Gemeinsinn in der schönen Nachkriegszeit. Und dann: „Das Blöde ist, es kommt kein Krieg mehr“**

Mit einem Verbot der NPD würden neofaschistische Umtriebe deutlich erschwert werden; denn für das Erreichen ihrer verfassungsfeindlichen Ziele ist der Parteienstatus der NPD von großer Bedeutung. Ihre über lange Zeit aufgebauten Strukturen, die eingespielte Führung, ihre Öffentlichkeitsarbeit, der Schutz ihrer Veranstaltungen, vor allem aber ihre finanziellen Möglichkeiten basieren auf dem Status einer legalen Partei und wären nach einem Verbot hinfällig. Juristen verweisen darauf, dass für den Nachweis der Verfassungswidrigkeit der NPD Observationen, Fotos und vor allem die Auswertung offener Quellen völlig ausreichen. Ein neuer Verbotantrag ließe sich problemlos auch ohne Aussagen

von V-Leuten des Verfassungsschutzes begründen.

Die NPD ist kein schützenswerter Bestandteil der Demokratie Deutschlands, sondern eine zunehmende Gefährdung derselben. Sie beeinträchtigt massiv die Grund- und Bürgerrechte von Migranten, Linken und anderen Gruppen, die sie zu ihren Feinden erklärt hat. Solange sie legal ist, müssen ihre Demonstrationen und Veranstaltungen von der Polizei geschützt werden. Um dem Aufruf mehr Gewicht zu verleihen, ist auch Ihre Stimme gefragt. Unterstützen Sie die Kampagne mit Ihrer Unterschrift, sammeln Sie selbst weitere Unterschriften, schließen Sie sich der Forderung an: NPD-Verbot jetzt!

#### **Folgende Publikationen sind bei der Bundestagsfraktion und den Wahlkreisbüros erhältlich.**

**Folder:** Datenschutz verbessern – Bürgerrechte stärken • Gegen Rente ab 67 • Für acht Euro gesetzlichen Mindestlohn • Zu Petitionen • Für eine demokratische, freiheitliche und zivile EU-Verfassung

**Flugblätter:** 7.2.2007 – Wir unterstützen die Gewerkschaften

**Clara – das Magazin:** 12.2.2007 – Magazin der Fraktion – Ausgabe 4

**Klar – die Zeitung:** Zeitung der Fraktion – die Ausgabe Nummer 4 ist in Arbeit, bitte bestellen.

**Broschüren:** Alternativen zur Steuerpolitik der Großen Koalition • „Was tun gegen Rechtsextremisten!“

**Comics:** 21.12.2006 – Angies Welt / Nr. 4

**Reader:** 21.3.2006 – Für ein soziales Europa!

**QUERBLICK** - Infoblatt für feministische Politik und Geschlechtergerechtigkeit

Freiburg: Fraktion Unabhängige Listen

## Nach dem „Nichts-geht-mehr“ – geht plötzlich doch eine ganze Menge

FREIBURG. Nachdem der OB noch vor zwei Monaten erklärt hatte, es gäbe keinen „Plan B“ für einen genehmigungsfähigen Haushalt, legten er und Erster Bürgermeister Neideck gestern dem Gemeinderat Eckdaten für einen genehmigungsfähigen Haushalt vor. Aus dem immer wieder behaupteten 50-bis-70-Millionen-Loch für die nächsten zwei Jahre ist ein ausgeglichener Haushalt ohne Nettokreditaufnahme geworden, der auch anlaufende Investitionsmaßnahmen bei den Schulen ermöglicht. U.a. wird dies möglich, weil die Stadtbau, die es glücklicherweise noch gibt, in den nächsten zwei Jahren im Umfang ihrer Gewinnerwartungen städtische Grundstücke kaufen kann.

Erfreulich ist, dass die städtischen Schulden von rund 320 Mio. € um die 2004 und 2005 aufgelaufene Neuverschuldung in Höhe von rund 12 Mio. € verringert werden kann. Die UL vermisst aber ein langfristiges Konzept für den Abbau des viel strapazierten „strukturellen Defizits“. Die UL hat mehrfach u.a. vorgeschlagen, Grund- und Gewerbesteuer um jeweils 10% zu erhöhen. Die dadurch zu erzielenden Mehreinnahmen würden dem städtischen Haushalt rund 6 Millionen € pro Jahr mehr Einnahmen bringen als die von der Verwaltung jetzt

vorgeschlagene – überhöhte – Steigerung der Grundsteuer um gleich 20% bei Beibehaltung des Hebesatzes der Gewerbesteuer. Die UL sieht sich in der lokalen Entwicklung der Gewerbesteuer und den vielfältigen Investitionsmaßnahmen von Banken und Industrie darin bestätigt, dass eine 10% Erhöhung der Gewerbesteuer überfällig ist.

Die UL lehnt die vorgesehene weitere Kürzung der Zuschüsse an Sportvereine und Kultur- wie Sozialeinrichtungen ab. Die damit verbundene Einsparung bis 2010 um 1,6 Mio. € zerstört nachhaltig wichtige Strukturen in der Stadt und ist für weitaus höhere Folgekosten im sozialen Bereich verantwortlich. Stattdessen fordert die UL den Verwaltungsrat der Sparkasse auf, die gesetzlich vorgesehene 25% Gewinnentnahme zugunsten der Träger zu beschließen, was der Stadt nach derzeitigem Stand bis 2010 mind. Mehreinnahmen von rund 2 Mio. € bringen würde. Das ist mehr, als man allen Gruppen in der Stadt bis 2010 kürzen will.

*Michael Moos, Fraktionsvorsitzender*

## Mehr soziale Stadt

**Traudl Horn-Metzger, Stadträtin der Tübinger Linken, in der Mittwochs-  
spalte im Schwäbischen Tagblatt vom  
17.01.2007**

Die Haushaltsberatungen 2007 beginnen. Die Grundsteuererhöhung B steht erneut zur Disposition. Die TUL-L war gegen diese Erhöhung, nicht nur aus reiner Liebe zum schwäbischen Haus-

besitzer, sondern wohl wissend, dass die meisten Vermieter diese Steuer an ihre Mieter weitergeben. Zusammen mit steigenden Energiekosten und den hohen Mieten in Tübingen werden die monatlichen Belastungen immer höher. Nichts desto trotz flatterte der Grundsteuererhöhungsbescheid Anfang Januar ins Haus. Diese Aktion hat, so wurde mir berichtet, ca. 15000 Euro gekostet. Falls die Grundsteuererhöhung in dieser Höhe kippt, müssen neue Bescheide versandt werden. Warum hat die Verwaltung mit der Verschickung der Bescheide nicht gewartet? Sind wir in Schilda?

Der Bildungsbericht für Tübingen weist auf abnehmende Schülerzahlen gerade an Hauptschulen hin. Statt Klassen zusammenzulegen (neudeutsch: Integrationsklassen) oder wohnortnahe Standorte aufzugeben, könnte Tübingen die sich bietende Chance nutzen und innovative Konzepte in Angriff nehmen. Durch Kooperation mit weiterführenden Schulen in Form durchlässiger Kursysteme und kleineren Lerneinheiten könnte Tübingen auch Bildungsstadt für sozial- und bildungsbenachteiligte Schüler und Schülerinnen sein.

Wenn es möglich war, als Modellversuch separierte Hochbegabtenklassen einzurichten, dann kann nun ein Schritt in die Richtung Aufhebung des pädagogischen Dinosauriers „dreigliedriges Schulsystem“ getan werden. Das wissenschaftliche Potential zur Konzeption solcher Modelle sitzt ja in Tübingen um die „Ecke“ in der Universität.

Zur Bildung zählt natürlich auch die „Volksbildung“, die gerne etwas vernachlässigt wird. Doch lebenslanges Lernen findet nicht in der Grundschule statt. Deswegen darf die Volkshochschule bei notwendigen Renovierungen nicht im „Regen“ stehen gelassen werden.

Anpassung der Mietobergrenzen an die Mietpreisrealität Tübingens für Hartz IV-BezieherInnen und eine Naldo-Card entsprechend der Regelungen wie bei Studierenden wären ein gutes Zeichen hin zu mehr sozialer Stadt. Gerade alleinerziehende Mütter und Väter oder ältere Langzeitarbeitslose (die in der Regel kein Auto besitzen) könnten sich dann mal einen Sonntagsausflug nach Sigmaringen an der Donau leisten.

Und noch was. Bei der letzten Aufsichtsratssitzung der GWG, wo es um Sanierung von städtischen Wohnungen ging, stieß meine Anregung, doch die Sonne zu nutzen, wenn z.B. Dach und Heizung erneuert werden, auf kein Interesse. Auch AL/Grüne im Aufsichtsrat haben mich da nicht unterstützt. Doch Grund zur Hoffnung besteht! Nachdem der neue OB Palmer im Amt ist, könnte die Devise sein: Nun scheint die Sonne ohn' Unterlass – Gemeinsam mit dem Sonnenkönig zur sozialen Solarstadt Tübingen.



Die Gemeinderätinnen der Tübinger Linken, Traudl Horn und Gerlinde Strasdeit, bedrängen den neuen grünen Tübinger Oberbürgermeister Palmer bei der Amtseinführung mit einer Ver.di.-Postkarte „gegen Rente mit 67“.

## Haushaltsanträge der Tübinger Linken

**1. Grundsteuer.** Da die hohe Grundsteuer in Tübingen den Charakter einer Einwohnersteuer hat und an die Mieter weitergereicht wird, sprachen sich die Stadträte der Tübinger Linken im vergangenen Jahr gegen eine Erhöhung dieser Steuer aus. Auch aus ökologischen Gründen ist die heutige Grundsteuer kontraproduktiv. Sie wirkt auf die Siedlungsentwicklung expansiv. Flächenzehrende Einfamilien-siedlungen in Randzonen werden am geringsten belastet. Unser Rücknahmeantrag ist auch ein Anreiz, die Abwanderung in das Umland von Tübingen auszubremsen, die Pendlerbelastung zum Arbeitsplatz zu verringern, die Steuerkraft Tübingens durch steigende Einwohnerzahlen und Gewerbeansiedlung zu stärken.

Allerdings könnte die TÜLL den Kompromissvorschlag 470 Punkte Grundsteuer mittragen, wenn den Bürgern der abgenommene Betrag zurückgegeben wird: 1,7 Millionen wird den am stärksten belasteten Einwohnern, denen mit Kindern, zurückgegeben.

**2. Kindergartengebühren streichen.** Die Stadt Tübingen streicht die Betreuungsgeldern für die Kindergärten (296 000), die der Kinderbetreuungseinrichtungen (1 370 500) und der Schülerhorte (83 000), also zusammen 1749 700 Euro, genau die Summe, die die Stadt jährlich durch die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer von 410 auf 470 Punkte mehr einnimmt. Der Tübinger „Kindersommer“ muss für Familien, die ALG II beziehen, kostenlos sein.

Die positiven Folgen würden weit über Tübingen hinaus wirken. Wir hätten ein Zeichen gesetzt im Wettbewerb der Städte um junge Familien. Die Abwanderung in die Umlandgemeinden würde gestoppt bzw. umgedreht. Die beschä-

menden Zustände, dass Eltern einen Offenbarungseid leisten müssen, wenn sie niedrigere Kinderbetreuungsgeldern beantragen, wären vorbei

**3. Technologiepark.** Dass die Stadt fast eine dreiviertel Million jährlich verliert durch die Mietgarantien für das leerstehende Technologieparkgebäude, kann in diesem Jahr abgestellt werden. Das muss oberste Priorität für den Oberbürgermeister haben. Dazu kann der Zweck des Technologieparks von der reinen Fixierung auf Biotechnologie auf einen Technologiepark für alle Zukunftstechnologien erweitert werden (Solar, Biorohstoffe). Dann wäre es sicher auch möglich, dass die L-Bank und die TTR selbst das Vermietungsrisiko übernimmt wie in Reutlingen. Über Nacht wäre dann auch das Tübinger Gebäude voll. Kosteneinsparung für Rest 2007: 500000 Euro.

**4. Ausgaben für externe Beratung,** für den Bertelsmannschen Verwaltungsreform-Zirkus, und für die überflüssigen Matrix-Strukturen wie Führungsunterstützung und Kompetenzcenter werden gestrichen oder gekürzt. Pauschale Einsparung: 200 000 Euro.

**5. Die Töpfe für die Kultur- und Sozialinitiativen** werden jeweils um 75 000, insgesamt also 150000 Euro erhöht, um die dringendsten Anforderungen der oft ums Überleben kämpfenden Initiativen erfüllen zu können

**6. Die Altenhilfe** erhält 150 000 Euro, um durch einige Personalstellen mehr eine menschenwürdige Versorgung unserer älteren Mitbürger sicher zu stellen. Wir möchten es keinem Gemeinderatskollegen wünschen, dass er im Alter wegen zu knappem Personal stundenlang im eigenen Seich liegen muss.

**7. Schulsozialarbeit 50 000 Euro für eine dringend benötigte Stelle.**

Abzüglich unserer Einsparvorschläge in Höhe von 1 Million belaufen sich

unsere Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen auf 1,1 Millionen. Diese werden durch eine weitere Erhöhung des Planansatzes für die Gewerbesteuererinnahmen um 400 000 Euro (gegenüber der jüngst schon aufgestockten Annahme der Verwaltung) und der Finanzzuweisungen um 700 000 Euro gegenfinanziert. Wie im letzten Jahr werden das Wirtschaftswachstum und damit die Steuerzuweisungen über den Erwartungen liegen, das trauen wir dem Kapitalismus durchaus zu.

## Konstanz: Gegen immer längere Ladenöffnung von Stadträtin Vera Hemm

Längere Ladenöffnungszeiten sind für den Einzelhandel schon seit Jahren eine Forderung, die – zunächst noch bescheiden – mit dem „langen Donnerstag“ ihren Anfang nahm. In Salami-Taktik folgten dann weitere Varianten und die Geschichte ist noch nicht zu Ende.

Jedenfalls geht sie zu Lasten der Beschäftigten, hier vor allem der VerkäuferInnen, die oft Familie und / oder Kinder haben. Für sie ist diese Arbeitszeit – sei es am Sonntag oder spät am Abend – oft schwierig zu organisieren. Auch familiäre oder kulturelle Unternehmungen sind bei zusätzlichen Ladenöffnungszeiten eingeschränkt, und nach einer abendlichen Arbeitszeit stellt außerdem die sichere Heimkehr der Verkäuferinnen ein gewisses Problem dar. Ein weiterer Gesichtspunkt, den ich bereits in einem meiner ersten Diskussionsbeiträge im Gemeinderat (27.1.05) vorbrachte, sei hier teilweise wiederholt: „...Ich kann nicht einsehen, dass die KundInnen ihr Einkaufs- und Schauvergnügen auf dem Rücken des Verkaufspersonals ausleben und die VerkäuferInnen damit um ihre wohlverdiente Ruhe bringen. Das halte ich für wenig solidarisch, egal um welchen Sonntag es sich handelt...“

Insgesamt sind längere Ladenöffnungszeiten meines Erachtens nicht notwendig. Der Einkauf kann mit etwas gutem Willen und entsprechender Planung durchaus zu den bisher üblichen Zeiten erledigt werden. Schließlich haben die Leute ja nicht mehr Geld, um mehr einzukaufen. Auch das Image einer Einkaufsstadt leidet nicht ohne Abend – und Sonntagsverkauf. Und ob das Geschäft in diesen zusätzlichen Stunden floriert, ist noch lange nicht bewiesen. Nicht zuletzt muss befürchtet werden, dass sich die längeren Ladenöffnungszeiten in ähnlicher Weise auf andere Branchen, wie Banken oder Behörden ausdehnen können – eine Entwicklung, die bislang noch zu wenig bedacht wurde. Als Ge-

### „Ideeller Gesamtübinger“

Die „Stuttgarter Zeitung“ berichtete am 23.1. über „Tübinger Geistesgrößen“. Anbei der Ausschnitt über den Stadt- und Kreisrat der Tübinger Linken Anton Brenner:

„Hier ist die Tübinger Polis, die kleine Bühne, auf der die Welt nachgestellt wird.“ Der „Listigste unter den Schamverletzern“ nutze es „bis zum Anschlag“. Anton Brenner, „seit acht Jahren im Stadtrat für die PDS“, sei „der schlimmste Finger in der Stadt, sagen seine Gegner, von denen er viele hat. Der Meister der straffreien Invektive (Russen-Inkasso bei den Stadtwerken) beleidigt alle, mit Vorliebe die SPD-OB, was seine Popularität enorm

steigerte. Er sei einfach in das Vakuum gesprungen, behauptet der Religionspädagoge, das Tagblattchef Müller zurückgelassen habe. Brenner als Wiedergänger des begnadeten Polarisierers – ein verwegener Vergleich vielleicht, aber kein Hirngespinnst. Auch Brenner ist ein Spieler. Er hat dieselbe Lust an der Provokation, dasselbe Gespür für Aufreger, für Themen, die im Seichten schlummern und der Wahrheit nicht unbedingt standhalten müssen. Müller hatte dafür sein Tagblatt, Brenner seine Leserbriefe und die eigene Besenwirtschaft, in der das Volk sagte, was es dachte, inklusive der Herren Wicker und Kroymann. Der Linke Kobold ist wahrscheinlich der ideelle Gesamtübinger, in dem sich eine Stadt widerspiegelt, die keiner kapiert.“

**SEE Blättle** Nr. 1 Februar 2007 **PDS LINKE LISTE**

**Mindestmenge an Energie und Wasser kostenlos.**

**Eine gute Idee für alle Stadtwwerke**

**Meine Wortmeldung**

*Liebe Leserin, Lieber Leser!*  
Längere Ladenöffnungszeiten sind für den Einzelhandel schon seit Jahren eine Forderung, die – zumindest noch –

Die belgische Sozialist und Umweltminister Bruno Tobback hat ein System eingeführt, das die OECD als weltweit bestes Modell sozialen Ressourcen-Managements bezeichnet. Jedes Kunde der Stadtwwerke bekommt pro Kopf eine Mindestmenge an Strom und Wasser gratis. Über dieses Mindestmaß hinaus ist die Abnahme deutlich teurer – so wird der Verbrauch der Mindestmengen mitfinanziert. Und niemand wird mehr der Strom abgestellt. Und keine alle fünf

sie den ebnen Armen auch noch den Strom abbrechen?  
Die Frage, der sich auch Stadtwwerke-Geschäftsführer und unsere Gemeinderäte stellen müssen, ist, ob der Gesetzgeber ein Minimum an Wasser, Elektrizität und Wärme nicht als Teil des Rechts auf menschenwürdiges Leben verstehen sollte, wie es auch unsere Verfassung jeder Frau und jedem Mann garantiert.  
Das belgische Modell bietet etliche Vorteile.

**Das „See-Blättle“ der PDS/Linke Liste Konstanz erscheint mehrmals im Jahr. Bezug: siehe Kontakte.**

werkschafterin habe ich mich gleich zu Beginn dieser Tendenz selbstverständlich auf die Seite der Beschäftigten gestellt und mich bei allen möglichen Gelegenheiten mit ihnen solidarisiert: bei Aktionen vor Kaufhäusern, bei Konferenzen, auf der Kleinkunstbühne und inzwischen auch im Gemeinderat, wo es schon mehrfach um zusätzliche Öffnungszeiten ging. Hier lag uns gerade in der letzten Sitzung am 25. Januar wieder ein diesbezüglicher Antrag vor. Ich habe dazu eine kurze Gegenrede gehalten und den Antrag auf Sonntagsöffnung selbstverständlich abgelehnt. Er wurde jedoch mehrheitlich angenommen, wie

ich bereits im Vorfeld erwartet hatte. Das Abstimmungsergebnis selbst mit 20 Ja-, 13 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen überraschte mich dann trotzdem etwas, die Neinstimmen waren gegenüber dem Jahr 2005 um 2 angewachsen. Nichts Großartiges, aber vielleicht ein Zeichen, dass manchmal eben doch noch bescheidenes Umdenken möglich ist.

Allerdings brauche ich in Sachen Ladenöffnungszeiten nicht weiter zu hoffen, denn in Zukunft wird dazu das Land das Sagen haben. Und da ist für die Beschäftigten bestimmt (auch) nichts Besseres zu erwarten.

Vera Hemm

## Stuttgart: Vorfeldgefechte für die Haushaltsberatungen von Stadträtin Ulrike Küstler

Man kann es als Vorbereitung zu den kommenden Haushaltsberatungen im Stuttgarter Stadtrat sehen: Der Stadtkämmerer Föll versucht die Tatsache, dass Stuttgart im Jahr 2007 gegenüber dem offiziellen, beschlossenen Haushaltsplan

Mehreinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe hat bzw. bekommt, möglichst aus der Diskussion herauszuhalten. Solche Mehreinnahmen gab es schon 2005 und 2006 und diese Taktik verfolgt der Stadtkämmerer die ganze Zeit. Bei der letzten Haushaltsberatung für die Jahre 2005 und 2006 setzte der Kämmerer in den Haushaltsplan für die städtischen Kosten für die Unterkunft von Langzeitarbeitslosen einen Ausgabenbetrag von 93 Mio. Euro ein, als Einnahmen aus dem Bundeszuschuss dafür aber nur 5 Mio. Euro. Nach der Bundestagswahl war es tatsächlich unklar, ob die neue Regierung die bisherige Regelung, 29,1 % der Unterbringungskosten zu übernehmen, weiterführt. Aber am Tag der Beschlussfassung über den Haushalt im Dezember war in Berlin schon beschlossen worden, dass zumindest für 2005 der Zuschuss weiterläuft, was für Stuttgart zwischen knappe 20 Mio. bedeutet hätte (für Finanzausgleich mit ärmeren Kommunen geht in der Regel was vom Zuschuss ab). Der Kämmerer hat den Gemeinderat aber nicht informiert. 20 Millionen sind kein Pappenstiel, und so kann man den Verdacht hegen, dass Föll ohne Gemeinderat über das Geld verfügen wollte bzw. immer noch will – und die Fraktionen

## Stuttgart: Beitragsfreies verpflichtendes drittes Kindergartenjahr

**Die SPD im Stuttgarter Gemeinderat hat den Antrag gestellt, für das letzte Jahr im Kindergarten keine Gebühren mehr zu erheben. Die bürgerlichen Fraktionen und die Grünen lehnten das ab; Bund und Land seien bei der Finanzierung in der Pflicht, außerdem wollen man das Geld lieber in die Qualität stecken. Ulrike Küstler, die Gemeinderätin der Linke.PDS – offene Liste unterstützte bei der Gemeinderatssitzung am 1. Februar den SPD-Antrag mit folgender Begründung:**

Meiner Meinung blamiert sich die Gemeinderatsmehrheit mit ihrer Haltung zu dem SPD-Antrag kräftig. Aber die SPD und alle, die eine kostenfreie Bildung für junge Kinder brauchen und wollen, können davon ausgehen, dass der Beschluss, wie er heute gefasst wird, eine kurze Halbwertszeit hat, also schnell seine Geltung verlieren wird. Denn es ist eine Anforderung der veränderten gesellschaftlichen Realitäten, die sich am deutlichsten und am ersten in den großen Städten zeigt, dass schnell von der Kinderbetreuung zur Bildung für Kinder fortgeschritten werden muss. Vor vier Jahren habe ich schon gegen die Erhöhung von Betreuungsgebühren gestimmt und darauf

hingewiesen, dass kostenlose Kitas und eine ganzheitliche Bildung und Erziehung notwendig seien. Damals hat die Mehrheit des Hauses, vor allem die CDU, mich ausgelacht. Heute ist das Allgemeingut – wenn auch in Stuttgart leider nur theoretisch und leider nur in Stuttgarter Reden. Werktags werden auch in Stuttgart regelmäßig alle zwei Jahre die Gebühren erhöht. Bei der letzten Erhöhung der Kita-Gebühren habe ich schon kritisiert, dass es völlig unglaubwürdig ist, wenn man für kostenlose Kitas spricht und dann weiter die Gebühren erhöht. Deshalb muss rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen im Herbst mindestens der falsche und überholte Grundsatzbeschluss von 1999 aufgehoben werden, der eine automatische Anpassung an die Preissteigerungen alle zwei Jahre vorsieht.

Die Vertretungen der Eltern haben schon in der Jugendhilfeausschusssitzung sehr deutlich klargemacht, dass es auch falsch ist, die Qualitätsanspruch, den inzwischen allgemein anerkannten Bildungsanspruch, gegen die Gebühren auszuspielen. Das will ich deshalb nicht noch mal begründen. Die Eltern haben sich auch mit einer stufenweisen Einführung der Gebührenfreiheit einverstanden erklärt. Aber es muss mindestens ein Anfang gemacht werden.

Wohl aber möchte ich darauf hinweisen, dass die Kosten für die frühe Bildung und Betreuung eine Investition für eine

gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe sind. Die Stichworte sind: Integration aller Kinder in die Gesellschaft, Zugang zu einer qualifizierten Ausbildung in der Wissensgesellschaft, Grundlage für ein erfolgreiches Berufsleben und ein erfülltes persönliches Leben. Darüber hinaus kann gerade in Stuttgart sehen, welch hohen gesellschaftlichen Nutzen dies als Standortfaktor für eine global vernetzte internationale Großstadt hat. Stuttgart hat ein eigenes Interesse an kostenlosen Bildungseinrichtungen und hat auch das Geld, das zu bezahlen.

Deshalb ist es ein Verdienst der SPD, dass sie mit ihrem Antrag versucht hat, den Ausstieg aus der nur theoretischen Diskussion und den Einstieg in die Umsetzung der Aufgabe zu schaffen. Über den Vorschlag des baden-württembergischen Städtetags, das erste Kita-Jahr kostenlos zu machen, muss diskutiert werden, ebenso darüber, dass das Land auch hier nicht nur den Bildungsauftrag hat, sondern auch die entsprechenden Kosten übernehmen muss. Die Stuttgarter Situation fordert aber (durch den dringenden Bedarf) und ermöglicht (durch die Finanzlage – bei gerechter Ausgabenpolitik, ich zitiere den OB mit seinem Generationenvertrag), dass hier ein Beispiel gesetzt wird. Daher ist es richtig, von der Stadt die kostenlose Betreuung zu verlangen. Das ist der Hauptgrund, warum ich den SPD-Antrag zu unterstütze.

im Stadtrat da mitmachen.

Nach erfolglosen mündlichen Erkundigungen beantragte im Januar 2006 die Gemeinderätin der Linkspartei „Luft für Soziale – höhere Leistungsbeteiligung für Grundsicherung für Arbeitslose“, dass die Zahlen genannt werden und die zusätzlichen Millionen im Bereich Soziales eingesetzt werden. Denn der Zuschuss des Bundes gehört in diesen Bereich und in den Haushaltsberatungen waren zahlreiche soziale Aufgaben zu kurz gekommen, obwohl alle Beteiligten ihre Notwendigkeit und Wichtigkeit betont hatten. Die Antwort kam im März und war ausweichend: Man wisse noch nichts, und im Übrigen sollten Mehreinnahmen dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Hier hätte eigentlich der Gemeinderat eingreifen müssen. Sein „Königsrecht“ ist der Stadthaushalt und die Entscheidung übers Geld. Aber da die großen Parteien alle stillhielten, kann man wohl von einem Einvernehmen oder gar von einer Kumpanei mit dem Kämmerer sprechen.

Im November 2006 war bekannt, dass die Bundesregierung auch für 2007 und auf weiteres den Bundeszuschuss zahlt und dass Baden-Württemberg neben Rheinland-Pfalz aufgrund eines Länderausgleichs sogar mehr als die anderen Länder bekommt. Die Linkspartei stellte erneut eine Anfrage und auch die SPD fragte nun nach. Am 31. Januar 2007 gingen die Antworten ein: 28 Mio. Euro hat die Stadt 2006 bekommen (also auch schon 2005). Inzwischen ist klar, dass die Stadt im Doppelhaushalt 2005/2006 nicht nur durch diesen Bundeszuschuss im Sozialbereich 58 Mio. Euro mehr einnimmt als geplant, sondern auch die Gewerbesteuer und der Einkommensteueranteil werden in dieser Größenordnung höher als veranschlagt sein.

Wie geht's weiter für den kommenden Doppelhaushalt 2007/2008? Zunächst ist klar, dass die Gewerbesteuer und der Einkommensteueranteil weiterhin fließen werden. Klar ist auch, dass der Bundeszuschuss für die Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose sogar noch um ein Fünftel steigen wird, nämlich auf 35,2 Prozent. Der Stadtkämmerer Föll ruft nun allseits zur Vorsicht auf. Als guter Haushälter müsse man in guten Zeiten sparen und vorsorgen: die Schulden weiter abbauen, den Banken keine Zinsen mehr zahlen, Geld für Investitionen zukunftsweisend einsetzen. Damit will er vor allem sozialen Ansprüchen vorbeugen. In vielen anderen Bereichen wurde geklotzt. Das ruft auch in der Bevölkerung immer mehr Unmut hervor, denn ständig bekommt man zu hören: „Dafür (Ganztagsschulen, Bildungsanforderungen, Jugendliche, Arbeitslose und Arme, Flüchtlinge z.B.) haben sie kein Geld, aber für dies und das (allerhand Sport- und andere Events)

haben sie jede Menge Geld.“ Dieser Eindruck ist richtig, denn nirgends wurde in den letzten und vorletzten Haushaltsberatungen so gefeilscht und sozial abgeschmettert wie im Sozialen, man denke nur an das nicht mehr geförderte Stuttgarter Arbeitslosenzentrum (SALZ) oder das weggeräumte selbstverwaltete Jugendzentrum OBW9 oder die erzwungenen Opfer der Klinikbelegschaft oder die Abdrängung von immer mehr Betreuung- und Versorgungsaufgaben ins Ehrenamtliche.

Der Verteilungskampf für die nächsten zwei Jahre ist längst eröffnet. Auf einer kommunalpolitischen Tagung der Lieblingsberatungsfirma des Stadtkämmerers, Ernst & Young, am 30. Januar, konnte man den ersten Entwurf der Haushaltsrede von Föll hören, der einer-

seits herausstrich, wie gut die Stadt da steht – mit ihren Einnahmesteigerungen und sehr niedrigem Schuldenstand –, und gleichzeitig die Linie vorgab, der Geldsack muss zugehalten werden. Eine solide und vorsichtige Haushaltspolitik ist sicher richtig. Geld, das den Banken für Zinsen gegeben werden muss, ist nicht produktiv. Aber gestritten werden muss darüber, was die notwendigen Zukunftsaufgaben sind, wo also investiert werden muss und wo gespart. Und da muss die Linie gelten: Gerecht ist, was denen am meisten nützt, die es am dringendsten brauchen. Und: Stadtpolitik muss der ganzen Bevölkerung ein gutes Leben sichern und allen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern, nicht nur den Geldigen.

# Neues Ravensburg

## „Neues Ravensburg“ – Infoblatt der BO Ravensburg

Seit ihrer Gründung im Juni 2006 gibt unsere Basisorganisation Ravensburg quartalsweise das Infoblatt „Neues Ravensburg“ heraus. Was zuerst als Flugblatt konzipiert war, das in kleiner Auflage an Infoständen herausgegeben werden sollte, hat bereits mit der zweiten Ausgabe eine Auflage von 3000 Stück erreicht.

Das „Neue Ravensburg“ ist dabei sowohl vom Namen her als auch optisch an das „Neue Deutschland“ angelehnt. Dies ist im bürgerlich geprägten Ravensburg bewusst provokativ gewählt. Es soll sowohl durch die Form, als auch durch den Inhalt zur Diskussion anregen und beitragen, weshalb Wert darauf gelegt wird, kommunale Themen mit prinzipiellen Thesen der Linken zu verknüp-

fen. So wurden bisher z.B. Angriffe der CDU auf die Ravensburger Punkerszene und die Privatisierung des Ravensburger Freibades thematisiert. Ziel ist es, den Nutzwert der für viele Ravensburger immer noch kulturell fremden Linken durch lokales Engagement deutlich zu machen, ohne traditionelle Wurzeln zu verbergen. Dabei geht es uns auch um die Perspektive langfristiger Arbeit. Als BO mit recht niedrigem Durchschnittsalter suchen wir so einen offensiven Umgang mit der immer wieder drohenden SED-Keule.

Langfristig regung wir auch, mit dem „Neuen Ravensburg“ ein Gegengewicht zu den wie Pilze aus dem Boden schießenden Magazinen des bürgerlichen Lagers zu schaffen. Mit dem „Stadtmagazin“ und dem „Stadtkurier“ sind in den letzten Jahren werbefinanzierte Massenzeitungen entstanden, die allen Bürgern kostenfrei die bürgerlichen Jubelarien ins Haus tragen. Massiv unterstützt wird diese Propagandaoffensive vom „Wirtschaftsforum“, das sich aus Ravensburger Händlern, Banken, der lokalen Presse, der CDU-Fraktion und vielen mehr zusammensetzt.

In Zukunft wollen wir verstärkt besser situierte Haushalte ansprechen und das Blatt auf vier DIN A4-Seiten vergrößern. Wir erhoffen uns davon auch, Mitstreiter für die Kommunalwahl 2009 zu gewinnen. In sozial schwächeren Gebieten, die in Ravensburg bei einer Arbeitslosenquote von unter 3,5 % ohnehin nicht besonders ausgeprägt sind, wollen wir eher auf die Publikationen der Bundestagsfraktion (KLAR) zurückgreifen. Bisherige Ausgaben des „Neuen Ravensburg“ sind unter [www.linkspar-teiravensburg.de/dokument.html](http://www.linkspar-teiravensburg.de/dokument.html) zu finden.

Mirco Kolarczik

**Neues Ravensburg**  
Nr. 3 Kleiner Informationsflyer der Linkspartei-PDS Ravensburg Januar 2007

**Bahnprivatisierung**  
Was die Bahn privatisieren, werden gleichzeitig öffentliche Regionen von der Vermögens-Exploitation befreit. Geben auch die auf der Rückseite

**Gemeinderat Ravensburg**  
Nach und nach ist der Gemeinderat verloren. Öffentliche Strukturen haben sich überfordert. Werde nicht mehr angesehen. Kuratorkräfte finden Sie auch auf der Rückseite

**Termine**  
Samstag, 13. Januar 2007  
13 Uhr Infoblatt  
14 Uhr Stadtmagazin  
15 Uhr Infoblatt  
16 Uhr Stadtmagazin  
17 Uhr Infoblatt  
18 Uhr Stadtmagazin

**Kein weiterer Rückzug der öffentlichen Hand**  
Die öffentliche Verwaltung hat sich nicht zurückgezogen. Die öffentliche Verwaltung hat sich nicht zurückgezogen. Die öffentliche Verwaltung hat sich nicht zurückgezogen.

**Privatisierung = Demokratisierung**  
Unser Demokratieverständnis ist ein Problem. Die öffentliche Verwaltung hat sich nicht zurückgezogen. Die öffentliche Verwaltung hat sich nicht zurückgezogen.

**Kontakt**  
Die Linke PDS Ravensburg  
Postfach 10 10 10  
73071 Ravensburg  
Telefon: 07141 123456  
E-Mail: [info@linke-pds-ravensburg.de](mailto:info@linke-pds-ravensburg.de)

**Impressum**  
V.i.S.d.P.: Mirco Kolarczik  
Gedruckt durch: **LINK**

**aktuelle Informationen und Termine unter [www.linkspar-teiravensburg.de](http://www.linkspar-teiravensburg.de)**



„Der Rote Wecker“ ist das Informationsblatt der Linkspartei Ulm und Neu-Ulm. Er erscheint mehr oder weniger regelmäßig einmal im Monat. Im folgenden Auszüge aus einem Artikel aus der aktuellen Ausgabe.

## Atommüllendlager Donautal?

Martin Köster

Der Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Regierung sieht vor, „noch in dieser Legislaturperiode“ ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll festzulegen. Nach einer Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) kommt dafür in Baden-Württemberg neben dem Hegau auch das Donautal zwischen Riedlingen und Ulm in Frage.

Dabei hat sich die Sprachregelung verändert. Wurde bisher ein „geeignetes“ Endlager gesucht, so wird heute nach dem „geeignetsten“ Endlager gesucht: Die Endlagerstätte muss nun nicht mehr geeignet sein, es wird das geeignetste der ungeeigneten gesucht.

Der Betreiber einer Pommesbude ist verpflichtet, das Fett seiner Friteuse zu entsorgen, ansonsten wird sein Betrieb geschlossen. Bei Atomkraftwerken verhält sich das anders. Die Betreiber von Atomkraftwerken dürfen Atommüll produzieren, solange bei der Suche nach Entsorgungsmöglichkeiten Fortschritte gemacht werden. Aus diesem Grund wurde Gorleben weiter erkundet, obwohl die Nichteignung längst erwiesen war.

### Endlager Donautal

Das Donautal wird wegen seiner Tongesteinsschichten als geeignet betrachtet. Ton ist wasserundurchlässig. Es ist allerdings empfindlicher gegen Hitze als Salz.

Kritiker bezeichnen den Vorschlag als „Witz“, da die Tonschichten „löchrig wie ein Schweizer Käse“ seien.

### Endlager im Salzstock

Asse II (Niedersachsen): Bis 1978 Einlagerung von 126300 Fässern schwach- und mittelaktivem Atommüll. 1970 überlegte man, hier auch hochradioaktiven Abfall zu deponieren. Doch es kam anders: Asse säuft ab, Tag für Tag laufen 11 Kubikmeter Wasser ins Bergwerk. Dadurch droht langfristig Radioaktivität ins Grundwasser zu gelangen. Als Notmaßnahme wurde mit Salz aufgefüllt

– den Abfall zurückzuholen käme zu teuer.

*Morsleben (Sachsen-Anhalt):* Von der DDR seit 1971 als Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll benutzt, nach der Wiedervereinigung weiterbetrieben, obwohl bekannt war, dass das Lager nicht wasserdicht war. 1998 durch Gerichtsbeschluss gestoppt. November 2001 stürzte der erste 4000 Tonnen schwere Gesteinsbrocken von der Grubendecke. Wird jetzt auch mit Milliardenaufwand an Steuergeldern verfüllt.

*Gorleben (Niedersachsen):* Seit 1977 werden Untersuchungen durchgeführt. Dabei stellte sich heraus, dass der Schacht mit dem Grundwasser in Verbindung steht. Dennoch wurde die Erkundung fortgesetzt, bis die Regierung Schröder im Juni 2000 die vorläufige Einstellung verfügte. Bis dahin hat die Untersuchung 2,2 Milliarden DM gekostet.

**Die Wiederaufbereitung von Atommüll** – wie sie im französischen La Hague oder im englischen Sellafield stattfindet, ist keine Entsorgung. Durch den Wiederaufbereitungsprozess verzehnfacht sich das Volumen des hochradioaktiven Mülls. Dies ist der Müll, der heute unter Polizeischutz in Castor-Behältern zu uns zurückgekartet wird.

Unter Entsorgung ist also die Endlagerung zu verstehen. Endlagerung bedeutet nach gültiger wissenschaftlicher Erkenntnis die Lagerung über mindestens eine Million Jahre. Hätten also die alten Ägypter unter ihren Pyramiden Atommüll „endgelagert“, so wären alle Schatzsucher und Forscher bei ihrer Suche tödlich verstrahlt worden. 2001 lagen etwa 76.000 m<sup>3</sup> radioaktiver Abfall in Zwischenlagern, bis 2040 soll diese Menge auf über 300.000 m<sup>3</sup> steigen.

### Keine Alternative?

Laut einer Studie des Fraunhofer-Instituts aus dem Jahre 2002 liegt das technische Potential der regenerativen Erzeugung elektrischer Endenergie bei 590 TW/h pro Jahr. 2002 wurden in Deutschland insgesamt 581 TW/h Strom verbraucht.

Die BRD hat in die Erforschung der Atomenergie 40 Mrd. € investiert. Im

Jahreshaushalt 2006 schlägt die Kernenergie noch mit 207 Mio. € zu Buche, staatliche Investitionen in erneuerbare Energie mit nur 5 Mio. €.

Heute werden 165 TW/h Strom jährlich durch Atomkraftwerke in Deutschland produziert, das bedeutet, dass jährlich mindestens 132 Tonnen hochradioaktiver Atommüll aus verbrauchten Brennelementen anfallen – bei der Wiederaufbereitung verzehnfacht sich die Menge. Im Zuge des beschlossenen Ausstiegs aus der Kernkraft wurden bisher nur die beiden kleinsten Atomkraftwerke abgeschaltet. Der Ausstieg wurde auch durch den Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung bestätigt.

Die Ausstiegsvereinbarung gewährt den Betreibern nicht eine zeitliche Restlaufzeit, sondern eine bestimmte Menge an Energie, die ein AKW noch produzieren darf. Diese Menge kann von den Betreibern auch auf andere Atomkraftwerke umverteilt werden. Die Strategie der Energieunternehmen zielt zur Zeit offenbar darauf hin, die Altreaktoren Biblis A, Brunsbüttel und Neckar-Westheim über die laufende Legislaturperiode zu retten, in der Hoffnung auf eine Regierung, die den Atomkonzernen nach 2009 zu Diensten ist.

Vor diesem Hintergrund ist die Festlegung eines Endlagers derzeit das falsche Signal. Das Endlagerproblem würde als gelöst betrachtet werden und die weitere Nutzung der Atomenergie würde wieder salonfähig. Es gibt aber keine geeigneten Endlagerstätten für Atommüll. Daher muss die Produktion von Atommüll gestoppt werden. Wir verlangen die sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke.

Erst danach kann man sich über die Lagerung des Atommülls Gedanken machen. Und darüber, ob die Nähe zum größten europäischen Trinkwasserreservoir – dem Bodensee – wirklich Sinn macht.

### Atomausstieg selber machen!

Die AKW-Betreiber RWE, E.on, Vattenfall und EnBW haben den Atomkonsens faktisch aufgekündigt. Machen Sie Atomstrom unverkäuflich. Wechseln Sie jetzt ihren Stromanbieter.

[www.atomausstieg-selber-machen.de](http://www.atomausstieg-selber-machen.de)



Für eine neue soziale Idee



WASG und Die Linke  
Lörrach - Waldshut

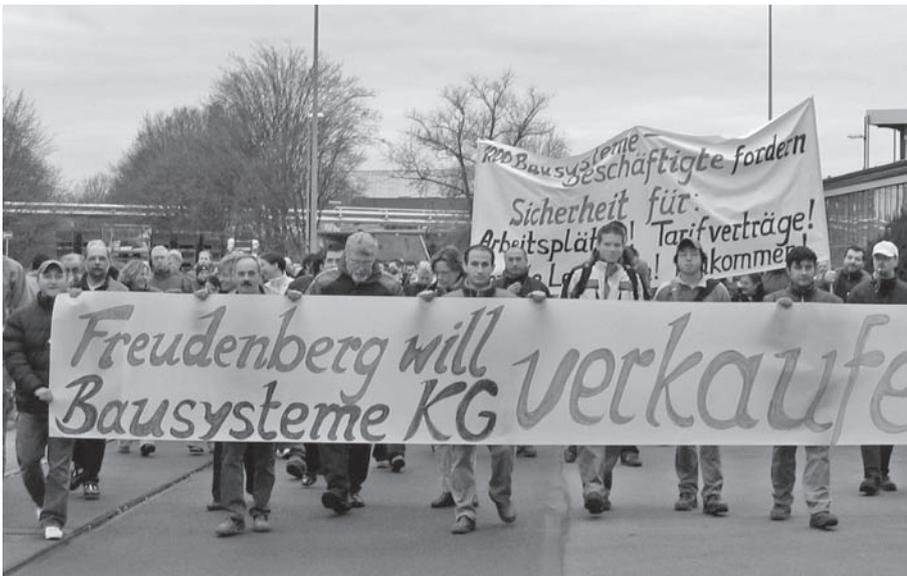
# Newsletter

**Ausgabe 9**

**Februar 2007**

Münsterferings Kapitulationserklärung für die gesetzliche Rente: Umverteilung von unten nach oben statt Sozialstaat

WASG und Linke in Lörrach und Waldshut haben einen gemeinsamen Newsletter. Abrufbar unter: [www.wasg-loerrach.de/newsletter.htm](http://www.wasg-loerrach.de/newsletter.htm).



Mit einer Blockade des Werkstors haben die Beschäftigten von Freudenberg Bausysteme die Konzernspitze zum Rückzug gezwungen.

## Weinheimer Linke unterstützte Proteste

Der Freudenberg-Konzern ist der größte Arbeitgeber in Weinheim. In seinem Stammwerk beschäftigt er rund 6.000 Arbeitnehmer. Bereits im letzten Jahr drohte die Unternehmensleitung an, die Sparte Bausysteme mit knapp 1.000 Beschäftigten an einen Konkurrenten zu verkaufen. Nur ein Gewinn von 5,5 Millionen Euro könne dies abwenden. Am Ende erwirtschaftete die Sparte 8,5 Millionen Euro. Dass damit der Verkauf vom Tisch sei, erwies sich allerdings als frommer Wunsch. Im Geheimen verhandelte die Konzernleitung mit potentiellen Käufern. Als der Betriebsrat der Freudenberg Bausysteme davon Wind bekam, löste das einen Sturm der Entrüstung bei der Belegschaft aus. Die Arbeiter fühlen sich verschaukelt.

Am Donnerstag, den 18. Januar, wurde eine unbefristete Betriebsversammlung einberufen. Am Folgetag wurden dann alle Werkstore blockiert, um den Druck auf die Konzernleitung zu erhöhen. Kollegen aus allen Konzernsparten bewiesen ihre Solidarität und beteiligten sich an der Blockade. Die Linke.WASG Weinheim konnte dabei nicht abseits stehen. Spontan setzten die Genossen alle Kaffeemaschinen in Gang. Um fünf Uhr in der Frühe konnten sich die Arbeiter vor den Werkstoren über frischen heißen Kaffee freuen. Diese Unterstützung wurde in den Nachwehen des Sturmtriefs „Kyrill“ mit großer Freude aufgenommen. Jürgen Gulden vom Landesvorstand der WASG meinte nur: „Die Leute können Solidarität gebrauchen, also sind wir da.“ Der Sprecher der Weinheimer Linken Carsten Labudda kommentierte: „Vor 25 Jahren wären die Genossen

von der SPD vielleicht auf so eine Idee gekommen. Aber die Zeiten scheinen lange vorbei zu sein.“ So blieben die Linken die einzigen Parteivertreter, die tatkräftig halfen.

Besonders große Freude kam am darauf folgenden Montag auf. Die Konzernleitung erklärte öffentlich, dass die Verkaufsverhandlungen vorerst gestoppt seien. Die Wiederherstellung des Betriebsfriedens und die pünktliche Belieferung der Kunden seien vordringlich. Außerdem gelobte die Führung des Unternehmens Besserung in Fragen der Transparenz bei künftigen Entscheidungen. Man darf gespannt sein, wie ernst es den Herren damit ist.

(Mehr Infos zum Arbeitskampf gibt es unter [www.dgb-weinheim.de](http://www.dgb-weinheim.de))

*Carsten Labudda, Weinheim*

## Appell der Berliner Tagung des Rates der Vorsitzenden und des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken (EL)

Diskutiert und angenommen auf ihren Berliner Tagungen vom 12. bis 14. Januar 2007

Europa ist im Umbau begriffen. Die Völker der nunmehr 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom Schwarzen Meer bis zum Atlantik, von Zypern bis zum Nordkap stehen vor neuen Herausforderungen. Wir heißen die Bürger Rumaniens und Bulgariens herzlich in der EU willkommen ...



**Karin Binder in den Badischen Stahlwerken Kehl**  
Die Bundestagsabgeordnete Karin Binder war am 9. Februar zu Gast bei den Badischen Stahlwerken in Kehl. Sie sprach mit dem Betriebsratsvorsitzenden Frank Zehe und Kollegen.



„Sind die Arbeitsplätze in einem Stahlwerk (ca. 850 Mitarbeiter in Kehl) geeignet um dort bis 67 zu arbeiten?“ Die Frage wurde von allen Kollegen auf dem dreistündigen Rundgang mit NEIN beantwortet.

Die EL fordert, die gegenwärtige Situation nach dem Nein in Frankreich und den Niederlanden dafür zu nutzen, um an die Überwindung des Demokratiedefizits zu gehen und für eine soziale, friedliche und nachhaltige Europäische Union zu wirken, die auf der breitesten demokratischen Teilhabe der Bürger beruht.

Europa und der Europäischen Union fehlt es an Projekten und Perspektiven, denen die Bürger zugestimmt haben und die sie unterstützen. Die herrschende Politik hat die Werte von Frieden und Solidarität ausgehöhlt. Das Vakuum wächst weiter.

Von der deutschen EU-Präsidentschaft fordert die EL:

- die demokratische Teilhabe der Bürger aller Mitgliedstaaten an den Entscheidungen zu stärken, um die Politikverdrossenheit der Menschen abzubauen;
- eine weitere Militarisierung der Gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik zu verhindern, den Waffenexport zu reduzieren und schließlich ganz einzustellen und den Abrüstungsprozess wieder in Gang zu bringen;
- die neoliberale Orientierung des Binnenmarktes zu beenden, die Lissabon-Strategie aufzugeben und die EU-Wirt-

schaftspolitik auf die Bedürfnisse der Menschen auszurichten. Das schließt europaweite Sozialstandards, Mindestlöhne, Zugang zu unentgeltlicher Bildung, Berufsbildung und Erststudium für alle sowie Altersrenten ein, die ein Leben in Würde ermöglichen;

- eine gemeinsame europäische Energiepolitik zu betreiben, die stabile Energieversorgung bei effizienterem Energieeinsatz, die Entwicklung erneuerbarer alternativer Energien, den Schutz und die Verbesserung der Umwelt statt Privatisierung der Energiemärkte umfasst (über den Verzicht auf Nuklearenergie wurde kein Konsens erreicht);
- eine Politik für fairen internationalen Handel zu starten, die Zugang für Waren und Dienstleistungen aus Entwicklungsländern zum europäischen Markt nach den Prinzipien von Zusammenarbeit und Entwicklung statt Wettbewerb schafft;

eine internationale Energiepolitik zu betreiben, die jegliche militärischen und kolonialen Komponenten strikt ausschließt.

Die EL wendet sich gegen die Absicht der deutschen EU-Präsidentschaft, den Entwurf des Europäischen Verfassungsvertrages wieder aufs Tapet zu bringen. Inzwischen haben Bewegungen aus EU-Mitgliedsländern und weiteren europäischen Staaten Vorstellungen entwickelt, welche Werte und Prinzipien in Europa vorangebracht werden sollten. Die EL und ihre Mitgliedsparteien beteiligen sich aktiv an der Diskussion über eine Prinzipiencharta für Europa, die im Februar in Paris der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Die EL wird zu dem gemeinsamen Vorschlag mit den Bewegungen eigene Ideen beitragen. Die Europawahlen 2009 sollen allen in der EU lebenden Menschen die Möglichkeit geben, über die Zukunft der Gemeinschaft und ihr Verhältnis zu anderen Staaten Europas ihre Stimme abzugeben.

Im Vorfeld ihres 2. Kongresses ist die EL gefordert, ihr Profil als eine politische Kraft in der EU und darüber hinaus weiter zu schärfen. Das werden ihre Mitglieder in engem Zusammenwirken mit den sozialen, Friedens-, Umwelt- und demokratischen Bewegungen tun, mit denen sich eine neue Art der Zusammenarbeit herausgebildet hat. Die Politischen Thesen des Athener Kongresses sind die Grundlage unseres politischen Handelns für ein Europa der Arbeit, der Demokratie und des Friedens. Auf der Berliner Tagung haben die Leitungsgremien der EL über die Perspektive und die konkreten Aufgaben der politischen Linken für 2007, beim Start in die Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2009 diskutiert. Die EL, die selbstbewusst in diesen Prozess eintritt, sendet das klare Signal aus, dass sie sich in ihrem politischen Handeln auf

die Entwicklung der erweiterten EU und die notwendige Veränderung ihrer Politik sowie auf ihr Verhältnis zu den neuen Nachbarn in Ost- und Südeuropa konzentrieren wird. Damit tritt die EL selbst mit alternativen politischen Ideen, mit neuen politischen und sozialen Bündnissen in eine neue Entwicklungsphase ein. Der 2. Kongress wird die Partei weiter verändern.

Von Berlin ergeht unser Appell:  
**Entwickeln wir die EL zu einer politischen Kraft, die in allen Ländern weiter wächst!**

## Letzte Meldung

# Landessprecherin der Linkspartei verhaftet

Auf der Fahrt zur Demonstration gegen die Münchner Sicherheitskonferenz am 10. Februar blockierte die Münchner Polizei schon auf der Autobahn einen Bus aus Reutlingen und attackierte Mitfahrende. Elke Lison, Landessprecherin der Linkspartei aus Baden-Württemberg, wurde aus dem Bus heraus vorübergehend verhaftet, weil die Polizei ein Vespermesser in ihrem Rucksack fand. Ebenfalls vorübergehend festgehalten wurde ihre Enkelin.

Der Europaabgeordnete Tobias Pflüger (Linksfraktion, GUE/NGL) und die Bundestagsabgeordnete der Linken, Heike Hänsel, kritisieren das Vorgehen der Münchner Polizei gegen Demonstrant/innen während der Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz am vergangenen Samstag. Beide Abgeordneten hatten selbst an den Demonstrationen teilgenommen und massive Behinderungen des Demonstrationszuges durch Münchner Sondereinheiten der Polizei und willkürliche Festnahmen einzelner Demonstrationsteilnehmer miterlebt. Insgesamt waren während und nach Ende der Demonstration mehr als 50 Personen verhaftet worden. Im Mittelpunkt der Kritik der Abgeordneten steht das unverhältnismäßig harte Vorgehen gegen Demonstrant/innen in einem Bus aus Tübingen/Reutlingen, der vor München von der Polizei gestoppt und mehr als 1 Stunde festgehalten wurde. Während der Personenkontrolle kam es zu Misshandlungen durch die Polizei, 7 Personen, darunter ein 10jähriges Mädchen und der Tübinger Mitarbeiter des Abgeordneten Pflüger, Johannes Plotzki, wurden vorübergehend festgenommen und erst nach mehreren Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt. Plotzki selbst wurde von der Polizei auf den Boden geworfen und an Kopf und Knie verletzt. Die Tübinger Abgeordneten verlangen von der Münchner Polizei eine offizielle Erklärung für die Vorgänge und wollen die Betroffenen bei rechtlichen Schritten unterstützen.

## Bundesweite Konferenz der Antikapitalistischen Linken

am Samstag, den 10. März 2007  
11.00 bis 17.00 Uhr in Erfurt, im  
Veranstaltungssaal in der Eislebener  
Straße 1

Delegierte zu den Parteitagen von Linkspartei und WASG Ende März in Dortmund sowie alle Interessierten sind herzlich eingeladen, inhaltliche Herausforderungen für die neue linke Partei und zentrale Kritikpunkte an den „Programmatischen Eckpunkten“ gemeinsam zu diskutieren.

Mit Susanne Hennig (MDL Thüringen), Thiess Gleiss (WASG), Sahra Wagenknecht (MdB, Linkspartei.PDS), Nele Hirsch (MdB, Die Linke), Lorenz Gösta Beutin (WASG), Ulla Jelpke (MdB, Die Linke.), Dr. Heiner Fink (VVN/BdA); Ellen Brombacher (Kommunistische Plattform); Michael CsaszKóczy, (Bündnis gegen Berufsverbote); Katharina Schwabedissen (Landessprecherin der WASG in NRW); Tobias Pflüger, (MdB, GUE/NGL); Norman Paech, (MdB, Die Linke.); Claus Schreer (Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München); Sabine Lösing (WASG), Wolfgang Zimmermann, (WASG), Leo Mayer (DKP), Barbara Borchardt und Torsten Koplin, MdL Mecklenburg-Vorpommern.

Flyer zur Bewerbung können über [info@antikapitalistische-linke.de](mailto:info@antikapitalistische-linke.de) bestellt werden.

Konferenz am 3.2.2007 in Kassel

## Sozialistische Linke

„Die Alternative lautet ‚Links oder lahm‘, betonte Linkspartei-Ehrevorsitzender Hans Modrow zu Beginn der Konferenz „Sozialistische Linke im 21. Jahrhundert“ am Samstag in Kassel. Der parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion im Bundestag, Uli Maurer, ergänzte: „Wir dürfen uns nicht einrichten in den Verhältnissen der Bundesrepublik, wir müssen vielmehr zu wirklichen Veränderungen beitragen.“ Und Detlef Hensche, der letzte IG Medien-Vorsitzende vor der Vereinigung zu ver.di, forderte: „Wir brauchen eine radikale Kehrtwende um 180 Grad: Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitszeitverlängerung, höhere Löhne statt Umverteilung von unten nach oben, höhere Steuern für Reiche und Konzerne, Schluss mit der Privatisierung öffentlichen Eigentums.“

Ralf Krämer und Ulla Lötzer aus dem Spre-

cher-Kreis der Sozialistischen Linken ließen keinen Zweifel daran, dass diese Strömung in WASG und Linkspartei entschlossen ist, den Parteibildungsprozess der neuen Linken erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Die Sozialistische Linke werde aktiv in die Entwicklung der neuen Partei eingreifen: als eine Strömung, die realistisch, kritisch, radikal und klassenorientiert zugleich sei, also von den Interessen der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung ausgehe.

Ganz in diesem Sinne wurden denn auch die Gliederungen beider Parteien aufgerufen, sich mit eigenen Aktionen in die zweite Welle der gewerkschaftlichen Aktionen gegen die Rente mit 67 einzubringen.

Die 150 Konferenz-Teilnehmer bestätigten Günter Blocks (WASG-Landesvorstand NRW), Ralf Krämer (WASG-Bundesvorstand) und Ulla Lötzer (MdB, Linksfraktion) als SprecherInnen und ergänzten den Sprecher-Kreis um Harri Grünberg (Linkspartei, Hessen), Heinz

Hillebrand (WASG-Landesvorstand NRW), Lucia Schnell (WASG Berlin) und Dr. Wilhelm Vollmann (WASG Rheinland-Pfalz).

Bei nur wenigen Enthaltungen angenommen wurde die überarbeitete Kurzfassung des Positionspapiers der Sozialistischen Linken, in die zahlreiche Anregungen aus dem Kreis der Unterzeichner eingeflossen waren, ohne die grundlegende Stoßrichtung zu verändern. Ergänzt wurden unter anderem ökologische Aspekte.

Ebenfalls bei nur wenigen Enthaltungen verabschiedet wurde eine Resolution gegen die Privatisierung der Sparkasse Berlin.

SL-Sprecher Günter Blocks betonte zum Abschluss der Konferenz: „Die programmatischen Diskussionen heute können nur der Auftakt zu vertieften Diskussionen sein, die wir künftig vor allem auch in unseren überwiegend noch zu gründenden Landesgruppen fortführen werden.“

Homepage: [www.sozialistische-linke.de](http://www.sozialistische-linke.de)

### Linke.PDS/WASG Landesinfo Baden-Württemberg – Anträge und Protokolle

Am 27. Januar fand in Stuttgart der Landesparteitag der WASG statt. Folgender Leitantrag wurde nach Beratung angenommen.

## 2007: Das Jahr der Linken

Die WASG Baden-Württemberg begrüßt den neuen Entwurf der „Programmatischen Eckpunkte“ für die Gründung der neuen Partei „Die Linke“. Der neue Text wurde gegenüber früheren Entwürfen deutlich präzisiert und nach links verschoben. Das entspricht den Basisdiskussionen in beiden Parteien. Das Profil der neuen Linken wurde geschärft. Die Programmatischen Eckpunkte sind auch in der jetzt vorliegenden dritten Fassung kein abgeschlossenes Programm. Vielmehr sollen sie Ausgangsbasis für weitere programmatische Diskussionen in der neuen Partei sein. Vor allem sind die Eckpunkte Leitfaden für die politische Praxis der Linken. Denn entscheidend ist, in welchem Umfang es uns gelingt, uns an den aktuellen politischen Auseinandersetzungen zu beteiligen und Einfluss zu nehmen. Hierfür gibt es viele konkrete Forderungen in den Eckpunkten. Punkte, die an den unmittelbaren Alltagsproblemen der Menschen ansetzen. Einer der wichtigsten aktuellen Konflikte ist die Rente mit 67. WASG und Linkspartei lehnen sie ab. Darüber hinaus werden flexible Aufstiegsmöglichkeiten gefordert. Dies gilt insbesondere für Beschäftigte mit belastenden Arbeitsbedingungen, zum Beispiel Schichtbeschäftigte. Diese Position vertreten nur WASG und Linkspartei! Die IG Metall Baden-Württemberg hat beschlossen, vom 26. bis zum 31.1.2007 Aktionen durchzuführen. Ver.di plant Aktionen für den 29. und vor allem den 30.1.2007. Am 21. Oktober 2006 haben über 200.000 Menschen gegen die Politik der großen Koalition demonstriert. Jetzt geht es darum den Protest in die Betriebe und Dienststellen zu tragen. Dies ist eine neue qualitative Stufe der Auseinandersetzung und des Kampfes der Gewerkschaften. Die WASG in Baden-Württemberg wird bei den Kolleginnen und Kollegen vor Ort sein. Wir werden deutlich machen, dass wir die einzige Partei sind, die die Interessen der Beschäftigten vertritt. Kampf gegen die Politik der großen Koalition, gegen Gesundheitsreform und Renten mit 67, das sind Forderungen, die an den Sorgen der Menschen ansetzen. Je mehr wir uns an den konkreten, aktuellen Kämpfen beteiligen, desto mehr ha-

ben wir eine wirkliche Chance, Zustimmung der Bevölkerung und Mitglieder hinzu zu gewinnen. Hierzu gehören auch unsere Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. WASG und Linkspartei wollen ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Für bessere Erziehung und Bildung, Forschung, Kultur, ökologischen Umbau und öffentliche Infrastruktur. Die öffentlichen Investitionen und Ausgaben sollen mindestens um jährlich 40 Milliarden Euro angehoben werden. Eine Million zusätzlicher, sinnvoller und tariflich abgesicherter Arbeitsplätze können so geschaffen werden.

### Für die Entwicklung eines einheitlichen Leitbegriffs

Die WASG Baden-Württemberg akzeptiert, dass der Leitbegriff des „demokratischen Sozialismus“ in den Programmatischen Eckpunkten erwähnt wird, weil er eine Herzensangelegenheit der Linkspartei ist. Deren gründliche Diskussion wird ein wichtiges Anliegen der neuen Linken werden. Die Einigung auf einen programmatischen Leitbegriff halten wir langfristig für notwendig. Die WASG ist in ihrem Selbstverständnis entstanden als Bewegung gegen den Neoliberalismus, insbesondere wie er von Rot/Grün in Gestalt des Sozialabbaus der Agenda 2010 umgesetzt wurde und heute von der großen Koalition fortgesetzt wird. Bislang ist aber festzuhalten, dass es keine hinreichenden Diskussionsprozesse über einen programmatischen Leitbegriff gegeben hat. Um die Breite der Sammlungsbewegung der WASG nicht zu beeinträchtigen macht es keinen Sinn sich vorschnell auf einfache Formeln einzulassen. Ein zukünftig zu findendes Leitbild wird aus unserer Sicht die Frage grundlegender Alternativen zum Kapitalismus zum Inhalt haben, die sowohl sozialistische Ansätze wie auch ökologische Alternativen und die Ausgestaltung der Wirtschaftsdemokratie in den Betrieben, den Unternehmen, den Branchen und Regionen beinhalten müssen. Eine anzustrebende, menschenwürdige Gesellschaft muss die Steuerung der Wirtschaft durch die Profitlogik aufheben und damit über das wichtige Ziel einer gerechteren Verteilung hinausgehen.

### Kritik an der Berliner Linkspartei

Die WASG Baden-Württemberg lehnt wesentliche Teile der praktischen Politik des Berliner Landesvorstands der Linkspartei ab. Die Glaubwürdigkeit der Linken im ganzen Land wird so beeinträchtigt. Weil auch wir davon betroffen sind, sind wir gefordert auf eine andere Politik der Berliner Linkspartei zu drängen. Die weitgehende Öffnung der Ladenschlusszeiten in Berlin lehnen wir ebenso ab wie die Privatisierung der

Berliner Sparkasse. Die Absenkung der Personalkosten um 150 Millionen Euro ab 2009 darf nicht unter Beteiligung der Linkspartei erfolgen. Landespolitik hat immer das Dilemma, dass auf die Einnahmeseite kaum Einfluss genommen werden kann. Steuerpolitik wird auf Bundesebene gemacht; die verbleibenden landespolitischen Stellschrauben sind begrenzt. Seit Jahren werden mögliche Steuereinnahmen an Reiche und Konzerne verschenkt. Jährlich könnten sie um 60 bis 80 Milliarden Euro höher liegen. Dies ist die Kernursache, die zu dem Druck auf die Länderhaushalte führt. Und Berlin ist besonders betroffen. Die Steuerpolitik im Bund verschärft so die finanziellen Probleme auf Landesebene. Die PDS bzw. Linkspartei in Berlin hat sich in den letzten Jahren hier eingefügt, hat sich das Mitwirken an einer Politik des Sozialabbaus aufzwingen lassen. Als Erfolg wurde ausgegeben, dass man Schlimmeres verhindert hat. Kann man so für die Linke werben? Kann man so glaubwürdig sein und Menschen überzeugen, dass die Linke die wahre Reformkraft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist? Die Menschen haben bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus im September hierauf eine Antwort gegeben! Dieser Beschädigung der Glaubwürdigkeit linker Politik muss begegnet werden mit Kritik und der Forderung, dass es kein „Weiter-So“ geben darf. Denn sonst droht die Linke auch auf Bundesebene beschädigt zu werden. Politisches Handeln in den Kommunen und in den Ländern muss immer auch die Stärkung der Linken auf Bundesebene zum Ziel haben. Letztlich geht es perspektivisch um das Ziel der linken Hegemonie.

#### **Richtungswechsel auch auf gesellschaftliche Bündnisse**

Massenarmut und prekäre Lebensverhältnisse sind weder Naturschicksal noch zufälliges Nebenprodukt einer falschen Politik, sondern gewolltes Ergebnis einer Strategie, große Teile der Beschäftigten und der Bevölkerung in ihrem Selbstwertgefühl nachhaltig zu brechen und ihren Widerstand gegen die Politik der Agenda 2010 und deren strukturelle Ursachen zu lähmen. Sie sind die Kehrseite einer aggressiven Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Deutschland, die deutsche Konzerne zum Exportweltmeister gemacht haben und Europa als Plattform und Sprungbrett für Weltmarktanteile benutzt. Dieser Strategie deutscher Konzerne und Banken kann nicht allein durch betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe begegnet werden, sondern diese müssen unterstützt werden durch gesellschaftliche Bündnisse gegen dieses entscheidende soziale und politische Disziplinierungsmittel, indem alle Formen und Folgen von Massenarmut in unserer Industriegesellschaft bekämpft werden.

Deshalb beantragt die WASG Baden-Württemberg im Abschnitt „IV. Richtungswechsel“ als Punkt 3 vor ‚Strategische Zusammenarbeit‘ folgenden Passus zu ergänzen:

#### **Gesellschaftliche Bündnisse (Antrag zum Bundesparteitag\*)**

*Wir werden mit allen gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Kräften, die gegen prekäre Lebensverhältnisse, gegen Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut von großen Bevölkerungsgruppen in Deutschland sind, breite Bündnisse schließen. Die gegenwärtige Politik führt dazu, dass immer größere Teile der Bevölkerung in soziales Elend kommen, sie ihrer relativ sozialen Sicherheit beraubt, sie sozial und politisch zu einem Druckmittel für die weitere Aufweichung tariflicher, gewerkschaftlicher und politischer Rechte gegen den Rest der Bevölkerung eingesetzt werden. Prekäre Lebensverhältnisse können zu rechtsextremen, nationalistischen, fremden- und frauenfeindlichen Tendenzen beitragen. Deshalb streben wir einen gesellschaftlichen Zusammenschluss gegen dieses soziale und politische Disziplinierungsmittel an und verknüpfen diesen mit dem Kampf um hohe Lohn-, Sozial- und Umweltstandards auf europäischer Ebene und weltweit.*

#### **Für eine neue Jugendpolitik**

Innerhalb von 15 Jahren hat sich die Jugendarbeitslosigkeit in

Deutschland auf aktuell 15,2 Prozent fast vervierfacht. Etwa 650.000 Jugendliche werden nach ihrer Schulzeit in teure, perspektivlose Warteschleifen abgeschoben, ohne ihnen eine Chance auf Berufsausbildung, auf eigenständige Arbeit und auf eine Familiengründung zu geben. Die verantwortungslose Untätigkeit von Politikern und Unternehmern gefährdet nicht nur die Zukunftschancen der Jugend, sondern die unserer gesamten Gesellschaft in sozialer, wirtschaftlicher und demokratischer Hinsicht.

Deshalb beantragt die WASG Baden-Württemberg im Abschnitt „3. Sozialsysteme“ unter der Überschrift „Zur Verwirklichung dieser Aufgaben treten wir ein“ vor „für eine neue Seniorenpolitik“ zu ergänzen:

#### **Für eine neue Jugendpolitik (Antrag zum Bundesparteitag\*)**

*Die Jugend ist die Zukunft unserer Gesellschaft. Aber Wirtschaft und Politik verschlechtern ihre Zukunftschancen seit Jahren systematisch durch eine verschärfte Auslese im Bildungssystem, durch eine ungenügende Anzahl an Lehrstellen und durch Entmündigung von jungen Erwachsenen unter 25 Jahren (Hartz IV). Die Linke widersetzt sich jeglicher Entrechtung der Jugend und setzt sich besonders für ein umfassendes Konzept einer Ausbildungsinitiative ein mit dem Ziel, für jede(n) Jugendliche(n) eine Lehrstelle zu schaffen, bezahlt von den Betrieben, die keine oder zu wenige Lehrstellen anbieten (Ausbildungsplatzumlage).*

#### **Internationale Politik**

Bei der Friedensfrage dürfen wir uns in den Eckpunkten keinerlei Undeutlichkeiten leisten. Interpretationsspielräume können genutzt werden, um die Tür zur Zustimmung zu Kampfeinsätzen zu öffnen. Gerade in einer Zeit, in der die Kritik an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr in der Bevölkerung wächst, in einer Zeit, in der auch aus Reihen anderer Parteien immer mehr Vorschläge für die Beendigung von Auslandseinsätzen kommen, und in einer Zeit, in der aus der Friedensbewegung eine Kampagne gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr gestartet wurde, ist es Sache einer linken Partei gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr zu kämpfen.

Deshalb beantragt die WASG Baden-Württemberg im Absatz 8.

#### **Internationale Politik und Europäische Union: (Antrag zum Bundesparteitag\*)**

*Eine Welt des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und Demokratie statt Militarisierung und Privatisierung ist im Unterabsatz „Deutsche und europäische Außenpolitik muss Friedenspolitik werden“ der Satz „Aufgrund vielfältiger Erfahrungen ist die Frage, ob internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN – wenn es sich um Kampfeinsätze mit Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta handelt – unter den gegenwärtigen Bedingungen in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen zu einer Rückkehr in eine friedliche Entwicklung beitragen, im Wesentlichen zu verneinen.“ zu ersetzen durch „Vielfältige Erfahrungen mit internationalen Militäreinsätzen im Auftrag und unter Kontrolle der UN haben gezeigt, dass Kampfeinsätze mit Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta abgelehnt werden müssen, weil sie nichts zu einer Rückkehr in eine friedliche Entwicklung beitragen, oft eher im Gegenteil.“ Und im Unterabsatz „Errichtung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“ den Satz „Nachhaltige Entwicklung und soziale Rechte müssen Vorrang vor kapitalorientierter Liberalisierung haben.“ zu ersetzen durch „Nachhaltige Entwicklung sowie die Wiederherstellung und der Ausbau sozialer Rechte müssen die kapitalorientierte Neoliberalisierung ersetzen.“*

\* Die kursiv gedruckten Passagen sind Anträge des WASG-Landesverbandes an den Bundesparteitag.

WASG und Linkspartei.PDS Baden-Württemberg

## Vereinbarung über Verfahren und Ablauf des Parteineubildungsprozesses

(erarbeitet in der Landessteuerungsgruppe von WASG und Linkspartei, Stand 9.2.2007)

Die folgende Vereinbarung der Landesvorstände von WASG und Linkspartei.PDS in Baden-Württemberg dient dazu, den Parteineubildungsprozess auf Landes- und Kreisebene in Baden-Württemberg im Zusammenwirken von WASG und Linkspartei.PDS gemeinsam vorzubereiten und umzusetzen. Das Ziel besteht in der Konstituierung des Landesverbandes und der Kreisverbände der Partei *DIE LINKE*. in Baden-Württemberg sowie der Wahl von Gremien, in denen Mitglieder aus beiden ehemaligen Parteien in angemessener Weise vertreten sind.

Die in dieser Vereinbarung festgeschriebene Durchführung des Verfahrens zur Parteineubildung erfolgt vorbehaltlich der Beschlüsse der Bundesparteitage vom 24. und 25. März 2007 sowie der darauf folgenden Urabstimmungen in beiden Parteien.

Grundlagen der Parteineubildung sind auf der Landes- und Kreisebene

- die Kooperationsabkommen I. bis III. aus dem Jahr 2005
- die Gründungsdokumente der Bundespartei *DIE LINKE*.
- der Verschmelzungsvertrag

### 1. Struktur des zukünftigen Landesverbandes der Partei *DIE LINKE*. in Baden-Württemberg

(1) Der zukünftige Landesverband der Partei *DIE LINKE*. in Baden-Württemberg umfasst alle Mitglieder der ehemaligen Landesverbände der Linkspartei.PDS und der WASG in Baden-Württemberg einschließlich der Personen, die der Partei *DIE LINKE*. Landesverband Baden-Württemberg nach dem 15. Juni 2007 beitreten.

(2) Der zukünftige Landesverband der Partei *DIE LINKE*. in Baden-Württemberg gliedert sich in Kreisverbände.

(3) Ein Kreisverband der Partei *DIE LINKE*. in Baden-Württemberg umfasst alle ehemaligen Mitglieder aus Linkspartei.PDS und WASG innerhalb der Grenzen eines Stadt- oder Landkreises oder mehrerer territorial zusammenliegenden Stadt- oder Landkreise des Landes Baden-Württemberg. (siehe Anlage 1), einschließlich der Personen, die der Partei *DIE LINKE*. in Baden-Württemberg nach dem 16. Juni 2007 beitreten und dem Stadt- oder Landkreises zuzuordnen sind.

(4) Die Zusammenführung der Mitglieder aus den Strukturen der ehemaligen Linkspartei.PDS und der WASG in die zukünftige Struktur der Partei *DIE LINKE*. in Baden-Württemberg wird mit der Anerkennung der Kreisverbände durch den Interims-Landesvorstand der neuen Partei am 17. Juni 2007 verbindlich.

(5) Die in Anlage 1 aufgeführte Anzahl der Mitglieder basiert auf den Rechenschaftsberichten der Linkspartei.PDS und WASG per 31.12.2006.

### 2. Rücktritt der amtierenden Landesvorstände von Linkspartei.PDS und WASG zum 16. Juni 2007

Die amtierenden Landesvorstände treten einzeln und in ihrer Gesamtheit zum 16. Juni 2007 zurück und übergeben ihre Aufgaben an einen Interimsvorstand.

### 3. Zusammensetzung des Interimsvorstandes des zukünftigen Landesverbandes der Partei *DIE LINKE*. in Baden-Württemberg

Der Interimsvorstand setzt sich zusammen aus den ehemaligen Mitgliedern der Landesvorstände von WASG und Linkspartei.PDS. Der Interimsvorstand in seiner Gesamtheit besteht aus 7

geschäftsführenden und 16 weiteren Mitgliedern.

### 4. Aufgaben des Interimsvorstandes

(1) Der Interimsvorstand des Landesverbandes der Partei *DIE LINKE*. beginnt mit seiner Arbeit sofort nach seiner Anerkennung durch den Bundesvorstandes auf seiner 1. Sitzung am 17.6.2007.

(2) Der Interimsvorstand des Landesverbandes der Partei *DIE LINKE*. erkennt die Interimsvorstände der Kreisverbände am 17. Juni 2007 an.

(3) Der Interimsvorstand des Landesverbandes der Partei *DIE LINKE*. in Baden-Württemberg hat die Aufgabe, einen Landesparteitag (nach dem Delegiertenprinzip) der Partei *DIE LINKE*. in der Zeit zwischen dem 17. Juni 2007 und dem 31. Oktober 2007 einzuberufen, vorzubereiten und durchzuführen.

(4) Der Interimsvorstand des Landesverbandes der Partei *DIE LINKE*. führt aktuell die Geschäfte des Landesvorstandes der Partei *DIE LINKE*. bis zum ersten ordentlichen Landesparteitag.

### 5. Zusammensetzung des ersten gewählten ordentlichen Landesvorstandes der Partei *DIE LINKE*. in Baden-Württemberg

(1) Der erste ordentliche Landesvorstand der Partei *DIE LINKE*. wird durch die Delegierten aus den Kreisverbänden des Landes Baden-Württemberg auf dem Landesparteitag am **20. Oktober** gewählt und übernimmt die Geschäfte des Interimsvorstandes.

(2) Der erste ordentliche Landesvorstand der Partei *DIE LINKE*. besteht in seiner Gesamtheit aus 18 Mitgliedern. Der Frauenanteil im Vorstand der neuen Partei *DIE LINKE*. muss mindestens 50% betragen.

(3) Für die Zusammensetzung des 1. ordentlichen Landesvorstandes der Partei *DIE LINKE*. wird in WASG und Linkspartei vor dem 15. Juni 2007 eine getrennte Vornominierung von Kandidatinnen und Kandidaten vorgenommen. Diese Nominierung und die sich daraus ergebende gemeinsame Namensliste hat für den 1. Landesparteitag der Partei *DIE LINKE* Vorschlagscharakter. Die Rechte anderer möglicher Kandidatinnen und Kandidaten sind dadurch nicht eingeschränkt.

(4) Diese gemeinsame Vorschlagsliste bringt den Willen der Vorgängerparteien zum Ausdruck, dass die Mitglieder des ersten gewählten Landesvorstandes der Partei *DIE LINKE* in einem Verhältnis von 10:8 zugunsten der mitgliederstärkeren ehemaligen Partei im 1. ordentlichen Landesvorstand wie folgt vertreten sein sollen:

- a) geschäftsführende Vorstandsmitglieder aus WASG Anzahl 3
- b) geschäftsführende Vorstandsmitglieder aus Linkspartei.PDS Anzahl 3
- insgesamt Anzahl 6
- c) weitere Mitglieder des Vorstandes aus WASG Anzahl 7
- d) weitere Mitglieder des Vorstandes aus Linkspartei.PDS Anzahl 5
- insgesamt Anzahl 12

(5) Bei der Nominierung der Kandidat/Innen vor dem 15. Juni 2007 müssen WASG und Linkspartei.PDS den Frauenanteil von mindestens 50% einhalten!

### 6. Aufgaben des ersten ordentlichen Landesparteitages der Partei *DIE LINKE* in Baden-Württemberg

Der erste ordentliche Landesparteitag der Partei *DIE LINKE*. in Baden-Württemberg wird zum **20.10.2007** einberufen und hat folgende vorläufige Tagesordnung:

- \* Beschluss über die Satzung und die Finanzordnung des Landesverbandes der Partei *DIE LINKE*.
- \* Wahl des Landesvorstandes der Partei *DIE LINKE*.
- \* Wahl der Landesschiedskommission der Partei *DIE LINKE*.

\* Wahl der Landesfinanzrevisionskommission der Partei *DIE LINKE*.

\* Beschluss über die Gliederung in Kreisverbände

\* Beschluss über die Gliederung in Delegiertenwahlkreise für den Bundesparteitag (falls erforderlich)

### **7. Rücktritt der amtierenden Kreisvorstände und aller nachgeordneten Gebietsverbände von WASG und Linkspartei.PDS zum 16. Juni 2007**

Die amtierenden Kreisvorstände und die Vorstände aller nachgeordneten Gebietsverbände der WASG und die Vorstände der Basisorganisationen der Linkspartei.PDS treten einzeln und in ihrer Gesamtheit zum 16. Juni 2007 zurück und benennen einen Interimsvorstand für ihren in Anlage 1 definierten zukünftigen Kreisverband und für die nachgeordneten Gebietsverbände.

### **8. Zusammensetzung der Interimsvorstände der zukünftigen Kreisverbände der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg ab 17. Juni 2007**

(1) Die Interimsvorstände setzen sich in der Regel zusammen aus ehemaligen Mitgliedern der Kreisvorstände bzw. der Basisorganisationen von WASG und Linkspartei.PDS.

(2) In Kreisverbänden, in denen es nur in einer Partei einen Vorstand gibt, aber einzelne Mitglieder der anderen Partei ohne bisherige Organisationsstruktur (KV bzw. BO), sollten dem Interimskreisvorstand außer den bisherigen Kreis- bzw. BO-Vorstände auch einzelne Mitglieder der anderen Partei in angemessener Anzahl angehören.

(3) Sofern in einem Kreisverband nur Mitglieder einer der beiden Parteien vertreten sind, besteht der Interimsvorstand für den Kreisverband der neuen Partei nur aus Mitgliedern der einen Partei.

(4) In Kreisverbänden in denen es keine aktiven Vorstände gibt, versucht der Interimsvorstand einen Interimskreisvorstand einzusetzen, in dem nach Möglichkeit Mitglieder beider Parteien angemessen vertreten sind.

### **9. Anerkennung der Interimsvorstände der Kreisverbände**

Die Interimsvorstände der Kreisverbände werden durch den Interimsvorstand des Landesverbandes der Partei *DIE LINKE* in Baden-Württemberg am 17. Juni 2007 anerkannt.

### **10. Aufgaben der Interimsvorstände der Kreisverbände**

(1) Der Interimsvorstand eines Kreisverbandes der Partei *DIE LINKE* beginnt mit seiner Arbeit sofort nach seiner Anerkennung durch den Interimsvorstand der Landespartei am 17.6.2007.

(2) Der Interimsvorstand des Kreisverbandes der Partei *DIE LINKE* hat die Aufgabe, eine Kreismitgliederversammlung der Partei *DIE LINKE* in der Zeit zwischen dem **17. Juni 2007 und dem 7. September 2007** in Zusammenarbeit mit dem Interims-Landesvorstand einzuberufen, vorzubereiten und durchzuführen. Dabei hat der Interims-Landesvorstand darauf zu achten, dass alle Mitglieder beider Parteien schriftlich postalisch mit einer Frist von mindestens 14 Tagen eingeladen werden.

(3) In Kreisen, in denen kein Interimsvorstand gebildet werden kann, beruft der Interims-Landesvorstand eine Kreismitgliederversammlung ein.

(4) Der Interimsvorstand des Kreisverbandes der Partei *DIE LINKE* in Baden-Württemberg informiert den Interims-Landesvorstand bis spätestens **14. September 2007** über die Ergebnisse der Kreismitgliederversammlung.

(5) Der Interimsvorstand des Kreisverbandes der Partei *DIE LINKE* in Baden-Württemberg führt aktuell die Geschäfte auf Kreisebene bis zur ersten ordentlichen Kreismitgliederversammlung in der Zeit zwischen dem **17. Juni 2007 und dem 7. September 2007**.

### **11. Aufgaben der ersten ordentlichen Kreismitgliederversammlung der Partei DIE LINKE. Landesverband Baden-Württemberg**

Die erste ordentliche Kreismitgliederversammlung wird bis spätestens den **7.9.2007** einberufen und hat folgende vorläufige Tagesordnung:

\* Beschluss über die Bildung des Kreisverbandes der Partei *DIE LINKE*.

\* Wahl des ersten ordentlichen Kreisvorstandes der Partei *DIE LINKE*.

\* Wahl der Delegierten zum Landesparteitag der Partei *DIE LINKE*.

### **12. Zusammensetzung des ersten ordentlichen Kreisvorstandes der Partei DIE LINKE. Landesverband Baden-Württemberg**

(1) Der erste ordentliche Kreisvorstand der Partei *DIE LINKE* in Baden-Württemberg wird von den Mitgliedern des Kreisverbandes auf der ersten ordentlichen Kreismitgliederversammlung gewählt. Mitglieder des Kreisverbandes sind alle bis zum Tag der Konstituierung neu eingetretenen Mitglieder und die ehemaligen Mitglieder der beiden Ursprungsparteien.

(2) Im 1. ordentlichen Kreisvorstand sollen die Mitglieder beider Ursprungsparteien in einem angemessenen Verhältnis der zahlenden Mitglieder vertreten sein.

(3) Der Frauenanteil im ersten ordentlichen Kreisvorstand soll mindestens 50% betragen, wenn ausreichend Kandidatinnen zur Verfügung stehen.

### **13. Wahl und Zusammensetzung der Delegierten für den ersten ordentlichen Landesparteitag der Partei DIE LINKE am 20. Oktober 2007**

(1) Die Anzahl der zu wählenden Delegierten entspricht dem Delegiertenschlüssel laut Anlage 1 dieser Vereinbarung.

(2) Die Wahl der Delegierten führt im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Mitgliedern der ehemaligen WASG und Linkspartei.PDS zu einem fairen Verhältnis zwischen den Mitgliedern beider ehemaligen Parteien.

(3) Der Frauenanteil bei den gewählten Delegierten soll mindestens 50% betragen, wenn ausreichend Kandidatinnen zur Verfügung stehen.

### **14. Übergangsregelungen der Finanzverwaltung des Landesverbandes der Partei DIE LINKE. in Baden-Württemberg**

(1) Bis zum **25.2.2007** erhalten die Vorstände der beiden Landesverbände von Linkspartei.PDS und WASG den geprüften Jahresabschluss des Landesverbandes der jeweils anderen Partei für das Jahr 2005 sowie den entsprechenden u.U. vorläufigen Abschluss zum 31.12.2006 und den Finanzplan 2007.

(2) Bis zum **25.2.2007** erarbeiten die Schatzmeister der Landesverbände von WASG und Linkspartei.PDS einen Entwurf für die zukünftige Finanzordnung des gemeinsamen Landesverbandes der Partei *DIE LINKE* in Baden-Württemberg.

(3) Die Vorstände beider Parteien erklären, zum 16. Juni 2007 keine Darlehensverpflichtungen zu haben und Dauerschuldverhältnisse nur in dem Umfang zuzulassen, wie sie durch den jeweiligen eigenen Haushalt für 2007 gedeckt sind.

(4) Der Interimsvorstand stellt zum 16. Juni 2007 einen gemeinsamen Haushalt bestehend aus den Resthaushalten der beiden Parteien für 2007 auf.

### **15. Grundsätze der Finanzverwaltung des Landesverbandes der Partei DIE LINKE. in Baden-Württemberg**

(1) In dem zu bildenden gemeinsamen Landesverband werden die Mitgliedsbeiträge an den Landesverband gezahlt, bzw. von diesem vorzugsweise per Lastschrift eingezogen. Der Interims-Landesvorstand legt zum **17. Juni 2007** ein vorläufiges Budget für die Kreisverbände vor.

(2) Die Kreisverbände regeln ihre Finanzen eigenverantwortlich im Rahmen ihres Budgets. Dieses wird aus einem Anteil der Mitgliedsbeiträge aus dem Gebiet des Kreisverbandes und u.U. aus zusätzlichen Ausgleichszuschüssen finanziert.

(3) Diese Finanzmittel erhalten die Kreisverbände quartalsweise nach Abrechnung des vorhergehenden Quartals auf Anforderung.

(4) Rechenschaftspflichtig im Sinne des Parteiengesetzes für die Finanzmittel des Landesverbandes bzw. im Landesverband ist der Landesvorstand.

(5) Nach diesen Grundsätzen verfährt bereits der Interimsvorstand.

(6) Näheres regelt die Finanzordnung des Landesverbandes der Partei **DIE LINKE** in Baden-Württemberg

**Anlagen:** Kreisstruktur und Delegiertenschlüssel

Diese Vereinbarung wird unterzeichnet von den Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstandes der WASG und der Linkspartei.PDS in Baden-Württemberg.

Stuttgart, **25.2.2007**

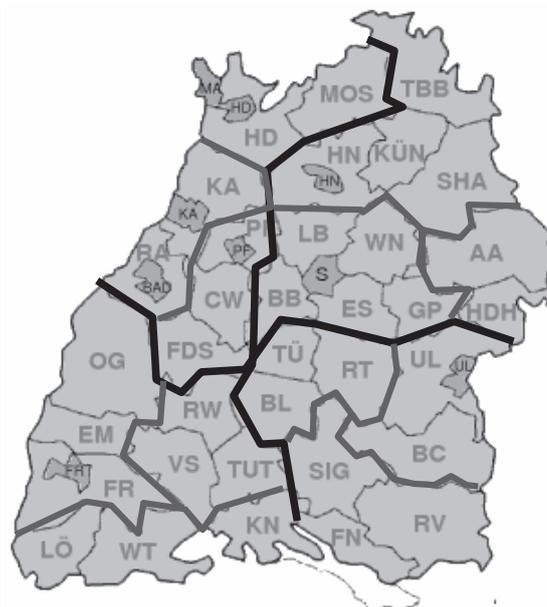
Für die WASG  
Riexinger, Bernd  
Groth, Annette  
Groll, Franz  
Merling, Bernd

Für die Linkspartei.PDS  
Strasdeit, Bernhard  
Lison, Elke  
Cornides, Christoph

*Diese Vereinbarung liegt den Landesvorständen von Linkspartei.PDS und WASG derzeit zur Diskussion und Beschlussfassung vor. Zudem steht die Vereinbarung auf der Landes-MV der Linkspartei am 17. März als Antrag auf der Tagesordnung und soll dort als Anhang zur Landessatzung verabschiedet werden.*

Gliederung			
<b>1 Regierungsbezirk Stuttgart</b>			
1 Region Stuttgart			
8111	1	SK	Stuttgart
8115	2	LK	Böblingen
8116	3	LK	Esslingen
8117	4	LK	Göppingen
8118	5	LK	Ludwigsburg
8119	6	LK	Rems-Murr-Kreis
2 Region Heilbronn-Franken			
8121	7	SK	Heilbronn mit
8125	8	LK	Landkreis
8126	9	LK	Hohenlohekreis und
8127	10	LK	Schwäbisch Hall
8128	11	LK	Main-Tauber-Kreis
3 Region Ostwürttemberg			
8135	12	LK	Heidenheim
8136	13	LK	Ostalbkreis
<b>2 Regierungsbezirk Karlsruhe</b>			
4 Region Mittlerer Oberrhein			
8212	14	SK	Karlsruhe mit
8215	15	LK	Landkreis
8211	16	SK	Baden-Baden und
8216	17	LK	Rastatt
5 Region Nordschwarzwald			
8231	18	SK	Pforzheim und
8236	19	LK	Enzkreis
8235	20	LK	Calw und
8237	21	LK	Freudenstadt
6 Region Rhein-Neckar			
8222	22	SK	Mannheim
8221	23	SK	Heidelberg mit
8226	24	LK	Rhein-Neckar-Kreis
8225	25	LK	Neckar-Odenwald-Kreis
<b>3 Regierungsbezirk Freiburg</b>			
7 Region Südlicher Oberrhein			
8311	26	SK	Freiburg i.Breisgau
8315	27	LK	Breisgau-Hochschwarzwald
8316	28	LK	Emmendingen
8317	29	LK	Ortenaukreis
8 Region Schwarzwald-Baar-Heuberg			
8325	30	LK	Rottweil
8327	31	LK	Tuttlingen
8326	32	LK	Schwarzwald-Baar-Kreis
9 Region Hochrhein-Bodensee			
8335	33	LK	Konstanz
8336	34	LK	Lörrach
8337	35	LK	Waldshut

## Vorschlag für die künftige Kreisstruktur des Landesverbandes der Partei Die Linke



- Grenze 4 Regierungsbezirke
- Grenze 12 Regionen
- Grenze 35 Landkreise
- 9 Stadtkreise

<b>4 Regierungsbezirk Tübingen</b>			
10 Region Neckar-Alb			
8415	36	LK	Reutlingen
8416	37	LK	Tübingen
8417	38	LK	Zollernalbkreis
11 Region Bodensee-Oberschwaben			
8437	30	LK	Sigmaringen
8436	40	LK	Ravensburg
8435	41	LK	Bodenseekreis
12 Region Donau-Iller			
8421	42	SK	Ulm und
8425	43	LK	Alb-Donau-Kreis
8426	44	LK	Biberach

## Linkspartei.PDS Landesverband Baden-Württemberg: Jahresabschluss 2006 (vorläufig) Übersicht über Einnahmen und Ausgaben von Landesvorstand, Basisorganisationen und Arbeitsgemeinschaften

kumulierte Werte

Einheit	Abrechnung fehlt ab:	Mitglieder Mfogl.	Zahl ende	Einnahmen im lfd. Jahr (aufsummiert)			Ausgaben im lfd. Jahr (aufsummiert)					50%-Anspruch auf Beiträge aus vorigem Quartal	Zur Info: Stand BO- AG-Konten		
				Mitglieds- beiträge	Spenden	sonstige	Zuschüsse v. Gliederung	gesamt	Personal- ausgaben	lfd. Geschäfts- betrieb	politische Arbeit			Wahl- kämpfe	Zuschüsse an Gliederung
<b>Europäische Linkspartei Landesvorstand</b>		1.951,00 €													
		65.577,27 €			2.437,00 €	120,41 €	43.143,00 €	1.951,00 €	1.951,00 €	19.127,94 €	17.403,20 €	26.355,04 €	17.886,14 €	1.957,00 €	100.454,57 €
<b>Basisorganisationen bzw. Gebiet</b>							500,00 €	500,00 €							
Böblingen			13									538,22 €	13,88 €		426,09 €
Bruchsal			8												67,50 €
Ermendingen			6												100,85 €
Esslingen			16												184,15 €
Filderstadt			4												24,00 €
Freiburg			43				1.162,79 €	1.162,79 €			75,00 €	1.087,79 €			1.162,79 €
Freudenstadt			4												22,50 €
Geislingen			9			145,00 €			429,38 €			429,38 €			79,50 €
Göppingen			10												15,59 €
Heidelberg			40			1,07 €	750,00 €	1.751,07 €			47,30 €	429,19 €	333,86 €		765,86 €
Heilbronn			24		85,00 €		87,97 €	172,97 €				172,97 €			207,27 €
Karlsruhe	1)		58												361,56 €
Konstanz			22		350,00 €	600,00 €	1.091,00 €	2.041,00 €			2.614,28 €	153,78 €			2.768,06 €
Lörrach			20				444,83 €	444,83 €			11,99 €	507,69 €	139,70 €		462,40 €
Ludwigsburg			18												182,31 €
Mannheim			33		850,00 €	2,37 €	1.200,00 €	2.076,37 €			43,68 €	1.975,24 €			436,15 €
Neckar-Zaber			13				394,35 €	394,35 €				541,44 €			106,70 €
Ortenau			32		184,08 €		887,00 €	1.071,08 €			304,65 €	628,01 €			320,09 €
Pforzheim			17												132,26 €
Ravensburg			22				433,99 €	433,99 €				433,99 €			349,61 €
Rems-Murr	2)		13									28,00 €			89,34 €
Reutlingen			22			226,00 €	28,00 €	28,00 €				384,70 €			357,48 €
Schwäbisch Gmünd			38				323,00 €	323,00 €				323,00 €			352,23 €
Schwäbisch Hall			15				298,24 €	298,24 €				298,24 €			237,09 €
Schwarzwald			9												97,19 €
Stuttgart			80		2.441,91 €	295,34 €	4.695,34 €	7.432,59 €			2.876,32 €	2.809,79 €	84,63 €		5.770,74 €
Tübingen			46		7.042,68 €		6.910,00 €	13.952,68 €			5.964,72 €	1.391,16 €	7.191,87 €		14.547,75 €
Ulm			25		80,00 €		1.032,66 €	1.112,66 €				969,16 €	143,50 €		1.112,66 €
Weinheim			5												25,51 €
ohne Zuordnung			2												- €
<b>Arbeitsgemeinschaften</b>															
Jugendverband Solid							4.000,00 €	4.000,00 €			2.017,77 €	2.869,24 €			4.887,01 €
Komm. AG					14.964,80 €			14.964,80 €			59,05 €	14.479,12 €			14.538,17 €
Gerar Dialog												211,32 €			
Kommunalpolitisches Forum												510,31 €			510,31 €
<b>Landesverband gesamt:</b>			<b>667</b>				<b>67.825,25 €</b>	<b>166.203,18 €</b>			<b>19.127,94 €</b>	<b>57.526,78 €</b>	<b>25.793,58 €</b>	<b>19.682,25 €</b>	<b>155.505,51 €</b>
<b>Landesverband ohne Zuschüsse an Boen</b>								<b>146.520,93 €</b>							<b>135.823,26 €</b>

### Anmerkungen:

Mitgliederzahl zum 31.01.2007

Zahlende Mitglieder = Mitglieder, die 2006/2007 Beiträge gezahlt haben

1) Abrechnung Karlsruhe ist zugesagt, wird dann eingebucht

2) Rems-Murr, Konto am 8.2.2007 aufgelöst, noch nicht verbucht

Einnahmen-Ausgaben:

10.697,67 €

# DIE LINKE.PDS

## Landesgeschäftsstelle

Linke.PDS Baden-Württemberg,  
Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.  
Tel (07 11) 24 10 45, Fax (07 11) 24 10 46  
info@linkspartei-bw.de, www.linkspartei-bw.de  
Geschäftszeiten: Mo, Mi, Do, Fr 14–18.30 h

## Basisorganisationen und Kontakte

### Böblingen

Ronny Schmidt, Goldäckerstr24, 71229 Leonberg,  
Tel. 07152-28158, post@pds-sindelfingen.de

### Bruchsal, Kraichgau-Hardt

Heinz Peter Schwertges, Blumenstraße 14, Zeu-  
tern, 76698 Ubstadt-Weiher, Tel. 0 72 53-5 0116,  
bruchsal@linkspartei-bw.de.

### Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel: 07681-  
23143. Email: emmendingen@linkspartei-bw.de.

### Esslingen

Reinhold Riedel, Rotenackerstraße 122, 73732  
Esslingen, Tel/Fax 07 11-3 18 07 60, esslingen@  
linkspartei-bw.de.

### Filder-Nürtingen-Kirchheim/Teck

Jonas Scherr, Landhausstr. 18, 73061 Ebersbach,  
Tel. 07163-4127, filder@linkspartei-bw.de

### Freiburg

Die Linke.Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Frei-  
burg, vorstand@linkspartei-freiburg.de. www.  
dielinke-freiburg.de, Tel: 0761-13 744 31

### Geislingen

Jan Eckhoff, Talgraben 16, 73312 Geislingen, Tel:  
07331/951026, Fax: 07331/306998, Tel: 0172-7  
04 88 61, eMail: geislingen@linkspartei-bw.de

### Göppingen

David Binder, Bergstr. 10, 73092 Heiningen,  
Tel. 07161-71535. email: goeppingen@linkspar-  
tei-bw.de

### Heidelberg

Thorsten Kilian, Oberer Langerain 8, 69259  
Wilhelmsfeld, eMail: kille-kilian@web.de Tel.  
06220/913539

### Heilbronn Unterland

Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Of-  
fenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-  
bw.de.

### Karlsruhe

Die Linke. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe,  
Mail: info@linkspartei-karlsruhe.de, Net: www.  
linkspartei-karlsruhe.de, Tel: 0721-35489342

### Konstanz

Linkspartei.PDS Konstanz, c/o Jürgen Geiger, Tel:  
(07531) 697 465, Fax: (07531) 95 85 27, Joseph-  
Belli-Weg 5, 78467 Konstanz, eMail: pds-kons-  
tanz@gmx.de, www.pds-ll-konstanz.de

### Lörrach-Müllheim

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstr. 21, 79539  
Lörrach, loerrach@linkspartei-bw.de.

### Ludwigsburg

Bodo Müller, Talallee 30, 71638 Ludwigsburg,  
Tel. 07141-2421841, ludwigsburg@linkspartei-  
bw.de

### Mannheim

Steven Kunz, S 1 8, 68161 Mannheim. Tel.: 0621-  
316305, Mobil 0172-3986168, Postfach 121412,  
68058 Mannheim, Telefon 0621-3391735, Fax:  
-3363894, Info-Telefon: 0621-3364341, email:  
mannheim@linkspartei-bw.de.

### Neckar-Zabern

Isolde Nesper, Untere Kelterstr. 25, 71732 Tamm,  
Tel.: 07141/6852804, IsoldeNesper@t-online.de

### Ortenau

Karl-Martin Matt, Weidenstr. 30, 77871 Ren-  
chen, Tel.: 07843-84146, druckwerkstatt-ren-  
chen@t-online.de

### Pforzheim

Franz Rumler, Maximilianstraße 96, 75172 Pforz-  
heim, Telefon (0 72 31) 10 15 63, Fax (0 72 31)  
46 88 93, info@Rumler-F.de

### Ravensburg

Mirco Kolarczik, Ringgenburgstraße 18, 88213  
Ravensburg, Tel. 0176-29324036, Mirco.Kolar-  
czik@uni-konstanz.de

### Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Fronackerstr. 18, 71332  
Waiblingen, Tel. 07151-54806, Fax -563254.  
www.linkspartei-rems-murr.de. info@linkspartei-  
rems-murr.de

### Reutlingen

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@  
swol.net

### Schwäbisch Gmünd

Siegfried Pilbauer, Beurener Str. 9, 73540 Heu-  
bach, Tel. 07173-403710. schwaebischgmued@  
linkspartei-bw.de.

### Schwäbisch Hall – Hohenlohe

Jochen Dürr, Zur Hohen Waag 12, 74523 Schwä-  
bisch Hall, Tel (07 91) 5 4118, Fax (07 91) 55178,  
schwaebischhall@linkspartei-bw.de.

### Stuttgart

Christian Stähle, Kreisgeschäftsstelle, Senefelder  
Str. 26, 70176 Stuttgart, Tel. 0711-5203772,  
Fax 0711-6581782, eMail: c.staehle@linkspartei-  
stuttgart.de, www.linkspartei-stuttgart.de.  
Stuttgart-Ost: Roland Hägele, mobil 0160-  
7985055, roland.haegle@web.de.  
Stuttgart-West Dirk Hoerber; Tel. 0711-3514681,  
Dhoeber@aol.com

### Tübingen

Linkspartei Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074  
Tübingen, Tel. 07071/993870, info@linkspartei-  
tuebingen.de, www.linkspartei-tuebingen.de

### Ulm

Andreas Binder, Schlehenweg 10, 89143 Blau-  
beuren-Beiningen, Tel.: 0175 2629429. ulm@  
linkspartei-bw.de, www.linkspartei-ulm.de

### Weinheim

Carsten Labudda, Hölderlinstraße 4, 69469 Wein-  
heim, Telefon/Fax: (0 62 01) 876758, weinheim@  
linkspartei-bw.de, www.linkspartei-weinheim.de

## Arbeitsgemeinschaften

### AG Antifa

Reinhard Neudorfer, Adresse s. Rems-Murr.

### AG Betrieb und Gewerkschaften

Jochen Dürr, Adresse siehe Schwäbisch Hall

### AG gegen Repression

Christoph Cornides, Wupperstr. 20, 68167 Mann-  
heim, Telefon (06 21) 33 16 50.

### AG Landespolitik

Dirk Hoerber, Griegstr. 13 B, 70195 Stuttgart, Tel.:  
0711-3514681, Dhoeber@aol.com

### AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0711-5203772, Fax 0711-  
6581782, eMail: c.staehle@linkspartei-stuttgart.  
de

### Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072  
Tübingen, Tel. 07071-32498

### Kommunistische AG

Jürgen Geiger, Adresse siehe Konstanz.

## Kontakte zur Linkspartei.PDS ...

### Landesarbeitsgemeinschaft Hochschulen

Christoph Rehm, Fasanenweg 2, 74918 Angel-  
bachtal. Tel: 0171-1185135. email: crehm@sai.  
uni-heidelberg.de. www.linke-hochschulgrup-  
pen.de

## Hochschulgruppen

**FREIBURG:** edmond@jaegerhome.de  
**KARLSRUHE:** daniel.brunts@stud.uni-karlsruhe.de  
**TÜBINGEN:** tuebingen@solid-bw.de  
**HEIDELBERG:** heidelberg@solid-bw.de  
**STUTTGART:** stuttgart@solid-bw.de  
**KONSTANZ:** Mirco.Kolarczik@uni-konstanz.de  
**LANDESKOORDINATION:** Die Linke.Hochschulgrup-  
pen, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721 35  
48 93 41, info@solid-bw.de, www.linke-hoch-  
schulgruppen.de

## Jugendverband [solid]

### Baden-Württemberg

[solid] – die linke jugend. Landesgeschäftsstelle  
Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-3548  
9341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

## Landesvorstand

Postadresse: Linkspartei.PDS Landesvorstand,  
Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart

### Landessprecherin

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269,  
elson@swol.net

### Landessprecher

Bernhard Strasdeit, Telefon: (07071)-21534, Mo-  
bil: 0171-1268215, Fax: (07071)-23946,  
strasdeit@t-online.de

### Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o Linkspartei.  
PDS Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart,  
Telefon (0621)331650, Fax (0621) 331656,  
christoph.cornides@t-online.de

## Spenden

### Linke.PDS Baden-Württemberg

Postbank Stuttgart,  
BLZ 600 100 70  
Konto 289582700

## Linke in Gemeinderäten

### Karlsruhe

Niko Fostiroopoulos, Die Linke., Haus der Frakti-  
onen, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721-  
386409, Fax 0721-386410, stadtrat@pds-karls-  
ruhe.de.

### Konstanz

Vera Hemm, PDS/Linke Liste, Gartenstr. 33,  
78462 Konstanz

### Stuttgart

Ulrike Küstler, Linke.PDS, Rathaus, Marktplatz 1,  
70173 Stuttgart, Tel. 0711-2 62 99 51, Fax 0711-  
2 62 99 52, ulrike.kuestler@stuttgart.de.  
www.stuttgart.de/pds

### Tübingen

TÜLL (Tübinger Linke/Linkspartei) in Gemeinderat  
und Kreistag, Am Lustnauer Tor 4, 72070 Tübin-  
gen, www.tuebingen-linke.de. Gerlinde Strasdeit  
(Stadträtin) und Bernhard Strasdeit (Kreisrat), Tel.  
07071-21534, Fax: -23946, strasdeit@t-online.  
de • Anton Brenner (Stadt- und Kreisrat), Tel.  
07071-40450, Fax: -49992, Mail: Brenner-Tueb-  
ingen@t-online.de • Bernd Melchert (Stadtrat),  
Tel. 07071/78689, Mail: bernd.melchert@walter-  
ag.de • Edeltraud Horn-Metzger (Stadträtin), Tel.  
07071/23848, Traudel.Horn-Metzger@gmx.de

### Mannheim

Gudrun Kuch, Linke Liste Mannheim, Tel: 0621/  
293-9585 Fax: 0621/ 293-9595, Rathaus E 5,  
68159Mannheim. Öffnungszeiten: Mo. 14–16  
Uhr, Di.10–13 Uhr, Do. 13–16 Uhr. mail: gudrun.  
kuch@mannheim.de



## Landesbüro

Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit,  
Landesbüro Baden-Württemberg,  
Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart  
Tel.: 07 11 / 2 29 39 42  
Email: info@wasg-bw.de

## Kreisverbände und Kontakte

### **Baden-Baden/Rastatt**

Dieter Hitscherich, 76532 Baden-Baden, 07221-991592, der.hit@web.de

### **Biberach**

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583/1451, herbert.wilzek@wasg-oberschwarben.de

### **Böblingen**

Marko Neuwirth, 71065 Sindelfingen, 07031-286680, marko.neuwirth@web.de

### **Bodensee**

Patrick Endres, 07544-969709, patrick.endres@wasg-bodensee.eu

### **Breisgau/Hochschwarzwald**

Anton Wasmeier, 79379 Müllheim, 07631/748749, wasgmuellheim@yahoo.de

### **Calw/Freudenstadt**

Rolf Eberhard, 72160 Horb-Talheim, 07486-45490, rolf137@web.de

### **Esslingen**

Thomas Mitsch, 73249 Wernau, 07153/614699, mitsch.thomas@web.de

### **Freiburg/Emmendingen**

WASG Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, info@wasg-freiburg.de

### **Göppingen**

Herbert Eckhoff, 73312 Geislingen a.d.St., 07331/66520, herbert.eckhoff@t-online.de

### **Heidelberg/Rhein-Neckar**

Heinrich Müller, 69226 Nußloch, 06224/16937, henri.mueller@t-online.de

### **Heidenheim**

Hasan Cildir, 89522 Heidenheim, 07321-22 975, cildir.hasan@web.de

### **Heilbronn**

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de

### **Hohenlohe/Schwäbisch-Hall**

Ernst Kern, 74653 Künzelsau, 07940 – 799495, ErnstKern@gmx.de

### **Karlsruhe**

WASG Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, info@wasg@web.de, Tel: 0721-35489342

### **Konstanz**

Angelika Böhl, 78464 Konstanz, 07531/50526, angelikaboehl@swol.net

### **Lörrach**

Hans-Joachim Szmerlowski, 79650 Schopfheim, 07622/63027, ha.sz@t-online.de

### **Ludwigsburg**

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141/57320, kemmerle\_ludwigsburg@yahoo.de

### **Main-Tauber**

Markus May, 97877 Wertheim, 09348-640, may-media@t-online.de

### **Mannheim**

Bernd Merling, 68199 Mannheim, 0621/4310265, asg-lv@merling.net

### **Neckar-Odenwald**

Peter Kuschminder, 69437 Neckargerach, 06263/427867, p.kuschminder@web.de

### **Ortenau**

Andrea Rummel, 77855 Achern, 07841-280138, tom-andi@t-online.de

### **Ostalb**

Roland Hamm, 73431 Aalen, 07361-35945, roland.hamm@gmx.de

### **Pforzheim/Enz**

Claus Spohn, 75177 Pforzheim, 07231/359230, claus.spohn@online.de

### **Ravensburg**

Christian Scheider, 88212 Ravensburg 0751-7688735, christian.scheider@o2online.de

### **Rems-Murr**

Gabriele Grosse, 73630 Remshalden, 07151/271960, wasgkvgross@aol.com

### **Reutlingen**

Heiko Körner, 72805 Lichtenstein, 07129/149855, heikoreutlingen@aol.com

### **Rottweil**

Harald Hans, Wilfried Riek, 78628 Rottweil, harald-riek@lycos.de

### **Schwarzwald-Baar**

Thomas Ruf, 78056 Villingen-Schwenningen, 07720-958022

### **Sigmaringen**

Sonja Reinacher, 88367 Hohentengen, 07572 / 712045, sonja.reinacher@web.de

### **Stuttgart**

Cuno Hägele, 70178 Stuttgart, 0711/6645426, cunohaegle@web.de

### **Tübingen**

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg a.Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

### **Tuttlingen**

Norbert Brunner, 78665 Frittlingen, 07426/939929, norbbrunner@aol.com

### **Ulm/Alb-Donau**

Stefan Pofahl, 89075 Ulm, 0731/50 94 543, stefan@pofahl.de

### **Waldshut**

Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, 07742-919293, ankabafri@t-online.de

### **Zollernalb**

Xenia Berger, 72351 Geislingen, 07428/918244, xenia.berger@vera-cruz.net

## Landesvorstand

### **Geschäftsführender Landesvorstand:**

Bernd Riexinger, (Landessprecher), Stuttgart, Tel. 0711-639711, E-mail: B.Riexinger-Wahlalternative@web.de

Bernd Merling, Landesschatzmeister, Tel. 0621-4310265, asg-lv@merling.net

Franz Groll, Tel. 07056-2391, franz.groll@gmx.de

Annette Groth, Tel. 0711-6749810, info@annette-groth.de

### **Landesvorstand:**

Claus Achenbach, Xenia Berger, Jürgen Gulden, Silvia Ofori, Dirk Spöri, Stefan Straub, Peter Tholey.

## Kontoverbindung

### **WASG LV Baden-Württemberg**

Kto-Nr.: 2066300

BLZ: 670 900 00

Volksbank Rhein-Neckar

## [www.wasg-bw.de](http://www.wasg-bw.de)

---

# DIE LINKE.

## Bundestagsabgeordnete

### **Wahlkreisbüro Ulrich Maurer**

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

### **Wahlkreisbüro Heike Hänsel**

c/o Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071/208810, Fax 07071/208812, info@heike-haensel.de, www.heike-haensel.de

### **Wahlkreisbüro Karin Binder**

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe  
Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de .

## Europabüro Tobias Pflüger

Hechinger Strasse 203, 72072 Tübingen  
Email: mep-regionalbuero@tobias-pflueger.de  
Tel: 07071-7956980, Fax: 07071-23946  
homepages: www.tobias-pflueger.de,  
www.pds-europa.de

**Pressepost: E 43152**  
**Linke.PDS/WASG Landesinfo**  
**Baden-Württemberg**

## Veranstaltungen, Termine, Hinweise

### ■ Linke.WASG Freiburg lädt ein: Politik gegen das Volk – wie lange noch?

Zu Gast: Michael Schlecht (WASG-Bundesvorstand), am **Dienstag, 13. März, 18 Uhr**, im DGB-Haus, Hebelstr. 10, Freiburg

### ■ Sonntagsmatinee mit Heike Hänsel in Tübingen

Jeweils am **Sonntag, 11.3.; 15.4.; 13.5.; 24.6.; 15.7.** finden politische Sonntagsmatinees statt mit der Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel, jeweils 12 Uhr, im Linken Forum; Am Lustnauer Tor 4, Tübingen

### ■ Veranstaltung mit Heike Hänsel in Hoch- dorf bei Esslingen

Zum Thema „Militarisierung der deutschen Aussenpolitik“ spricht Heike Hänsel (MdB) am **Freitag, 23. Februar 2007**, 18 Uhr im Gasthaus Krone in Hochdorf, Kirchheimer Straße.

### ■ Rosa-Luxemburg-Forum

**Veranstaltungsreihe „Europa und die deutsche Ratspräsidentschaft“ Stuttgart, Rosa-Luxemburg-Forum, Senefelderstr. 26, 19 Uhr**

**5.3.** Erhard Crome (RLS), Annette Groth: „Was erwarten europäische und außereuropäische Zivilgesellschaften von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft“

**16.4.** Annette Groth: „Neoliberale Politik der EU, Lissabon-Strategie und Dienstleistungsrichtlinie“

**14.5.** Annette Groth: „Armutverschärfung durch die EU-Handelspolitik?“

**25.6.** Claudia Haydt: „Die EU-Verfassung und ihre Implikationen für die Außen- und Sicherheitspolitik“

**2.7.** Elke Schenk: „Lizenz zum Plündern? Verfahren, Funktion und Folgen von EU-Erweiterungen“ #

**Veranstaltung Ravensburg**  
Dave Hollis: „Betriebsarbeit – Organisierung – Netzwerk IT“ **23.2.2007, 20 Uhr**, Kul-

turladen Karacho, Bachstr. 27, 88214 Ravensburg in Kooperation mit der Werkstatt für Geschichte, soziale Bewegung & Praxis Ravensburg.

### ■ Termine der Weinheimer Linken im Februar

Am **Dienstag, den 20. Februar 2007**, lädt die Weinheimer Linke.WASG ab 19 Uhr zum Offenen Stammtisch ins Restaurant „Beim Alex“ im Rolf-Engelbrecht-Haus, Breslauer Str. 40, ein.

In einer Telefonsprechstunde von WASG und Linkspartei Weinheim steht am Donnerstag, den **22. Februar 2007**, in der Zeit von 19 bis 20 Uhr Sprecher Knut Schaffert unter der Nummer 06201-184807 den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung.

Alle Termine gibt es immer aktuell unter [www.linkspar-tei-weinheim.de](http://www.linkspar-tei-weinheim.de)

### ■ Landesgruppe Queer

Nächstes Treffen der AG Queer: **Samstag, 24. März 2007**, 17 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Stuttgart, Senefelderstraße 26. Thema: Quo Vadis Queer in BaWü. Rahmenprogramm: Gemeinsames Abendessen in der Geschäftsstelle und anschließend „Zug durch die Szene“. Anmelden bitte unter: [c.staehle@linkspar-tei-stuttgart.de](mailto:c.staehle@linkspar-tei-stuttgart.de)

### ■ Landes-AG Bildung

Am **Freitag, 20. April** um 15.30 Uhr, trifft sich die Landesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik im Stuttgarter Landesbüro, Marienstraße 3A. Die AG macht gerade eine Umfrage in den Kreisverbänden zu Bildungsfragen vor Ort. Erste Auswertungen dazu erfolgen bei dem Treffen am 20.4. Außerdem soll eine Kampagne zum Schwerpunkt Hauptschule angestoßen werden. Kontakt und Rückfragen. Erhard Korn, [eukorn@web.de](mailto:eukorn@web.de).

### ■ Gegen Rente mit 67

Am **9. März** findet die Schlussabstimmung im Bundestag statt. Dazu sind weitere gewerkschaftliche Aktionen geplant. Am 2.3. in **Reutlingen**, 13 h, Marktplatz. Am 3.3. in **Tübingen**, 11 h, Europaplatz.

**Politischer Aschermittwoch ;-)** Eintritt frei!

mit:  
Karin Binder (MdB) &  
Diether Dehm (MdB)

+ Musik- und Kulturprogramm  
u.a. Diether Dehm singt Brecht  
und Kommando Sozialkräfte

**21. Februar 2007 - ab 19 Uhr**  
Walhalla (Saal), Karlsruhe Südstadt  
Augartenstr. 27

**DIE LINKE.** [solid] **DIE LINKE. WASG**  
IM BUNDESTAG die linke jugend Die Wahlalternative

## Politischer Aschermittwoch in Mannheim

Am **21. Februar um 19:30 Uhr**, Mannheim, im Bürgerhaus Neckarstadt-West, Lutherstraße.

Zu Heringessen spielt das KLEINE ELEKTRONISCHE WELTORCHESTER LIEDER FÜR EINE ANDERE REPUBLIK

Als Hauptreferenten konnten wir **Michael Schlecht** gewinnen.

**DIE LINKE.PDS, Linke Liste Mannheim und WASG**

**Am Aschermittwoch  
ist alles vorbei ?**

**Leider nicht.**

**Politischer Aschermittwoch**  
Aschermittwoch, 21.02.2007, 19:30 Uhr  
Stuttgart - Bürgerzentrum West - Bebelstrasse 22

**Petra Pau, Jan Korte, Ulrich Maurer**  
Swing-Rock-Pop mit der Band «Guest of Nature»  
Zünftig Essen und Trinken zu fairen Preisen

**DIE LINKE.** **WASG** **DIE LINKE.** Eintritt frei  
IM BUNDESTAG Die Wahlalternative